



wo kämen wir hin? Geleitgedanken

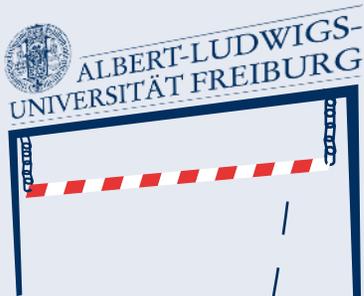
Seit Mitte des letzten Jahrhunderts wird über die Zukunft der klassischen Universitäten in Deutschland diskutiert – entsprechend viel ist bereits gesagt und geschrieben. Und trotzdem kommen Universitätsreformen nur langsam und zögerlich voran. Innovative Ansätze zur Weiterentwicklung der klassischen Universität laufen Gefahr, sich in festgefügt ideologischen Positionen zu verlieren.

Ein 550. Geburtstag wie derjenige der Universität Freiburg im Jahr 2007 bietet die Gelegenheit und Gelassenheit, aber auch die Verpflichtung, mit einer alternativen Herangehensweise an die Diskussionen um Universitätsreformen zu experimentieren: Mit der Methode des Zukunftskongresses wollen wir deshalb die Visionen von Vertreterinnen und Vertretern aus Hochschulen, Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft nicht nur diskutieren, sondern in ihren Konsequenzen sichtbar und erlebbar machen. Ein wirkliches Experiment angesichts der Vielzahl der unterschiedlichen Ansprüche und der Heterogenität der Visionen, die an die Institution Universität herangetragen werden – wie diese Publikation eindrucksvoll zeigt! Ein besonderer Dank gilt daher den Personen und Organisationen, die mit ihrer großzügigen finanziellen und ideellen Unterstützung des Experiments Mut beweisen und es überhaupt erst möglich machen.

Es liegt in der Natur der Sache: Experimente haben immer einen ungewissen Ausgang, ein Erfolg kann grundsätzlich nicht garantiert werden. Das Ergebnis wird man nur erfahren, wenn man die Experimente tatsächlich durchführt. Oder wie der Schweizer Literat Kurt Marti formulierte: Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin, und niemand ginge, um mal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge.

Wir sind die Universität – gehen wir also gemeinsam, um zu schauen!

WOLFGANG JÄGER, Freiburg im August 2007
Rektor der Universität Freiburg





Eine Bilderreihe mit 19 ganzseitigen Fotografien von Telemach Wiesinger illustriert diese Publikation. Die Bilder bieten einen etwas anderen Blick auf das Thema „Grenzen“ und die damit zusammenhängenden folgenden Beiträge. Menschen und teilweise skurrile Requisiten stehen im Mittelpunkt und möchten die Leserinnen und Leser neugierig auf den Textinhalt machen. Einige Motive sollen provozieren und greifen bewusst klischeehafte Zugänge zu den einzelnen Themen auf. Dieser Zugang versteht sich als dekonstruktivistische Herangehensweise: Die motivische Überspitzung ist eine Einladung, vertraute Sichtweisen zu hinterfragen und zu überdenken. Auch das ist eine Grenzüberschreitung: alte (Denk-)Wege zu verlassen. – Eine Voraussetzung, um neue Möglichkeiten zu entdecken.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie halten ein Experiment in den Händen. Der Auftrag war: Visionen für die Universität der Zukunft einfangen und festhalten. Visionen kommen von Visionärinnen und Visionären. Deshalb haben wir uns auf die Suche gemacht nach Menschen, die etwas zum Thema Hochschulentwicklung zu sagen haben. Bekannte und weniger bekannte Männer und Frauen, die mit dem Thema Universität auf unterschiedliche Weise in Verbindung stehen: als (ehemalige) Studierende, als Lehrende und Forschende, als Politikerinnen, als Wirtschaftsvertreter oder als Journalisten. So vielfältig wie die Zugänge zum Thema sind, so vielfältig, teilweise konträr sind auch die Meinungen, die auf den folgenden Seiten geäußert werden. Sie zeigen: Die Debatte ist noch lange nicht zu Ende. Und sie bleibt spannend.

Auf den folgenden Seiten bekommen Sie natürlich auch einen Einblick in die Themen der Workshops des Freiburger Zukunftskongresses, der Anlass für diese Publikation war. Darüber hinaus kommen Expertinnen und Experten zu Wort, die sich aktuell und aus historischer Perspektive mit der Entwicklung der Universität und mit wichtigen Fragen wie zum Beispiel der nach den Grenzen von Wissenschaftskommunikation auseinandersetzen. Außerdem sind studentische Redakteurinnen und Redakteure auf Reisen gegangen, um deutschlandweit Menschen zu ihren Visionen von der Universität der Zukunft zu befragen.

Ein Experiment ist geglückt, wenn das, was am Ende herauskommt, neue Sichtweisen eröffnet. Wenn es alte Fragen beantwortet und neue Fragen aufwirft.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine inspirierende Lektüre, neue Denkanstöße und spannende (gedankliche) Grenzgänge.

KARL-REINHARD VOLZ

CHRISTINA SCHOCH

HEINER SCHANZ

inhalt

- 7 **Die Dialektik von (universitären) Grenzen**
Gedanken zum Einstieg / *Heiner Schanz und Christina Schoch*
- 11 **Zurück in die Zukunft?**
Universitätsreformen im 19. Jahrhundert / *Sylvia Paletschek*
- 17 **Wissenschaft zum Sprechen bringen**
Universitäten als Orte der Wissenschaftskommunikation / *Ulrike Felt*
- 20 **Der Blick über Grenzen**
Impulse für die Zukunft
- 21 **Freiheit: Herausforderung**
Universitätszukunft / *Birger P. Priddat*
- 22 **Hockend Palavern**
Universitäre Dialogfähigkeit im Kontext globalisierter Problemstellungen / *Heiko Roehl*
- 23 **Lernende – Lehrende – Forschende – Verwaltende:**
Professoren / *Christian Schneiderberg*
- 24 **Visionen zur Universität der Zukunft**
- 26 **Studienziel Persönlichkeit**
Der Präsident der Lüneburger Universität, SASCHA SPOUN, über Studiengebühren, den Bologna-Prozess und die Vorteile des deutschen Bildungssystems
- 28 **Auf die richtige Mischung kommt es an**
Ein Gespräch über die Zukunft der deutschen Universitäten mit MAREK DUTSCHKE, Referent an der Hertie School of Governance
- 30 **„Wir müssen diese Reform als Chance und nicht als Bedrohung verstehen“**
Bundesbildungsministerin ANNETTE SCHAVAN über den Bologna-Prozess, Studiengebühren und die Autonomie der Hochschulen
- 32 **„Die Ziele der Universität hängen mit den Zielen der Gesellschaft zusammen“**
Über die Entwicklung der Universitäten aus Sicht der Industrie – Ein Interview mit den Micronas-Managern MIODRAG TEMERINAC und ULRICH SIEBEN
- 34 **Medizin im Land der Elche**
Wie ein Auslandsstudium den Blick auf die Heimat-Uni verändert – Ein Gespräch mit RICHARD KROLL
- 36 **Innovation durch Partizipation**
ANDREAS KELLER zu den aktuellen Hochschulreformen aus gewerkschaftlicher Sicht
- 38 **Wissen bedeutet Verantwortung**
Ein Gespräch mit der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, MARGRET WINTERMANTEL, über Gegenwart und Zukunft des deutschen Hochschulsystems
- 40 **Die Freiheit des Studierens**
Der Kabarettist FLORIAN SCHROEDER über professorales Engagement, Wissen in Scheiben und studentische Möglichkeiten

42	How the Bologna Process influences the Future of the University An Interview with KOEN GEVEN, Chairman of the European Students' Union
44	Ein Kosmos ohne Grenzen Der Journalist WULF RÜSKAMP über die Möglichkeiten der Exzellenzinitiative, den Bildungsauftrag der Universität und die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis
46	Wissenschaft und Wirklichkeit stärker vernetzen Ein Gespräch mit UTO MEIER, Initiator und Leiter des Aufbaustudiengangs „Ethisches Management“ an der Universität Eichstätt
48	Ein offenes System des Fragens und Suchens Der Freiburger Weihbischof PAUL WEHRLE über die Veränderung der Universitäten und die Rolle der Theologie
50	Eine Familie, die das mitmacht Ein Gespräch mit der Privatdozentin INDRA SPIECKER über die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft
53	Die Universität an Grenzen Trends und Entwicklungen in der aktuellen Hochschullandschaft / <i>Reinhard Grunwald</i>
59	Hochschulen in Bewegung Über das Stiefkind Lehre / <i>Jan-Martin Wiarda</i>
64	Aufbruch in die Zukunft – Das Humboldt-Labor Ein Interview mit KARL-REINHARD VOLZ
67	Die Workshops
67	Qualifizierende Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Schule
69	Berufliche Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Berufswelt
71	Lebenslange Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Gesellschaft im demografischen Wandel
73	Persönliche Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – UniversitätsmitarbeiterInnen
75	Räumliche Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Universitätsstadt
77	Konkurrierende Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – außeruniversitäre Forschung
79	Wirtschaftliche Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Industrie
81	K(l)eine Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – kleine und mittelständische Unternehmen
83	Mächtige Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Politik/Exekutive
85	Internationale Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Ausland
87	Gewissenhafte Experimente Grenzen in den Beziehungen Universität – Ethik
89	Entscheidende Experimente Grenzen in der „Governance“ der Universität
90	Partner des Jubiläums
91	Impressum



die dialektik von (universitären) grenzen

Gedanken zum Einstieg

von Heiner Schanz und Christina Schoch

Die Hochschullandschaft ist in Bewegung. Auf allen Ebenen, von den Universitäten über Landes- und Bundesregierungen bis hin zur europäischen Ebene, wird über die Zukunft der klassischen Universität diskutiert. Was hat diese Reformdebatte mit dem Thema Grenzen zu tun? Sehr viel: Grenzen sind universelle Erfahrungen. Sie prägen den Alltag jedes Einzelnen und jeder Organisation genauso wie das (welt)politische Geschehen. Sie bestimmen die Gegenwart und sind richtungweisend für die Zukunft. Grenzen sind überall.

Grenzen und die Reformdebatte der klassischen Universität

Häufig machen sie sich erst dann bemerkbar, wenn man an sie stößt. In diesem Fall sind Grenzen meistens störend, einengend, frustrierend und isolierend. Insofern verwundert es nicht, dass Kritiker die Krise der klassischen (europäischen) Universität an ihren Grenzen festmachen: Im Gegensatz zu den stetig an Reputation gewinnenden angloamerikanischen Universitäten, so ein oft geäußelter Vorwurf, hätten die deutschen Universitäten durch das dogmatische Festhalten an überkommenen Bildungsidealen die Bezüge zu

veränderten gesellschaftlichen Realitäten verloren und seien so zum Spielball der Politik geworden. Der Begriff des Elfenbeinturms als Metapher für zweckfreie, auf akademische Selbstbefriedigung zielende Abgrenzung haftet den Universitäten in gesellschaftlichen Diskussionen wie ein Menetekel an. Die Forderung nach Wissenschaft über Grenzen hinweg – und zwar disziplinar wie geografisch – ist zum festen Bestandteil des Kriterienkatalogs von Förderungsinstitutionen geworden. Den Universitäten werden ihre Grenzen aufgezeigt – und vorgeworfen.

Und die Universitäten haben scheinbar begriffen: Sie tun alles, um nicht begrenzt zu erscheinen. Grenzüberwindungen und schlussendlich das Schleifen von Grenzen – inhaltlich, räumlich und strukturell – scheinen die Antwort zu sein, Entgrenzung die Strategie der klassischen Universitäten für ihre Zukunft. Googelt man zum Thema „Grenzen der Universität“ im Internet, finden sich fast 80.000 Einträge, fast alle im Sinnzusammenhang von „Grenzen überwinden“ beziehungsweise „Grenzen abbauen“. Die universitären Strategiepapiere sind gespickt mit „Entgrenzungs“-Zielen wie Interdisziplinarität, Internationalisierung und Integration – und sind von Amsterdam bis Zürich entsprechend auswechselbar. Moderne Kommunikationstechniken tragen ein Übriges zur Ent-

grenzung bei – der Austausch mit Fachkollegen weltweit ist inzwischen oft einfacher zu bewerkstelligen als derjenige innerhalb der organisatorischen Grenzen der eigenen Universität. Die klassische Universität wird offensichtlich grenzenlos.

Grenzen und ihre Dialektik

Einzuwenden ist: Die einseitige Fokussierung auf Entgrenzung übersieht den dialektischen Charakter von Grenzen. Grenzen stören, engen ein und grenzen aus – einerseits. Andererseits schützen sie auch. Sie geben Sicherheit. Was eingegrenzt ist, ist überschaubar, eher einzuschätzen. Ohne Grenzen gibt es keine Struktur und damit keine Orientierung. Wird eine Grenze gezogen, muss das, was sich innerhalb der Grenze befindet, benannt, bestimmt und von etwas anderem unterschieden werden. Grenzen wirken identitätsstiftend – und zwar nach innen wie nach außen. Erst dadurch, dass man sich klarmacht, wovon man sich abgrenzt beziehungsweise abgegrenzt wird, wird deutlich, was man eigentlich ist – oder eben nicht.

Grenzen entfalten ihre grundlegende gesellschaftliche Funktion auf zwei Ebenen: einer strukturellen und einer inhaltlichen. Strukturell betrachtet dient die Existenz

von Grenzen dazu, Unterscheidungen hervorzubringen, die Orientierung in der Welt überhaupt erst möglich machen. Erst durch Grenzen werden wir in der überwältigenden Komplexität unserer Alltagswelt handlungsfähig. Deshalb ist es auch keineswegs paradox, dass Grenzen immer dann umso bedeutender werden, je stärker diese verwischen. Menschen und soziale Systeme können mit Gefühlen wie Grenzenlosigkeit, Universalität und Komplexität nur begrenzt umgehen.

Theorie der sozialen Systeme

Sehr abstrakt, aber auch sehr klar beschrieben hat Niklas Luhmann die Bedeutung von Grenzen mit seiner Theorie der sozialen Systeme. Der Leitgedanke der Systemtheorie geht davon aus, dass moderne Gesellschaften durch funktionale Differenzierung organisiert sind. Das heißt zur Lösung spezifischer gesellschaftlicher Probleme werden zuständige Funktionssysteme ausgebildet. Beispielsweise das Rechtssystem mit einer verbindlichen Rechtsordnung zur Wahrung von Gerechtigkeit, das politische System zur Regulierung von Machtverhältnissen, oder das ökonomische System zur Steuerung von Geldflüssen und zur Generierung von Wachstum. Ihre spezifischen Funktionen erfüllen die Systeme mit Hilfe von Codes. Zum Beispiel mit dem Code recht/unrecht im rechtlichen System oder gewinnbringend/nicht gewinnbringend im ökonomischen System. Alles, was von außen an die Grenzen des Systems stößt, wird mit diesem Code abgeglichen. Wird der positive Wert bestätigt, öffnet sich das System für die „anstoßenden“ Inhalte und verwendet sie für die eigene systemische Reproduktion. Die Codes dienen also der Reduzierung von Umwelteinflüssen und ziehen zugleich die Grenzen des betreffenden Teilsystems. Diese Abgrenzung von der Umwelt – und hier schließt sich die inhaltliche Funktion von Grenzen an – ermöglicht es dem System, seine eigene Identität, die verknüpft ist mit bestimmten Eigenschaften und Merkmalen, auszubilden. Nur auf diese Weise, durch die Ausbildung der eigenen Identität mittels Abgrenzung gegenüber dem „Anderen“, kann ein System überhaupt als solches existieren und seine Aufgaben in der Gesellschaft wahrnehmen.

Dieser hier sehr reduziert dargestellte systemtheoretische Ansatz verdeutlicht: Grenzen sind notwendig, damit gesellschaftliche Teilbereiche – einzelne Sys-

teme wie auch die Gesellschaft insgesamt – funktionieren können. Der Code ist gewissermaßen der Motor, der ein System am Laufen hält. Zugleich definiert er das Aufgabenfeld eines gesellschaftlichen Teilbereichs – er grenzt den Funktionsbereich eines Systems ein und zugleich von anderen ab und macht es eben dadurch funktionsfähig. Ohne einen solchen Reflexionswert wäre ein System allem, was kommt, undifferenziert ausgeliefert. Es könnte sich nicht von der Umwelt unterscheiden und somit auch keine eigene Reduktion von Komplexität, keine eigenen Selektionen organisieren – es wäre nicht existent. Das bedeutet, dass die Ausweitung beziehungsweise Veränderung von Grenzverläufen immer auch eine Änderung der Funktionen und des Aufgabenfelds eines gesellschaftlichen Teilbereichs nach sich zieht.

Universitäten als wissenschaftliches Subsystem der Gesellschaft sind unausweichlich Teil dieses gesellschaftlichen Abgrenzungsprozesses. In einem Wechselspiel von Ursache und Wirkung bringen sie neue Entwicklungen hervor, die über die Grenzen des wissenschaftlichen Systems hinaus Auswirkungen haben, und sie reagieren auf gesellschaftliche Prozesse anderer Systeme, die an sie herangetragen werden. Der anhaltende Trend zur Wissenschaftsgesellschaft ist ein eindrückliches Beispiel hierfür: Die Schaffung von Wissen, insbesondere durch wissenschaftliche Forschung, die Vermittlung von Wissen durch allgemeine, berufliche beziehungsweise akademische Bildung, die Verbreitung von Wissen durch Informations- und Kommunikationstechniken und die Nutzung von Wissen mittels innovativer Technologien – und all dies in internationalen Netzwerken – spielen eine immer wichtigere Rolle für die Entwicklung von Gesellschaften. Dabei steigt der gesellschaftliche Wissensvorrat nicht nur quantitativ immer mehr an und wird von immer größeren Teilen der Bevölkerung über immer längere Lebenszeiten genutzt, sondern auch die Entstehungszyklen neuen Schlüsselwissens verkürzen sich immer mehr. Gleichzeitig konkurrieren Gesellschaften heute weltweit untereinander um die besten Forscherinnen, Studierenden und Dozenten. Durch die Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse im Rahmen des Bologna-Prozesses versuchen die Universitäten, der zunehmenden Funktionalisierung und Spezialisierung vieler Berufsfelder sowie den sich verkürzenden Wissenszyklen und der internationalen Konkurrenz Rechnung zu tragen. Zahlreiche neue Studiengänge werden ge-

schaffen, traditionelle Fächer modifiziert oder gleich ganz abgeschafft. Selbst an einer Grundfesten der klassischen Universität, der Einheit von Forschung und Lehre, wird mit den Überlegungen der „Lehrprofessur“ gerüttelt.

Grenzen und Grauzonen

Aufgrund ihrer Universalität ist der Begriff der Grenze zwangsläufig abstrakt und schwer zu fassen. Unterscheiden lassen sich Grenzen nach ihrem Charakter in physische, psychische, soziale und politische Grenzen. Nur physische Grenzen lassen sich unmittelbar mit unseren fünf Sinnen erfassen. Der Übergang vom flüssigen in gasförmige Zustände beispielsweise ist unbestritten und besteht unabhängig vom Beobachter. Die allermeisten Grenzen jedoch, die das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmen, unterliegen nicht Naturgesetzen, sondern sind menschengemacht. Als Individuen stoßen und orientieren wir uns an Grenzen, die wir als Teil einer Gesellschaft, einer bestimmten Kultur, durch unser Handeln reproduzieren und prägen. Und obwohl sie nur teilweise festgeschrieben und oft unausgesprochen sind, besitzen gesellschaftliche Grenzen trotzdem intersubjektive Gültigkeit, sind somit „objektiv“ gegeben. Einige der stärksten dieser Grenzen, die innerhalb einer Gesellschaft existieren, umschließen Tabus. Kaum eine Grenzüberschreitung hat massivere negative Sanktionierungen zur Folge als die Überschreitung der Grenze zum Tabu. Jede dieser Grenzen ist mit einer bestimmten Symbolik verknüpft, die von den Mitgliedern anderer Kulturen oder Organisationen nicht ohne weiteres erkannt und verstanden werden kann. So ist der „Elfenbeinturm“ eben nicht nur gesellschaftlich-politisches Menetekel, sondern gleichzeitig auch (heimliches) Ideal der einzig der geistigen Freiheit und wissenschaftlichen Wahrheit verpflichteten Akademikerinnen und Akademiker.

Grenzziehungen sind also immer kulturhistorische Prozesse, in ihrer Komplexität kaum zu entwirren und ständigen Änderungen unterlegen. Sie entstehen als Output unterschiedlicher Diskurse und sind zugleich in diesen Diskursen begründet. Wobei Diskurse sich in diesem Kontext – frei nach Foucault – dadurch definieren, dass sie die Gesamtheit aller Aussagen und Erkenntnisse zu einem Thema beinhalten, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt und in einer bestimmten Kultur Gültigkeit besitzen. Rechtliche Grenzen sind im rechtlichen Diskurs begrün-

det – sie trennen Recht von Unrecht. Geschlechtergrenzen sind im biologischen Diskurs begründet. Sie trennen Menschen in männliche und weibliche Personen. Moralische Grenzen sind in religiösen Diskursen begründet. Sie trennen eine gute Lebensführung von einer schlechten. Und so weiter. Die Beispiele zeigen, dass Grenzziehungen nie absolut sein können: Es bleibt immer eine Grauzone, ein Niemandsland, in dem die Grenzziehung schwerfällt. Über Recht und Unrecht lässt sich manchmal schwer urteilen. Es gibt Menschen, die sich biologisch nicht in die Kategorien „Mann“ und „Frau“ einordnen lassen. Und dass sich moralische Grenzen in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten massiv verschoben haben, ist evident.

Das Interessante an der Auseinandersetzung mit Grenzen speist sich genau aus diesem Tatbestand: dass sie nicht absolut sind, dass ihr Verlauf nicht a priori gegeben ist. Vielmehr reproduzieren und verändern sich Diskurse selbst in gesellschaftlichen und historischen Prozessen. Wobei hier die Foucault'sche Feststellung gilt, dass Diskurse keinen „Autor“ haben, das heißt keine zentrale Instanz, welche bestimmte normative Aussagen trifft.

Abgrenzen, um die Begrenzungen der Universität zu überwinden

Beim Thema Grenzen geht es also nicht nur darum, sie als solche zu erkennen und zu definieren, was sie ein- und was sie ausschließen. Es geht auch und vor allem darum, herauszufinden, welchen Begrün-

dungszusammenhängen sie unterliegen. Erst die Auseinandersetzung mit den Begründungszusammenhängen von Grenzen lässt eine Beantwortung der Fragen zu, die sich in den täglichen Grenzerfahrungen immer wieder stellen: Ist eine Grenze in einem gegebenen Kontext sinnvoll oder nicht, ist sie also notwendig oder überflüssig? Ist sie überwindbar oder nicht? Welche Konsequenzen hat es, wenn eine Grenze überwunden oder sogar abgebaut wird? Welche Konsequenzen hat es, wenn eine überwindbare Grenze nicht überwunden wird?

Die „ivy league“ der internationalen Universitäten ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie durch Abgrenzung Hochschulentwicklung betrieben wird. Durch Abgrenzung gegenüber den sogenannten Massenuniversitäten schaffen sie ihre eigene, unverwechselbare Identität. Sie werden zu einer „Marke“ – und setzen dadurch Standards. Abgrenzung bedeutet also auch, Begrenzungen zu überwinden und Werte zu schaffen – im Fall der Universität „Wissens-Werte“. Auch an diesem Punkt greift wieder der immanente dialektische Charakter von Grenzen. Werden die Begründungszusammenhänge für eine solche Abgrenzung nicht kontinuierlich hinterfragt, und zwar von außen wie von innen, besteht die Gefahr einer erneuten Begrenztheit. Ganz im Sinne des Thomas-Theorems: „If men define situations as real, they become real in their consequences.“ – Das, was als wahr erachtet wird, ist Grundlage für individuelles wie für kollektives Handeln. Jedes Handeln hat Konsequenzen, die auf die zugrundeliegende, antizipierte Wahrheit zurückzuführen sind. Es bleibt also immer die Notwendigkeit, die zugrundeliegende – begrenzte – Wahrheit

auf die Möglichkeiten zu hinterfragen, die sie durch ihre Existenz ausschließt.

Die Universität an Grenzen

Nicht die Frage der Überwindung oder des Auflörens von Grenzen, sondern – im Gegenteil – die Setzung von Grenzen und deren Ausgestaltung ist die Ausgangsbasis für die Bewältigung der seit Mitte des letzten Jahrhunderts oft beschriebenen Krise der traditionellen Universität. Ausgangspunkt grundlegender Universitätsreformen kann nicht die normative Setzung von Grenzen an sich sein. Vielmehr gilt es zu analysieren, wie, warum und mit welchen Konsequenzen Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft Grenzen in Bezug zur klassischen Universität setzen, akzeptieren, pflegen oder verändern. Die Auseinandersetzung mit den Grenzen der klassischen Universität betrifft nicht zuletzt unmittelbar die Frage der Sicherung von Handlungsautonomie. Die Reflexion des dialektischen Charakters von Grenzen ist notwendiger Bestandteil für den Erfolg dieser Auseinandersetzung.



CHRISTINA SCHOCH

studierte Angewandte Kulturwissenschaften in Lüneburg (M.A.) und Communication Studies in Großbritannien (B.A.). Von 2003 bis 2005 war sie Stipendiatin des Graduiertenkollegs „Identität und Differenz“ an der Universität Trier und promovierte dort 2006 im Fach Medienwissenschaften. Nach einem Volontariat im Festspielhaus Baden-Baden arbeitet sie seit 2006 in der Pressestelle der Universität Freiburg.

HEINER SCHANZ

ist Professor am Institut für Forst- und Umweltpolitik der Universität Freiburg. Als Mitglied eines Arbeitskreises von „jungen“ Professorinnen und Professoren aus allen Fakultäten der Universität Freiburg wurde er mit der Koordination des Zukunftskongresses im Jubiläumsjahr beauftragt. Nach seiner Promotion im Jahr 1996 an der Universität Freiburg war er von 1999 bis 2004 Lehrstuhlinhaber für Forst- und Naturschutzpolitik an der Universität Wageningen in den Niederlanden und in dieser Funktion an zahlreichen Universitätsreformen in Forschung und Lehre beteiligt. Seit Oktober 2004 forscht und lehrt er wieder an der Universität Freiburg.



zurück in die zukunft?

Universitätsreformen im 19. Jahrhundert

von Sylvia Paletschek

Universitätsreformen im 19. Jahrhundert werden meist sofort mit dem Namen Wilhelm von Humboldt und der Gründung der Berliner Universität 1810 verbunden. Dies greift allerdings viel zu kurz und kommt eher einer Geschichtsklitterung gleich. Der Humboldt-Mythos beschreibt nicht die Situation der Universitäten im 19. Jahrhundert, sondern ist ein politisch funktionalisiertes Vergangenheitsbild, das erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommt. Mit dem Humboldt-Mythos wird nun seit ziemlich genau 100 Jahren Hochschul- und Wissenschaftspolitik gemacht, er hat aber vergleichsweise wenig mit den historischen Universitätsreformen des 19. Jahrhunderts zu tun. Durchgreifende Universitätsreformen fanden im 19. Jahrhundert in allen deutschen Einzelstaaten – keineswegs nur in Preußen – und zwar im Zeitraum zwischen ca. 1790 und 1830 statt. Wir können also die Jahrzehnte um 1800 als große Reformphase der deutschen Universität begreifen. Um 1830 war eine gewisse Konsolidierung erreicht und das institutionelle Gehäuse blieb bis zum Ersten Weltkrieg in den Grundzügen bestehen und wirkt bis heute nach. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich innerhalb dieses Gehäuses seit dem frühen 19. Jahrhundert fundamentale Wandlungen vollzogen. So

können wir von einer Durchsetzung der Forschungsuniversität erst für die Jahrzehnte um 1900 sprechen; die Universitätsreformen Anfang des Jahrhunderts waren hierfür zwar eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung.

universitätsreformen im zeitraum 1790-1830

Vorneweg: Es gab keinen Masterplan der Universitätsreform – auch nicht in Preußen. Die im 20. Jahrhundert zusammengestellten idealistischen Reformschriften von Schleiermacher, Fichte, Steffens und Humboldt bilden nur einen Ausschnitt einer sehr breiten Universitätsreformdiskussion ab. Sie waren auch nicht primär handlungsleitend für die Reformen. Ab ca. 1790, also noch vor der Berliner Universitätsgründung, fanden in den deutschen Einzelstaaten zu unterschiedlichen Zeitpunkten Reformen statt, so etwa in Baden, Württemberg oder Hessen-Kassel. Sie orientierten sich vielfach an den Reformuniversitäten des 18. Jahrhunderts – Halle und Göttingen. Die preußische Universitätsneugründung Halle (1693) sowie vor allem die 1733 gegründete hannoversche Universität Göttingen können als die ersten modernen Hochschulen gel-

ten: Vom Rationalismus und Utilitarismus der Aufklärung geprägt waren sie die ersten Universitäten, die verstaatlicht worden waren und kein nennenswertes eigenes Vermögen mehr besaßen. Weitgehende Lehr- und Forschungsfreiheit, die Förderung nach Lebensnähe und Praxisbezug, beginnende Aufhebung der Konfessionsgrenzen und das Toleranzprinzip, die Einführung neuer Fächer – wie etwa Geschichte, Naturrecht, Staatswissenschaften – und neuer Lehrformen – so die Anfänge des Seminarunterrichts – kennzeichneten diese beiden Reformuniversitäten. Sie unterschieden sich durch eine neue Dynamik von den bestehenden protestantischen und katholischen Universitäten, die häufig in ihrem Lehrprogramm erstarrt waren und vielerorts die Gestalt der Familienuniversität angenommen hatten, in der Professuren über nur wenige Universitätsfamilien quasi vererbt, das heißt an den Sohn, Neffen oder Schwiegersohn weitergegeben wurden. Die zwischen ca. 1790-1830 an den Universitäten der verschiedenen deutschen Einzelstaaten durchgeführten Reformen nahmen sich meist Göttingen und Halle zum Vorbild. Sie wiesen darüber hinaus folgende Gemeinsamkeiten auf: Sie waren motiviert durch das Interesse des Staates, den „wissenschaftlichen Fleiß“ – wie es zeitgenössisch hieß – anzukurbeln und die Ausbildung der angehenden Staatsdiener, also der Theologen, Juristen, Ka-

meralisten sowie der Mediziner, zu verbessern. Die Universitätsreformen waren Teil einer Rationalisierung und Neuordnung der Staatsaufgaben sowie eines reformabsolutistischen Machtausbaus, der den Einfluss von Kirche und anderen autonomen Korporationen zurückdrängen sollte. Sie dienten der Konsolidierung der durch den Zerfall des Alten Reiches und im Zuge der napoleonischen Kriege zwischen ca. 1803 bis 1815 territorial neu zusammengesetzten deutschen Staaten, das heißt sie stehen im Kontext umfassender Staatsreformen in den verschiedensten Bereichen.

Staatliche Eingriffe in die autonome Selbstverwaltung

Worin bestanden diese Universitätsreformen nun konkret? Zunächst wurden die Universitäten in der Reformzeit zu Staatsanstalten. Die Universitäten verloren ihre finanzielle Autonomie und wurden nun weitgehend über den Staatshaushalt und nicht mehr wie bisher über eigene Dotationen, Pfründe oder Stiftungen finanziert. Sie verloren auch ihren Status als unabhängige Korporationen, quasi als Staat im Staat, und wurden als eine Anstalt in das staatliche Herrschaftsgefüge eingliedert. Korporative Privilegien wie etwa die Steuerbefreiung oder die eigene Gerichtsbarkeit über die Universitätsangehörigen wurden weitgehend aufgehoben.

Der Staat griff massiv in die autonome Selbstverwaltung der Universitäten ein, um Neuerungen durchsetzen zu können. Zu diesen gehörte die Einrichtung neuer, als „nützlich“ erachteter Disziplinen wie Naturgeschichte, Staatswissenschaften und neuere Sprachen und die Errichtung erster, sehr bescheidener medizinischer Kliniken, ferner die Besetzung der Professuren ohne Rücksprache mit der Universität, die Einführung neuer Studienordnungen und die Rationalisierung des Lehrbetriebs. Ohne diese massiven staatlichen Eingriffe hätte die Stagnation an den Universitäten wohl kaum aufgebrochen und Neuerungen installiert werden können. Allerdings gelang es der Universität bis ca. 1830, das heißt bis zum Ende der Reformphase, einen Teil der traditionellen korporativen Freiheiten, so das korporative Selbstergänzungsrecht und die Selbstverwaltung, wiederzuerlangen. Die traditionelle korporative Freiheit wurde darüber hinaus nun neu verstanden als Freiheit von Forschung und Lehre, von der man sich eine Intensivierung und Dynamisierung der Ausbildungsleistung und der Forschung versprach.

Diese Reformmaßnahmen – also Verstaat-

lichung, Rationalisierung, Aufbrechen des konfessionellen Charakters, phasenweise radikale Zurückdrängung der Selbstverwaltung, Einführung neuer Disziplinen, neuer Studienplan – wurden begleitet von einer breiten Universitätsreformdiskussion in den Jahren um 1800. Die große Frage in dieser Diskussion war, ob das Grundgerüst der alteuropäischen Universität, das heißt die Vertretung aller Disziplinen in der Universität, ihre Gliederung in vier Fakultäten und die Konzentration auf eine theoretische akademische Berufsbildung, beibehalten oder ob dem revolutionären französischen Modell gefolgt, die alte Einheit zerschlagen und Spezial(hoch)schulen für die jeweiligen Disziplinen und Ausbildungsgänge gegründet werden sollten. Die Mehrzahl der sich in dieser Diskussion zu Wort meldenden Autoren wollte am Grundgerüst der alteuropäischen Universität festhalten und dieses reformieren, die Anhänger des Spezialschulmodells waren hingegen in der Minderheit. Den Universitäten wurde eine dreifache Aufgabe – Allgemeinbildung, akademische Berufsbildung und Forschung – zugewiesen, wobei die Ausbildungsfunktion im Mittelpunkt stand. Als typisch für deutsche Universitäten wurden zwei Faktoren angesehen: die Freiheit der Lehre und der Umstand, dass in Deutschland nicht nur die Akademien, sondern auch die Universitäten der „Sitz der gelehrten Büchererzeugung“ – sprich der Forschung – seien. Am bisherigen theoretisch-wissenschaftlichen Unterricht sollte festgehalten werden. Begründet wurde dies damit, dass theoretisches Wissen übertragbar und flexibler einsetzbar sei; außerdem würde die praktische Ausbildung an Universitäten das Studium schlicht zu lang und zu teuer machen.

Persönlichkeitsbildung durch Wissenschaft und neuer Wissenschaftsbegriff

Die neuhumanistisch-idealistischen Universitätschriften, so von Fichte, Schleiermacher oder Humboldt, betonten die Rolle der Philosophischen Fakultät und die Persönlichkeitsbildung durch Wissenschaft stärker. Sie standen in dieser Reformdiskussion aber neben vielen anderen Schriften, keineswegs hatten sie einen autoritativ-normativen Stellenwert, am ehesten noch Schleiermachers Schrift. Sie untermauerten philosophisch durch den Hinweis auf den gemeinsamen Wissenschaftscharakter der Disziplinen das Beibehalten der alteuropäischen Universitas litterarum und der Vereinigung aller Wis-

sensgebiete unter einem Dach. Sie griffen dabei den Ende des 18. Jahrhunderts in Weimar und Jena entwickelten emphatischen Wissenschaftsbegriff der unbedingten Wahrheitssuche auf und sahen in der Philosophischen Fakultät, in der noch Natur- und Geisteswissenschaften zusammen untergebracht waren und die als einzige zu diesem Zeitpunkt nicht der akademischen Berufsbildung diente, die überwältigende Einheit der an der Universität versammelten Disziplinen.

Wilhelm von Humboldt taucht in der gesamten Universitätsreformdiskussion um 1800, aber auch während des gesamten 19. Jahrhunderts nicht als Referenz auf. Dies liegt daran, dass er sehr wenig und eher unbestimmt über Universitäten geschrieben hat. Anhaltspunkte findet man in seinen Ausführungen zum Wissenschaftsbegriff in seiner heute weltberühmten Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“, einem kurzen, zehnteiligen, unvollendeten und undatierten, vermutlich 1810 entstandenen Text, der aber erst 1903 erstmals publiziert und damit der Öffentlichkeit zugänglich wurde. Das 19. Jahrhundert kannte diese Schrift, aus der dann die im 20. Jahrhundert und bis heute so beliebten Humboldt-Zitate stammen, nicht. Humboldt definierte Wissenschaft als „etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“. Er ging ferner entsprechend seinem Bildungskonzept davon aus, dass eine zweckfreie Wissenschaft auch die nützlichste sei, da sie für unvorhergesehene Bedarfsfälle Lösungen bereithalte, die eine auf Praxis und Verwertbarkeit ausgerichtete Wissenschaft nie geahnt hätte. Seine Universitätsvorstellungen waren aber keineswegs singular, denn er griff zentrale Prämissen der zeitgenössischen Universitätsreformdiskussion wie die Forderung nach Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre auf und verband sie mit seinem Bildungskonzept. Die neuhumanistischen Schriften, ebenso wie etwa Kants „Über den Streit der Fakultäten“ beeinflussten vermutlich das Selbstverständnis von Professoren und Studenten und damit deren Wissenschaftsverständnis. Diese Schriften schlugen sich allerdings weniger in der konkreten Ausführung der Universitätsreformen nieder; dies galt auch für die Gründung der Berliner Universität 1810. Am folgenreichsten an der Berliner Universitätsgründung war, dass sie letztlich kein radikales neues Konzept verfolgte, sondern die modernisierte Gestalt bereits bestehender deutscher Universitäten übernahm und fortführte. In den Berliner Universitätsstatuten schlug sich kein neues Universitäts- oder Wissenschaftsideal

nieder, sondern dort hieß es in § 1 lapidar, dass die Neugründung den „gleichen Zweck“ wie alle anderen deutschen Universitäten habe, „nämlich die allgemeine und besondere wissenschaftliche Bildung gehörig vorbereiteter Jünglinge durch Vorlesungen und andere akademische Übungen zu vollenden und sie zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen“. Sowohl ihrer Aufgabenbestimmung nach wie auch in ihrer Organisation wurde die Berliner Universität den moderneren der deutschen Universitäten nachgebildet. Die traditionelle Rangfolge der vier Fakultäten – Theologische, Juristische, Medizinische, Philosophische – wurde auch in Berlin beibehalten, selbst wenn nach Schleiermachers programmatischer Schrift die Philosophische Fakultät nicht an letzter, sondern an erster Stelle stehen sollte, da sie nicht wie die anderen eine Spezialschule sei, sondern der reinen Wissenschaft diene und die Einheit der Wissenschaften an der Universität über sie hergestellt werde.

Übergang zur Forschungsuniversität

Neu an der sogenannten modernen deutschen Universität, die sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herauszubilden begann, war, dass nun die Erarbeitung neuen Wissens, nicht mehr nur dessen Weitergabe, Bewahrung und Ordnung, allmählich gleichwertig neben die anderen Aufgaben der Universität – Vermittlung von Allgemeinbildung und theoretisch-akademischer Berufsbildung – trat. Der Übergang zur Forschungsuniversität vollzog sich allerdings erst ganz allmählich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts und war erst um die Jahrhundertwende abgeschlossen. Doch selbst jetzt noch hatte die Ausbildungsfunktion der Universität das zentrale Gewicht. Erst zwischen 1880 und 1900 sind Seminare und Institute sowie Labor- und Seminarunterricht, durch die forschendes Lernen in der Universität erst institutionalisiert wurde, in der Mehrzahl der Fächer eingeführt.

Ebenfalls erst um 1880 wurden die Habilitationsanforderungen erhöht und normiert und die Habilitation setzte sich als Karrierestufe auf dem Weg zur Professur durch. Zwischen ca. 1860 und 1880 begann sich die Berufung nach Leistungskriterien durchzusetzen, das heißt die Privilegierung von Universitätsfamilien, die Bevorzugung von Landeskindern und bestimmten Konfessionen wurde allmählich aufgebrochen.

Die Universitätsreformen um 1800 lieferten die Grundlage zur Herausbildung der Forschungsuniversität im 19. Jahrhundert. Die Zeitgenossen sahen vor allem in der Freiheit von Lehre und Forschung „das“ Erfolgsgeheimnis der deutschen Universität. Die Universitätsreformen, ein dynamischer Wissenschaftsbegriff und die Lehrfreiheit waren eine wichtige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Entstehung der Forschungsuniversität. Ein ganzes, sich gegenseitig durchdringendes Faktorenbündel kam hinzu:

1. Die Eingliederung der Universitäten als Staatsanstalt und ihre Finanzierung über den Staatshaushalt ermöglichte eine enorme Steigerung des Universitätsetats. Der Forschungsimperativ entwickelte sich im 19. Jahrhundert auch deshalb zuerst an deutschen Universitäten, weil viel Geld in sie hineinfließ und sie gut ausgestattet waren – von modernen Gebäuden über Sammlungen, neueste Instrumente bis hin zu Büchern.
2. Das föderale deutsche Universitätssystem – wie heute waren die Universitäten Angelegenheiten der deutschen Einzelstaaten und nicht des Reiches –, und die Konkurrenz der Universitäten um Studierende führte dazu, dass kein Einzelstaat in der Ausstattung der Universitäten zurückbleiben konnte. Niveauunterschiede zwischen kleinen, mittleren und großen Universitäten waren seit der zweiten Jahrhunderthälfte nicht sehr gravierend. Die Konkurrenz der deutschen Einzelstaaten auf dem Bildungssektor schuf Nischen für die Erprobung neuer Ansätze oder die Einführung neuer Fächer, die bei Erfolg von anderen Universitäten kopiert wurden. Der seit der Jahrhundertmitte und mit der Reichseinigung häufigere Universitätswechsel von Professoren und Studenten bewirkte, dass sich Innovationen schneller durchsetzten. Dieses föderative System der Konkurrenz führte auch dazu, dass keine einzige Universität und kein einziger Staat zum Beispiel in der Institutionalisierung neuer Disziplinen oder Lehrformen voranging, sondern sich mehrere kleine, mittlere und große Universitäten – wie etwa Tübingen, Heidelberg, Bonn, Gießen oder eben auch München und Berlin – diese Rolle teilten.
3. Die Interaktion von Lehrfreiheit und von außen an die Universitäten herangetragenen Verwertungsinteressen beförderten die Ausbildung des Forschungsimperativs. Keineswegs ent-

wickelte sich dieser lediglich aus der „Einsamkeit und Freiheit“ der Professoren heraus. So wurde die Gründung von philologischen, aber auch mathematisch-physikalischen Seminaren – im Ausland später vielfach kopiert und als Erfolgsgeheimnis der deutschen Forschungsuniversität gefeiert – zunächst motiviert durch das Interesse an einer besseren Ausbildung der angehenden Schullehrer. Erst aus dem Aufeinandertreffen von Grundlagenforschung und Verwertungsinteressen entwickelte sich der wissenschaftliche Seminarunterricht.

4. Der steigende Wohlstand im Kaiserreich und die verglichen mit anderen Ländern trotz aller Exklusivität noch relativ große soziale Offenheit des deutschen Universitätssystems ermöglichten ein Anwachsen der Studierendenzahlen. Der Staats- und Gesellschaftsausbau, ebenso wie viele neue Wirtschaftszweige verlangten nach akademischen Fachkräften. Ohne diese Nachfrage, ohne diese „Masse“ an Studierenden auch keine „Klasse“, das heißt kein genügend großes „Begabungsreservoir“ für künftige Professoren und Wissenschaftler. Mit der durch neue Berufe und Prüfungsordnungen ermöglichten Spezialisierung und der steigenden Studierendenzahl erhöhte sich auch der Anteil derer, die wissenschaftliches Interesse zeigten und über Promotion und Habilitation die Wissensproduktion vorantrieben.

Defizite der deutschen Universitäten Ende des 19. Jahrhunderts

Wenn wir die Herausbildung der Forschungsuniversität und die Entwicklung eines relativ leistungshomogenen föderalen Universitätssystems, das Ausbildungs- und Forschungsaufgaben erfolgreich verzahnte, als Modernisierungsleistungen festhalten können, so stehen diesen aber auch unübersehbare Defizite gegenüber, die hier schlagwortartig aufgeführt werden sollen:

1. Die Organisation der Lehre: Die Freiheit im Studium, seine Unstrukturiertheit und die fehlenden Prüfungen vor dem Endexamen überforderten viele Studierende. Dies führte zum „Bummeln“, zum Studienabbruch und zu langen Studienzeiten.
2. Elitär-konservative und demokratiefeindliche Sozialisation an der Universität: Die „Leerstelle“, die die

- Universität hinsichtlich strukturier-tem Studium und Lebensführung ließ, wurde teilweise von den Verbindungen eingenommen und führte im Kaiserreich zu einer in ihren Ritualen eigentümlichen, elitär-konservativen und teilweise antisemitischen Sozialisation des überwiegenden Teils der Studenten. Das Universitätsstudium verschärfte so die Segmentierung der deutschen Gesellschaft. Das Verbindungswesen verstärkte auch den männlichen Charakter der Universität, der durch den Ausschluss von Frauen vom Universitätsstudium bis 1900 ungebrochen bestand und auch danach im 20. Jahrhundert erst sehr langsam aufgebrochen wurde.
3. Langer Ausschluss von Frauen aus der Wissenschaft: 1900 öffnete Freiburg als erste deutsche Universität die Tore für Frauen und ermöglichte ihnen eine reguläre Immatrikulation. In anderen europäischen Nationen konnten Frauen bereits ab den 1860er Jahren erste tertiäre Bildungseinrichtungen besuchen. Strukturelle Eigentümlichkeiten der deutschen Universität wie die unsichere und persönliche Abhängigkeiten generierende akademische Laufbahn, ferner die Vorstellung von Wissenschaft als individueller, genialer Leistung und die Verbindung von Universität, Macht und Männlichkeit kamen zur späten Einführung des Frauenstudiums hinzu und machten es den Frauen schwer, in der deutschen Hochschule Fuß zu fassen.
 4. Finanzierungsprobleme: Die Finanzierung der Universitäten als „Volluniversitäten“ mit einer sehr breiten und spezialisierten Disziplinenpalette wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum Problem. Eine erste Sparwelle und Überlegungen zur Konzentration und Schwerpunktbildung einzelner Fächer an bestimmten Universitäten setzte ein.
 5. Problematische Verbindung von Lehre und Forschung: Der Ausbau der Professuren hielt mit dem Anwachsen der Studentenzahlen nicht mit. Um die Jahrhundertwende zeigten sich zum Teil bereits massive Überfüllungerscheinungen (so zum Beispiel in Jura, aber auch in einzelnen Seminarveranstaltungen der Geisteswissenschaften). Gleichzeitig kritisierten die Kultusministerien die zu einseitige Ausbildung der angehenden Lehrer und den in positivistischem Spezialistentum erstarrten Seminarunterricht. Aus der Sicht der Professoren waren die stärkere Belastung in der Lehre und zeitaufwendige Forschungsarbeiten immer schlechter zu vereinbaren. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911, die sich die Errichtung außeruniversitärer Forschungsinstitute in den Naturwissenschaften durch staatlich-private Mischfinanzierung zum Ziel setzte, antwortete auf diese Problemlage.
 6. Hierarchische Strukturen: Neue Wissenschaftsdisziplinen wurden zunächst als außerordentliche Professuren etabliert, da diese billiger waren. Extraordinarien hatten bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg keine Mitspracherechte in der akademischen Selbstverwaltung. Die Einführung von ersten Assistentenstellen in den Naturwissenschaften und in der Medizin um die Jahrhundertwende finanzierte zwar teilweise dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Qualifikationsphase und die Durststrecke bis zum Ruf, doch verstärkte sich dadurch auch die hierarchische Struktur. Mit der Einführung dieser neuen Stellen wurde die hierarchische Position des Ordinarius erhöht, der zudem Priorität in der Themenwahl oder bevorzugten Zugang zu materiellen Forschungsressourcen hatte. Die hierarchische Struktur und die Dominanz des Ordinarius konnten sich kontraproduktiv auf die Lehre und die Durchsetzung von Innovationen auswirken.
 7. Verzerrte Leistungsauslese und hohe soziale Kosten für den wissenschaftlichen Nachwuchs: Der lange „Ausbildungsweg“, die große Unsicherheit auf dem Weg zur Professur und der kollegial organisierte Berufungsvorgang führten zu einer starken Abhängigkeit der Nachwuchswissenschaftler von ihren Förderern. Sie waren zu ihrem Fortkommen auf Netzwerke und einen guten Ruf angewiesen. Soziale, konfessionelle und politische Faktoren bestimmten und „verzerrten“ die Berufungsentscheidungen, die selbstverständlich nicht nur nach den Leistungen in Forschung und Lehre vorgenommen wurden. So hatten Juden, Sozialdemokraten, Pazifisten, in den Geisteswissenschaften auch Katholiken kaum oder deutlich schlechtere Berufungschancen, Frauen waren bis 1920 ganz von etablierten Professuren ausgeschlossen. Ob ein Privatdozent eine Professur erhielt, hing auch von der Generationszugehörigkeit und der Ausbaugeschwindigkeit seines Faches ab. Die sozialen Kosten des Auswahlprozesses auf dem Weg zur Professur waren sehr hoch und die „Leistungsauslese“ verzerrt.
 8. Schwieriger Dialog mit der Gesellschaft und unkritische Haltung gegenüber dem Staat: Die Universitäten reagierten meist starr und abwehrend auf neue, aus der Gesellschaft an sie herangetragene Ausbildungs- und Forschungsbedürfnisse. Diese abwehrende „Rationalität“ der Universität hatte, positiv gesehen, die wichtige Funktion, Eingriffe in das Bestehende zu verhindern und die Freiheit und Unabhängigkeit der Institution zu schützen. Sie erwies sich aber auch als kontraproduktiv, da Neuerungen nur unter großem Druck von außen und in der Regel durch den Staat durchgesetzt werden konnten. Den Wissensnachfragen einer sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft wurde von der Institution als solcher meist nicht „freiwillig“ nachgekommen, wenn es hier auch einige Gegenbeispiele wie etwa die Nationalökonomie gibt, die aktuelle soziale Fragen aufnahm. Auch nahmen teilweise Privatdozenten und Außenseiter unter der Professorenschaft neue Themen auf, allerdings nicht immer mit der Aussicht auf eine erfolgreiche Laufbahn und dotierte Stelle. Andererseits kamen gerade die Geisteswissenschaften teilweise dem Staat und den konservativ-nationalen Eliten zu sehr entgegen, sie profitierten ideell und materiell vom nationalen Aufschwung und legitimierten – so etwa die Geschichte – den neuen Nationalstaat. Das Verhältnis zu Gesellschaft und Staat changierte also zwischen Verweigerung, partieller Aufnahme von Reformbewegungen durch einzelne Professoren und einer eher unkritischen Willfährigkeit gegenüber dem Staat und nationalkonservativen Eliten.

ein knappes Fazit

Deutschen Universitäten kam im 19. Jahrhundert eine entscheidende Rolle in der Durchsetzung des Forschungsimperativs zu, und um 1900 sprach man, nicht ohne imperialistische Anklänge, von der Weltgeltung deutscher Wissenschaft. Die Universitätsreformen in den Jahren um 1800 legten hierzu ein Fundament und waren eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung. Der Weg zur Forschungsuniversität hing von vielen, materiellen und immateriellen Faktoren ab. Er kann keineswegs lediglich auf die idealistische Universitätsidee und auch nicht lediglich auf eine Erfolgsgeschichte verkürzt werden.

Universitätskritik als anthropologische Konstante

Die Universitäten standen auch damals in der Kritik und zeigten neben den Modernisierungsleistungen gewaltige Defizite. Universitätskritik ist beileibe kein Privileg unserer heutigen Zeit, sondern für die moderne Universität schon fast so etwas wie eine anthropologische Konstante (wenn es das für eine Institution geben kann). Das zeigt auch die lebhafteste, während des gesamten 19. Jahrhunderts geführte Universitätsdebatte. Abgesehen von einzelnen Frontalangriffen auf die Universität bestand in dieser Reformdiskussion weitgehende Einigkeit darüber, dass das Erfolgsgeheimnis und die Charakteristik der deutschen Universität die akademische Freiheit sei. Gleichzeitig hatte dieses Erfolgsgeheimnis aber seine Schattenseiten, denn Studienfreiheit bedeutete auch die Freiheit, nicht zu studieren. Im Vordergrund der Universitätsreformdiskussion im 19. Jahrhundert stand daher durchgängig die Frage, wie die Lehre zu verbessern sei.

Auch wenn sich unsere heutige Situation in vielen Punkten – politisch, gesellschaftlich, sozial, wissenschaftlich – von den Universitätsverhältnissen des 19. Jahrhunderts grundlegend unterscheidet, sind viele der damals schon angesprochenen Probleme heute nach wie vor aktuell. Finanzierungsprobleme, Überfüllungserscheinungen, die unsichere Situation des akademischen Nachwuchses, die Kluft zwischen Professoren und Studenten, die Überlastung durch die Lehre oder die Kritik an den nur an der Forschung interessierten Professoren und einer im Spezialistentum erstarrten, dem Bildungs- und Ausbildungsgedanken in keiner Weise genügenden Lehre treten schon in den Jahren um 1900 zu Tage. Bereits seit den 1830er Jahren durchziehen das Jahrhundert die Klagen über nur am Brotstudium interessierte Studenten, über ihre mangelnde Vorbil-

dung oder über ein zu langes Studium. Die heutigen Reformen werden manchmal mit den „grundstürzenden Reformen“ der Umbruchzeit um 1800 verglichen. Da ich Historikerin und keine Zukunftsforscherin bin, finde ich diesen Vergleich schwierig, denn wir können nicht absehen, wie sich die heutige Reform entwickeln wird. Und bei genauerem Blick bringen die Jahre um 1800 weniger Neues als angenommen, denn vieles war schon in den Reformuniversitäten des frühen 18. Jahrhunderts angelegt. Andererseits waren revolutionäre Entwicklungen wie die Entstehung der Forschungsuniversität, die gerne vereinfachend und fälschlich auf die preußische Universitätsreform unter Wilhelm von Humboldt als Kultusminister, das Jahr 1810 und die Gründung der Berliner Universität zurückgeführt wird, zwar im Keim in der Reformzeit angelegt, um 1900 aber erst wirklich voll ausgebildet. Wenn man aus der Universitätsgeschichte lernen will, kann dies allenfalls bedeuten, für die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten zu sensibilisieren und eingleisige Perspektiven in Frage zu stellen. In Bezug auf Universitätsreformen heißt das für mich – dies geht an die „Apokalyptiker“, die von den gegenwärtigen Reformen das Ende der deutschen Universität befürchten, – darauf hinzuweisen, dass sich trotz massiver staatlicher Eingriffe mittel- und langfristige stets eine große Beharrungskraft der traditionellen universitären Freiheit und Selbstverwaltung zeigte. Dies ist keineswegs nur positiv zu sehen, denn das Pochen der Universität und der Professoren auf die Erhaltung von „Freiheit“ war auch verknüpft mit der Aufrechterhaltung beharrender, elitärer, undemokratischer, hierarchischer und innovationsfeindlicher Strukturen. Vieles wirkte sich aufgrund dieser beharrenden universitären Rationalität dann aber doch nicht so grundstürzend aus, wie es zunächst daherkam. Und ein zweites ist vielleicht interessant – diesmal für die „Modernisierer“: Trotz der Bewunderung

für die deutschen Forschungsleistungen übernahmen ausländische Universitäten oder Nationen nie in Gänze das deutsche Modell, sondern eigentlich meist nur sehr pragmatisch einzelne Bestandteile wie die Seminar- und Institutsgründungen. Das heißt sie besannen sich auf die Stärken ihres Systems und versuchten, dieses sinnvoll zu ergänzen – das könnte auch für die heutige Entwicklung in Deutschland eine Maxime sein. Und ein Drittes: Der im 20. Jahrhundert in der deutschen Universitätsdiskussion kaum wegzudenkende Rekurs auf die idealistischen Universitätschriften und Humboldt verstellte vielleicht auch neue Perspektiven, da diese Diskussion ideologisch hochgradig aufgeladen ist. Vermeintlich stichfesteste historische Argumente dienten und dienen dazu, mit ihnen Politik zu machen und verschiedenste Universitätsvorstellungen zu legitimieren. Ist diese permanente Rückwärtsschleife in die Zeit um 1800 wirklich immer noch nötig? Können wir nicht eine sachkundige und transparente Bestandsaufnahme unserer heutigen Universität, ihrer Aufgaben, Stärken und Probleme vorlegen, ohne immer wieder gebannt auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Ideen einer bedeutenden, aber vielseitig instrumentalisierten Persönlichkeit zu starren? Aus marketingtechnischen und öffentlichkeitswirksamen Gründen macht die Chiffre Humboldt Sinn, doch für eine inhaltliche Standortbestimmung wäre es sicher fruchtbarer, an gezielten und ganz konkreten Punkten in die Universitätsgeschichte zurückzuschauen und etwas eigenständiger zu überlegen, wie es heute weitergehen könnte.



SYLVIA PALETSCHEK

studierte Geschichte, Geografie, Germanistik und Erziehungswissenschaften in München und Hamburg. Nach ihrer Promotion im Fach Geschichte an der Universität Hamburg war sie Assistentin am Historischen Seminar der Universität Tübingen, wo sie 1997 habilitierte. Sie lehrte als Hochschuldozentin beziehungsweise Lehrstuhlvertretung in Tübingen und Darmstadt. Seit 2001 ist Sylvia Paletschek Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, 2006/07 hatte sie eine Gastprofessur am St. Antony's College in Oxford inne.



wissenschaft zum sprechen bringen

Universitäten als Orte der Wissenschaftskommunikation

von Ulrike Felt

Die internationale Diskussion über die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Neupositionierung von Wissenschaft und ihren Institutionen hat zwar später, aber nicht weniger heftig den deutschsprachigen Raum erreicht. Wissenschaftskommunikation erhielt dabei eine zentrale Rolle und hat sich seit den späten 1990er Jahren zu einem nicht mehr zu vernachlässigenden Thema entwickelt. Wissenschaftssommer, Kinderuniversitäten, Städte der Wissenschaft sind nur einige der Beispiele, die als Indikatoren für diese Veränderung dienen. Universitäten und wissenschaftliche Forschungsstätten haben zentrale Einrichtungen zur Wissenschaftskommunikation aufgebaut, um dieser neuen Aufgabe auch gerecht zu werden. „Giving Society a Key to the Lab“ lautete der pointierte Titel einer 2004 von der Europäischen Union herausgegebenen Broschüre, welche diesen Wandel der Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auf den Punkt brachte. Für die deutschen ForscherInnen wurde der Ruf „raus aus dem Elfenbeinturm“ zur quasi alltäglichen Aufforderung, als KommunikatorInnen ihrer Forschung im Speziellen und der Wissenschaft im Allgemeinen tätig zu werden. Die Arbeit ansprechend aufbereiten und als WissenschaftlerInnen wieder gesellschaftlich sichtbare Personen werden ist das Ziel, und damit – so hofft man – wird eine positive Wahrnehmung

von Wissenschaft und ihren Institutionen von Seiten der Öffentlichkeit sichergestellt. Außer Frage scheint zu stehen, dass dies eine Notwendigkeit zur Sicherstellung der Zukunft von Forschung ist.

Raus aus dem Elfenbeinturm

Fragt man genauer nach den hinter diesen boomenden Aktivitäten stehenden Gründen, so ertönt auf einer ersten Ebene ein international durchaus gleichförmig anmutendes Klagelied über eine Öffentlichkeit, die nicht ausreichend Bereitschaft zeigt, wissenschaftlich-technische Innovationen mitzutragen. Nicht nur dies: Sie würde diesen sogar skeptisch gegenüberstehen oder sich gar explizit ablehnend verhalten. In einer wissensbasierten Ökonomie und im Lichte der 2000 verfassten Lissabon-Erklärung, die wissenschaftlich-technische Innovationen so nachdrücklich als einzigen Weg in Richtung Wohlstand und Frieden für Europa formuliert hatte, erscheint das, was früher schlicht als nicht vorhandenes Interesse gewertet wurde, nun durchaus bedrohlicher. Die unerwartete und deutliche öffentliche Resistenz gegen spezifische Formen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wie er etwa im Bereich genetisch veränderter Organismen angepriesen wurde, aber auch

die immer wieder aufflammenden Diskussionen rund um das Thema Kernenergie werden hier vielfach als Musterbeispiele angeführt. Es müsse also verhindert werden, dass sich solche Haltungen auf andere Bereiche – derzeit etwa die Nanotechnologien – ausweiten.

Ähnlich könnte man die Indizien für eine zweite große Sorge lesen, nämlich die Tatsache, dass junge Menschen, weniger als von ihnen gesellschaftspolitisch erwartet wird, ihre Zukunft in naturwissenschaftlich-technischen Berufsfeldern sehen und daher die korrespondierenden Hochschulstudien abschließen. Auch diesem Phänomen soll durch ein Mehr an Kommunikation und durch eine geeignete Repräsentation von Wissenschaft im öffentlichen Raum entgegengewirkt werden. Schließlich geht es um die WissensarbeiterInnen von Morgen, die den gemeinsamen europäischen Traum einer florierenden Wissensökonomie sicherstellen sollen.

Zwischen Defizitdenken und Dialogversuchen

In den Anfangsphasen dieses Kommunikationsbooms schien man von der Idee auszugehen, dass ein Mehr an Information für eine breite Öffentlichkeit quasi automatisch auch ein Mehr an Unterstüt-

zung und Akzeptanz durch selbige erzeugen würde. Dies hat sich, einer Fülle von detailreichen Studien aus dem Bereich der Wissenschaftsforschung folgend und durch dichte Erfahrungen aus der Praxis, als ein klarer Trugschluss erwiesen. Es lag nämlich nicht einfach ein zu behobendes Informationsdefizit auf Seiten der Öffentlichkeit vor. Vielmehr geht es darum, zum einen ein Mehr an Interaktions- und Dialogmöglichkeiten zwischen WissenschaftlerInnen und BürgerInnen zu schaffen und zum anderen in diesem Prozess die Rolle Letzterer als wesentlich aktiver zu verstehen. Es geht also nicht um schlichte Informationsweitergabe und die Aufnahme selbiger, sondern um ein Aufbereiten, Interpretieren und Einordnen dieses Wissens durch die jeweiligen Öffentlichkeiten. Insbesondere geht es also darum, eine neue Vertrauensbasis aufzubauen beziehungsweise diese wiederherzustellen. Es geht darum, über die zentrale Bedeutung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu verhandeln und so wissenschaftliche Möglichkeitsräume, ökonomische Entwicklungen, aber auch für die Mitglieder der Gesellschaft wiedererkennbare und unterstützenswerte Zukunftsvisionen zu eröffnen.

Dass dies ein viel mühsamerer Weg als gedacht ist und eine Herausforderung darstellt, wurde vielfach klar, und es ist kaum zu übersehen, dass viele Initiativen der Wissenschaftskommunikation trotz besseren Wissens dem beschriebenen Defizitgedanken verhaftet bleiben.

Die Universität sucht ihren Platz in der Wissensgesellschaft

Nun stellt sich direkt die Frage, welche Rolle die Universität in dieser Verwissenschaftlichung der Gesellschaft spielt beziehungsweise wie sie sich unter veränderten Rahmenbedingungen entsprechende Freiräume für ihre Entwicklung schaffen kann. Welche Rolle spielt sie in der Wissenschaftskommunikation und welche Rolle spielt Wissenschaftskommunikation für sie?

In der Tat hat sich in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa der Gedanke einer erweiterten universitären Autonomie durchgesetzt. Dadurch sind zwar institutionsinterne Freiräume entstanden, gleichzeitig wurde es jedoch für Universitäten immer wichtiger, sich als Player in der Wissensgesellschaft zu positionieren und so ihre eben gewonnene Autonomie auch zu verteidigen. Universitäten müssen

nicht nur verstärkt die in sie investierten Mittel rechtfertigen und neue Financiers anwerben, sondern sich ebenso im Wettbewerb mit anderen Universitäten und Einrichtungen in Lehre und Forschung behaupten. Die Schaffung sogenannter Eliteuniversitäten ist ein solcher Prozess, hinter dem der Glaube steht, dass durch diese Form des Wettbewerbs ein Mehr an ausgezeichneten wissenschaftlichen Leistungen hervorgebracht und so öffentliche Anerkennung und Unterstützung gesichert werden können.

Während dieser Beweis des Mehrs auf institutioneller Ebene durch Wettbewerb und Elitenbildung – so es sich überhaupt einstellen sollte – wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, steht die Notwendigkeit außer Frage, dass eigene Forschungsleistungen besser kommuniziert und die Präsenz von Universitäten im öffentlichen Raum deutlicher herausgestellt werden müssen. „Profilbildung“ lautet der Auftrag für die Zukunft. Schließlich geht es darum, die besten Studierenden anzuwerben, die Universität am eigenen Standort und darüber hinaus als zentralen Wissensakteur zu verankern und so zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Wissenschaftskommunikation als Grenzziehung

In diesem Zusammenhang scheint es wesentlich, Wissenschaftskommunikation weder auf ihre Funktion als angemessene Informationsweitergabe, als vielzitierte Öffnung hin zur Gesellschaft, noch als Mittel im Wettbewerb zu reduzieren. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass diese Kommunikation auch der Grenzziehung dient: Grenzen, die in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft immer neu aufgebaut, ausgebaut oder verteidigt werden müssen.

Durch Kommunikation von Wissenschaft wird immer gleichzeitig Positionierungsarbeit geleistet: Positionierung als Ort, an dem ausgezeichnete Wissenschaft gemacht wird, an dem Expertise über einen bestimmten Bereich vorherrscht, als Ort, an dem Menschen Hochleistungen erbringen und an dem WissenschaftlerIn-Sein noch einen bestimmten Stellenwert besitzt. Vor allem soll dadurch auf gesellschaftlicher Ebene deutlich gemacht werden, worin die Autorität der betreffenden Universität besteht.

Ebenso geht es um das Ziehen jener Grenzen, die festlegen, was man als Wissensinstitution bereit ist zu tun. Was also nicht nur machbar, sondern auch wün-

schenswert ist. Und genau hier beginnt eine zentrale Aufgabe der Universität zu greifen: Sie hat nicht nur die Funktion, mit der Zeit zu denken und diese quasi mitzugestalten, sondern sie hat auch die Aufgabe, gegen die Zeit zu denken, also an alternativen Entwürfen einer Gesellschaft mitzuwirken.

Grenzüberschreitung durch Wissenschaftskommunikation

Aber, und darauf hat eine ganze Reihe bekannter Wissenschaftler, die sich als Vermittler betätigten, hingewiesen: Wissenschaftskommunikation ist genauso ein Raum, in dem Grenzen überschritten werden können. Sie bietet die Möglichkeit, aus klar gezogenen disziplinären Grenzen auszubrechen, Querverbindungen herzustellen, eine andere Sprache und Bilder zu wählen und gesellschaftliche Denk- und Handlungsmuster mit wissenschaftlichen zusammenzuführen. So kann sie gewissermaßen zu einem transdisziplinären Labor werden, in dem Wissenschaft und Gesellschaft zusammentreffen, um neue Denkhorizonte und Erwartungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Dies birgt allerdings gleichzeitig eine Gefahr: Gerade in den letzten Jahren war zu beobachten, dass diese Kommunikationsräume zu einem neuen Marktplatz geworden sind, auf dem mit Versprechen der Wissenschaft für eine bessere Zukunft gehandelt wird. Damit hat sich eine Quasi-Ökonomie des Versprechens herausgebildet, bei der es darum geht, im Wettstreit der Versprechen auf immer bessere Zukünfte durch Wissenschaft und Technik zu gewinnen.

Die Grenzen der Wissenschaftskommunikation

Trotz all dieser genannten Möglichkeiten sind der Wissenschaftskommunikation deutlich wahrnehmbare Grenzen gesetzt. Jahrzehnte von Forschung haben auf die Vielschichtigkeit und Komplexität der Positionierung von BürgerInnen gegenüber der Wissenschaft hingewiesen. Menschen entwickeln unterschiedliche, zum Teil einander widersprechende und an ihren subjektiven Kontext angepasste Vorstellungen von Wissenschaft und Technik, sie setzen sie in Beziehung zu ihren eigenen Erfahrungen und ihrem eigenen Wissen. Wissenschaft wird also nie per se beurteilt, sondern immer im Zusammenspiel mit

der eigenen Position, mit Abwägungen von Vor- und Nachteilen, mit Erlebtem und persönlichen Erwartungen. Gleichzeitig sollte man nicht übersehen, dass BürgerInnen nicht notwendigerweise darauf warten, zu einem Dialog eingeladen zu werden. Ganz im Gegenteil: Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass immer wieder „nicht eingeladene“ Formen der Mitsprache, wie etwa Protestbewegungen im Bereich von Umwelt und Gesundheit, zum Motor der Veränderung und des Widerstandes wurden. Dies bedeutet, dass Wissenschaftskommunikation bestenfalls einen Beitrag zu gesellschaftlicher Dynamik im wissenschaft-

lich-technischen Bereich liefern kann und dass es wesentlich ist, dies in der von Universitäten betriebenen Kommunikation zu reflektieren.

Modeerscheinung oder Notwendigkeit?

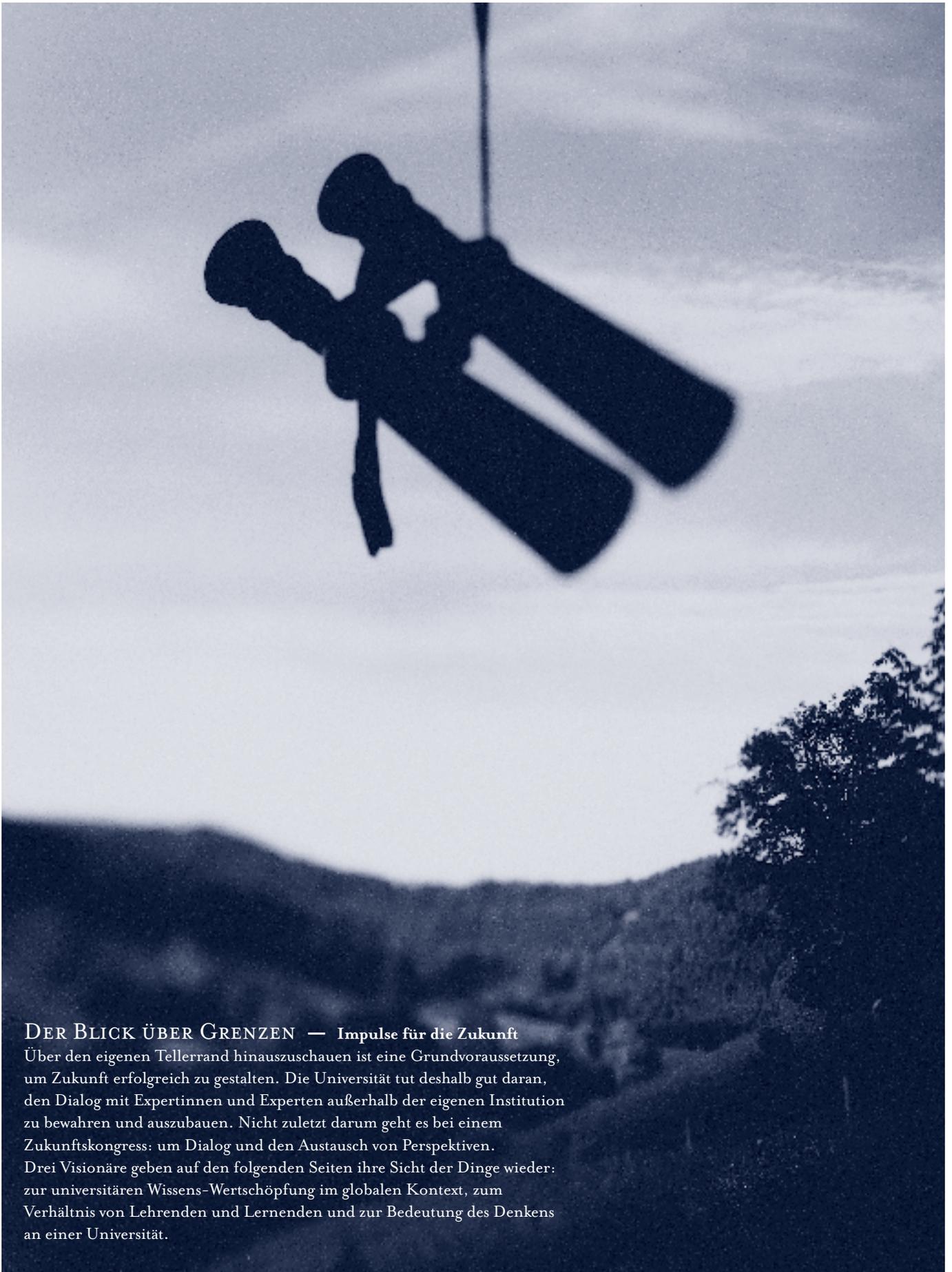
Was die Universitäten betrifft, so bleibt die Frage: Welchen Stellenwert hat Wissenschaftskommunikation? Handelt es sich um eine Modeerscheinung, die wieder vergehen wird, oder handelt es sich um eine lange vernachlässigte Gelegenheit der Begegnung von Wissenschaft und Gesell-

schaft – für die Erstere ihre Erkenntnisse schließlich produziert? In der Tat ist dieses kurze Essay ein Plädoyer für Letzteres. Gerade die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und ihre Geschwindigkeit haben uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist, aus dem eigenen Kontext herauszutreten und das eigene Tun „von außen“ zu betrachten und betrachten zu lassen. Auf diese Weise wird deutlich, wohin sich die Institution Universität entwickelt, welchen Platz sie unter anderen Institutionen einnehmen könnte, in welcher Weise sie ihre Beziehung zur Gesellschaft gestalten möchte, aber auch wo sie ihre Grenzen setzen sollte.



ULRIKE FELT

ist Professorin für Wissenschaftsforschung und Leiterin des gleichnamigen Instituts an der Universität Wien. Sie studierte Physik und Mathematik, nach ihrer Promotion wechselte sie in den Bereich Wissenschaftsforschung. 1997 habilitierte sie zum Thema „Wissenschaft und Öffentlichkeit“. In ihrer Forschung beschäftigt sich Ulrike Felt unter anderem mit Fragen der gesellschaftlichen Vermittlung von Wissenschaft und Technik sowie Themen im Bereich der Wissenspolitik und -produktion. Informationen unter www.univie.ac.at/viruss.



DER BLICK ÜBER GRENZEN — Impulse für die Zukunft

Über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen ist eine Grundvoraussetzung, um Zukunft erfolgreich zu gestalten. Die Universität tut deshalb gut daran, den Dialog mit Expertinnen und Experten außerhalb der eigenen Institution zu bewahren und auszubauen. Nicht zuletzt darum geht es bei einem Zukunftskongress: um Dialog und den Austausch von Perspektiven. Drei Visionäre geben auf den folgenden Seiten ihre Sicht der Dinge wieder: zur universitären Wissens-Wertschöpfung im globalen Kontext, zum Verhältnis von Lehrenden und Lernenden und zur Bedeutung des Denkens an einer Universität.

freiheit: herausforderung universitätszukunft

von Birger P. Priddat

1. Universitäten sind Orte des längeren Gedankenspiels – die einzigen oft in einer Gesellschaft.
2. Das wäre eine Qualität als Maß für die Universitätsentwicklung: nicht größer werden, sondern konzentrierter, fokussierter, gedankenvoll.
3. Organisatorisch folgt dem dies: Zerfällung aller großen Universitäten in viele kleine. Jedes Seminar hat sein eigenes Gebäude innerhalb der Stadt, in urbaner Umgebung (niemals wieder Out-of-Area-Universities oder abgeschottete Campi).
4. Die Architektur und die Organisation sind mindestens so entscheidend wie die inhaltliche Textur. Universitätsgebäude müssen architektonisch so gestaltet sein, dass man erhabenen Hauptes eintreten und sich in ihnen bewegen kann.
5. Der Rest ist Qualität des Denkens. Nicht lehren (im blinden Weitergeben), sondern ins Denken bringen wäre ihre Aufgabe. Der Denkstuhl denkt über die Art und Weise nach, wie er Denken erzeugen kann – als Induktionsphänomen.
6. Dass man Denken lernt, ist nur ein Teil der Kompetenz, sich gleichzeitig mit anderen, die es ebenfalls lernen, auseinanderzusetzen. Denken lehrt eine Universität en passant, ist ein Modus collectivus, kein geniehafter Autismus. Also Kommunikation.
7. Dass man zusammen lernt, ist eine Prägung/Investition fürs Leben. Ein Netzwerkmodus, wenn er verstanden wird. Universitäten sind sich eröffnende Netzwerke von potenziellen Denkern und Entscheidern.
8. Nicht dass Wissenschaft betrieben wird, zeichnet eine Universität aus, sondern dass sie das im Kontext von jungen Studierenden tut, die jeweils in die Wissensschübe hineingenommen werden. Universitäre Wissenschaft ist Wissenschaft + Attraktion (junger Geister für Wissenschaft beziehungsweise für Freiheit im Denken als Herausforderung).
9. Wissenschaft kann völlig unabhängig von Universitäten geschehen; aber es ist den Universitäten abträglich, wenn die Kollegen nicht mehr die Studierenden wie selbstverständlich in ihr elaboriertes Gespräch einbeziehen.
10. Universität ist das Gespräch der Wissenschaftler im Gespräch mit den Studierenden. Beide Foren interferieren – jedenfalls dann, wenn Universitäten Universitäten sind oder bleiben.
11. Alles andere ist das Erlangen von Zertifikaten für beglaubigten sozialen Aufstieg. Universitäten hingegen lehren nicht, sondern lassen die jungen Leute Forscher begleiten: im Denken, im Nach-Denken, im Laborieren, im sonstigen Forschen.
12. Die Universitäten des 21. Jahrhunderts (des 3. Jahrtausends) kultivieren das, was in Gesellschaften knapp ist: gelassener Geist, lange Gespräche und Freude am Denken. Alles andere folgt daraus.

BIRGER P. PRIDDAT

ist promovierter Volkswirt. Nach seinem Studium war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaften und anschließend am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hamburg tätig. Von 1991 bis 2004 war er Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Witten/Herdecke. Zurzeit ist er Professor für politische Ökonomie an der Zeppelin University in Friedrichshafen, seit Juli 2007 außerdem designierter Präsident der Universität Witten/Herdecke.

Hockend palavern

Universitäre Dialogfähigkeit im Kontext globalisierter Problemstellungen

von Heiko Roehl



HEIKO ROEHL

beschäftigt sich mit zukunftsorientierter Veränderung von und in Organisationen. Er studierte Psychologie und Betriebswirtschaft in Berlin und Bologna, promovierte im Fach Soziologie in Bielefeld und arbeitete in der DaimlerChrysler Society and Technology Research Group in Berlin/Palo Alto. Im Auftrag der Bundesregierung baute er die Nelson Mandela Foundation in Johannesburg/Südafrika auf. Heute leitet er die Unternehmensorganisation der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Heiko Roehl ist Autor, Dozent und Forscher im Themenkreis Veränderungsmanagement/Wissensorganisation/Zukunftsforschung und Redakteur der Zeitschrift für Organisationsentwicklung. Weitere Information und Kontakt: www.heikoroehl.com.

Pandemien, Migrationsströme, Klimawandel – die großen Krisen der Gegenwart bahnen sich mit der fortschreitenden Globalisierung ihren Weg in unseren Alltag. Den Universitäten hingegen scheint es zu gelingen, sie auf Distanz zu halten. Probleme dieses Zuschnitts spielen sich aus universitärer Perspektive scheinbar in einer Zwischenwelt ab, die sich ihrer Zuständigkeit entzieht. Sie werden meist erst mit einiger Zeitverzögerung aus dem globalen Hintergrundrauschen herausdefiniert und als sinnvolle Gegenstände wissenschaftlicher Beschäftigung erachtet. Eine zeitnahe Wissensbasierung von Krisen gelingt nur bedingt, in Ausnahmefällen und häufig erst durch politische Akteure vermittelt.

Die Frage ist, wie es der Universität gelingen kann, sich zukünftig stärker als

Initiator von Dialogen in einem globalen Kontext zu verstehen. Eine solche Rolle ist mit zahlreichen Voraussetzungen verbunden. Um entsprechende Themen überhaupt in ihrer Komplexität abbilden zu können, wäre eine grundlegend transdisziplinäre Wissens-Wertschöpfung notwendig. Eine weitere Herausforderung läge im systematischen Einbezug multipler Interessengruppen in methodisch strukturierte Kommunikationsprozesse. Widersprüchliche Interessen der beteiligten Akteursgruppen (etwa aus Wirtschaft, Politik, Nichtregierungsorganisationen) stellen besondere Anforderungen an Qualität und Tiefe eines Dialogs. Sinnbildlich für solche Dialogformen stehen die afrikanischen Palaverhäuser, in denen eine äußerst effizient geregelte Konversation stattfindet, bei der alle Beteiligten einbezogen und gehört werden. Das Ergebnis sind verblüffend innovative Lösungen äußerst komplexer Problemstellungen. Wegweisend sind in diesem Zusammenhang die für den Einsatz in schwierigen Veränderungsprojekten auf Makroebene entwickelten, dialogbasierten Multi-Stakeholder-Methodologien der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem gegenwärtigen Modus operandi universitärer Wertschöpfung ist dieses Selbstverständnis nur bedingt in Einklang zu bringen. Universitäten werden kom-

plexer, sie bilden immer weiter differenzierte und spezialisierte Eigensprachlichkeiten aus, folgen ihrem eigenen Timing und bringen lokale Vernünfte zur Anwendung. Darin unterscheiden sich die Reproduktionsmechanismen universitärer Identitäten nur wenig von denen anderer Organisationen. Auch im Hinblick auf die abträgliche Rolle, die diese Eigenheiten für die Fähigkeit einer Organisation haben, sich nach außen zu vermitteln, ist die Universität kein Spezialfall. Alle Organisationen sichern ihre Identität über diese Art von Grenzziehungsmechanismen. Die Frage ist, ob und wie sich diese Mechanismen transzendieren lassen. Die auf Herstellungen von sicherem Wissen ausgerichteten Prozesse universitärer Wertschöpfung hätten – zumindest temporär – einer Akzeptanz des Vorläufigen und praktisch Brauchbaren zu weichen. Der Versuch, disziplinenübergreifende Anschlussfähigkeit an widersprüchliche Interessen außeruniversitärer Gruppen herzustellen fordert eine veränderte organisationale Lernkultur der Universität.

Gelingt es der Universität als kollektiver Akteurin jedoch, im globalen Dorf zukünftig stärker in die proaktive Rolle des globalen Dialogue Makers einzusteigen, so könnten sich für die Beteiligten in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Forschung grundlegend neue Handlungs- und Optionsspielräume öffnen.

Lernende – Lehrende – Forschende – Verwaltende: professoren

von Christian Schneiderberg

Das Bild des Professors als eierlegende Woll-Milch-Sau in Lehre, Forschung und akademischer Selbstverwaltung hat inneruniversitär Risse bekommen. Die Professorinnen und Professoren wehren sich gegen die Wahrnehmung als Mängelwesen, übersehen dabei aber ihre selbst beanspruchte Überforderung – allein schon im Hinblick auf ihr Zeitbudget.

Die Berufung des Professors läuft angesichts der Veränderungen unter Bologna idiosynkratisch – im medizinischen Sinn der Überempfindlichkeit auf gewisse Stoffe und Reize – und übt somit eine nicht zu übersehende Gegenwirkung auf die politisch und ökonomisch motivierten Veränderungen der Universität aus. Die Folgen dieses Regelkreislaufes sind noch nicht absehbar. Es scheint jedoch, als seien sowohl der intrinsische wie auch der extrinsische Anspruch an die Professorin und den Professor völlig überhöht und nur unter völliger Selbstausschöpfung halbwegs realisierbar – oder...

Aber kehret ein! Das Konstrukt der „Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden“ mit seiner anmutigen Pluralität in ideologischer und funktionaler Bedeutung – ganz im Geiste des Experiments Zukunftskongress – bietet den idealen Einstieg für den Blick ins Innere der Universität. Die „Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden“ birgt den Kern der Universität. Mit all den Überzeugungen und dem Vorwissen lässt es sich heute trefflich über die von Humboldts Idee der höheren Lehranstalt entnommene These streiten. Humboldts Gedanken haben sich für den (bisher) postulierten Anspruch der Universität im Hochschulsystem als relativ stabil erwiesen. Sie haben auch in Deutschland durch und auf die historisch gewachsene Gestalt der Universität gewirkt. Eine Gestalt, die bestimmte Konzepte überdauert und politische Entscheidungen beeinflusst hat.

In den Lernenden und Lehrenden ist die personalisierte Ausprägung der Univer-

sität zu finden. Der Rückkoppelung von Anspruch und Wirkung einer Idee der „Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden“ macht sie reizvoll für die Erörterung der Grenze(n) IN der Universität. Im Sinne ideengeleiteter Erklärungsmuster wird ein analytischer Blick auf Funktion, Gestalt und Wahrnehmung ermöglicht. Die Studierenden als Lernende sind integraler Bestandteil und Voraussetzung für die Lehrenden. Dem Anspruch nach bleiben die Lehrenden fortwährend Lernende in der universitären Gemeinschaft. Die Professorin/der Professor machen einen biografischen Wandel durch, bei dem aus der Berufung ein Beruf mit eigenem Ethos, Bedürfnissen und Ansprüchen erwächst. Mit wachsen auch Status und Macht sowie das Interesse des Erhalts. Angesichts dessen ist die Frage erlaubt, ob die „gute“ Idee Humboldts mangelhaft umgesetzt wurde – oder überhaupt je real existieren könnte.



CHRISTIAN SCHNEIJDERBERG

arbeitet als Politischer Sekretär (Bereich nationale und internationale Hochschulentwicklung) beim Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS (www.vss-unes.ch) in Bern und promoviert am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung INCHER an der Universität Kassel (www.uni-kassel.de/incher). Er ist Mitglied der Gesellschaft für Hochschulforschung (www.hochschulforscher.de). Schneiderberg hat an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Soziologie und Politikwissenschaft studiert und anschließend mit Studienkollegen Statsolutions (www.statsolutions.de) gegründet, ein junges Unternehmen der empirischen Sozialforschung mit Fokus auf Befragungskonzepte und Datenanalyse.



13 Redakteurinnen und Redakteure haben sich auf den Weg gemacht, Visionen einzufangen und Menschen nach ihrer Meinung zum Thema „Universität der Zukunft“ zu fragen. Die Idee war, subjektive Perspektiven zum Thema Universität zu sammeln. Es gab keine Vorgaben inhaltlicher oder formaler Art, die Ideen zu den jeweiligen

Interviewpartnerinnen und -partnern kamen vom Team selbst. Aus den Bereichen Studium und Wissenschaft, Journalismus, Hochschulpolitik und -verwaltung, Industrie, Kirche und Gewerkschaft wurden Stimmen zusammengetragen. Überraschende, bestätigende, kontroverse und erstaunliche Meinungen kamen so zu-

sammen und geben einen Einblick in die Möglichkeiten, die der Institution Universität in Zukunft bevorstehen.



v.l.n.r.:

Sarah Bihler, Sprachwissenschaft des Deutschen, Psychologie und Kunstgeschichte | **Hardy Reckling**, Sportwissenschaften und Sporttherapie | **Michael Höhn**, Politikwissenschaft und Skandinavistik | **Robin Gommel**, Politik, Soziologie und Medienwissenschaften | **Johanna Meier**, Germanistik, Geschichte, Französisch (Lehramt), Neuere Deutsche Literatur, Neuere/Neueste Geschichte und Englische Philologie (Magister) | **Christina Schoch**, Volontärin in der Pressestelle der Universität | **Silvia Cavallucci**, Mitarbeiterin der Pressestelle der Universität | **Daniela Högerle**, Doktorandin (Romanische Philologie/Französisch), Mitarbeiterin im Career Center der Universität | **Rimma Gerenstein**, Germanistik, Anglistik und Geschichte | **Maja Temerinac**, Doktorandin und Mitarbeiterin am Institut für Informatik | **Hermann J. Schmech**, Geschichte und Jura | **Jonathan Dinkel**, Geschichte und Englisch | Es fehlt **Annette Persch**, seit kurzem Alumna (Germanistik und Geschichte), mittlerweile Volontärin

studienziel persönlichkeit

Der Präsident der Lüneburger Universität, Sascha Spoun, über Studiengebühren, den Bologna-Prozess und die Vorteile des deutschen Bildungssystems

von Jonathan Dinkel

Herr Dr. Spoun, Sie sind Präsident einer Universität, die unter anderem aus finanziellen Gründen mit einer Fachhochschule fusionierte. Wie soll Hochschulbildung in Deutschland finanziert werden?

Spoun: Es ist ganz wesentlich, dass die öffentliche Hand ihre Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung deutlich erhöht. Nicht um Prozentsätze, sondern um eine ganze Kategorie.

Sind Studiengebühren ein geeignetes Mittel, um Hochschulen zu finanzieren?

Spoun: Studiengebühren – das ist mit einer Steuer für eine spezielle Gruppe der Bevölkerung vergleichbar. Sie trifft die Betroffenen in einer Phase, in der intellektuelles Kapital aufgebaut werden soll. Ich fände eine nachgelagerte Beteiligung viel gerechter, als junge Menschen in dieser Investitionsphase doppelt zu belasten. Die verbreitete Meinung, dass sich durch Studiengebühren die Haltung der Studierenden verbessern würde, teile ich nicht. Studierende sind keine Kundinnen und Kunden, sondern Bürgerinnen und Bürger einer Universität. Das heißt: Wichtig sind die gemeinsame Produktion von Wissen und die Teilhabe am Entwicklungsprozess der Organisation Universität.

Können Studienkredite helfen, das Studium zu finanzieren?

Spoun: Ein Stipendien- und Kreditangebot erweist sich als sehr hilfreich, um Zugänge zu ermöglichen. Während Sie heute Kredite für alles Mögliche aufnehmen können, gibt es zu wenige für (Bildungs-)Investitionen in die Zukunft. Wenn Sie die Studienkreditzinsen mit Hypothekarzinsen vergleichen, sehen Sie, wie die Einschätzung künftiger Rückzahlungen aussieht: Die Zinsen für Studienkredite sind in der Regel höher als für Reihenhäuser.

Kann man Universitäten wie privatwirtschaftliche Unternehmen führen?

Spoun: Nein. Universitäten sind mitgliedschaftliche Organisationen und haben multiple Ziele. Das erfordert eine andere Art der Führung, einen Prozess der Entwicklung. Sie sollten nur vergleichbar professionell ihre Aufgaben wahrnehmen. Aber um das zu können, müssen sie sich anders entwickeln können als Unternehmen.

Sollten externe Einflüsse an den Universitäten eine größere Rolle spielen? Zum Beispiel aus der Wirtschaft?

Spoun: Externe Einflüsse spielen heute bereits eine große Rolle. Indes bin ich nicht sicher, ob alle externen Einflüsse so positiv für die Entwicklung der Universität sind. Sie führen häufig zu einer Erfüllung der jeweiligen Programmvorgaben, zum Beispiel eines Drittmittelgebers. Diese können, müssen sich aber nicht mit den Zielen und Strategien der Universität decken. Außerdem besteht die Gefahr, dass zugunsten von kurzfristigen Moden oder Trends die Arbeit an grundlegenden Fragen verhindert wird. Das kann ein Risiko für eine Institution werden, auch in der Lehre, wenn Sie zum Beispiel auf vordergründige Arbeitsmarktattraktivität setzen statt für lebenslanges Lernen vorzubereiten.

Braucht die Universität studentische Mitbestimmung?

Spoun: Ja. Ich habe das als Student selbst erlebt und praktiziert und wir praktizieren das auch hier in Lüneburg. Obwohl wir sehr offen sind und große Anstrengungen für ein Intranet, regelmäßige Studierendenvollversammlungen, studentische Sprechstunde, Gespräche mit Vertretern und eine Beteiligung in allen Gremien unternehmen, wird von einigen noch mehr gewünscht. Dies zu leisten erfordert wegen wechselnder Beteiligung der Studierenden einen hohen Aufwand, für den wir nicht ausgestattet sind. Ich wünschte, es wäre anders und wir hätten die Kapazität für Diskussionen in zeitlich engerer Folge und für umfassendere Informationen.

In einer Ihrer Publikationen fordern Sie, die Universität zur Persönlichkeitsentfaltung zu nutzen. Wie setzen Sie das in Lüneburg um?

Spoun: Die erste Frage ist: Welche Funktion und Aufgabe hat eine Universität? In der Diskussion dazu wird in den letzten Jahren zu stark die Ausbildungsfunktion betont. Mit dem Herausgeberband „Studienziel Persönlichkeit“ und einer Reihe von Vorträgen will ich die Funktion der grundlegenden Bildung in den Mittelpunkt rücken, namentlich einer Bildung durch Wissenschaft. Das heißt: Teilhabe am Erkenntnisprozess, eigenes Ausprobieren, forschendes Lernen, Fragestellungen entwickeln, Material dazu suchen, dieses systematisch aufbereiten, analysieren, präsentieren und in den Diskurs einbringen. Dieser Prozess der eigenständigen

Wissensgenerierung ist der, bei dem Studierende am meisten lernen können. Das so Gelernte schafft die Voraussetzungen dafür, auch solche Probleme zu lösen, die jenseits des eigenen fachlichen Spektrums liegen. Es ist gleichzeitig ein Prozess der Selbstreflexion: Was kann ich? Was kann ich mir erschließen? Was ist mein Fortschritt? Genau dieser Prozess der ausgehaltenen Unsicherheit trägt wesentlich zur Persönlichkeitsbildung bei. Wenn sie das dann in verschiedenen Bereichen tun, und nicht nur innerhalb eines Fachgebietes, entsteht ein Studium, das persönliche Entwicklungen befördern kann. Wir hoffen, dass das Lüneburger College aufgrund seiner Anlage mit Perspektivenwechsel, praktischen Problemen, die in Teamarbeit zu lösen sind, intellektuellem Anspruch etc. dies ermöglichen kann.

Zum Bologna-Prozess: Was sind dessen wichtigste Auswirkungen, denen sich die Universitäten stellen müssen?

Spoun: Der Bologna-Prozess ist über Deutschland gekommen wie Hartz IV: „Jetzt müssen wir da auch noch durch.“ Das ist sehr schade, weil er eigentlich eine gute Idee war. Es war nämlich die Idee, einen europäischen Hochschulraum zu denken, wie er über Jahrhunderte seit dem Mittelalter gedacht wurde. Es war die Idee, weitere Lernchancen auch außerhalb der eigenen Universität zu bieten. Und es war die Idee, zwei Studienphasen zu differenzieren: eine breite allgemeinbildende erste, die zum Bachelor führt und eine zweite, spezialisiertere, die aber trotzdem eine praktische Berufsorientierung haben kann, als Master. Wenn man sich die Ergebnisse heute anschaut und das, was sich weiterentwickelt, dann gibt es mehr als 5.000 sogenannte Bologna-Studiengänge, die teilweise schon auf der Ebene Bachelor so spezialisiert sind, dass sie sich schwertun, ein echtes akademisches Studium zu sein. Sie sind eher ein schlechtes Substitut für eine Lehre in einem Unternehmen. Ich glaube, da ist ein grundlegendes Umdenken notwendig.

Was sind die Vorteile des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich?

Spoun: Das sind gar nicht wenige: erstens das Gymnasium. Mit seinem Bildungsanspruch entspricht es immer noch dem Humboldt'schen Bildungsideal. Es gibt neun Jahre Zeit für Bildung. Der zweite internationale Vorteil ist die Idee der Universität. Der Glanz einiger Ostküsten-Universitäten in den USA beruht auf dieser Idee und entstand auch durch rassistische Verfolgung 1933 in Deutschland, die zur erzwungenen Emigration bedeutender Wissenschaftler führte. Ein weiterer Vorteil lässt sich am Beispiel der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Institute zeigen: Solche Organisationen kennzeichnen eine hoch anregende Forschungskultur. Diese Kultur des Ermöglichens muss erhalten und mit der Universität und den Studierenden verbunden werden.

In Ihren Publikationen schlagen Sie ein „Studium generale für das deutschsprachige Europa“ vor. Angenommen Sie hätten die Möglichkeit so etwas umzusetzen: Was wären die Ziele und Inhalte eines solchen Projekts?

Spoun: Das erste Ziel ist die Art des Arbeitens in Form selbstständigen Lernens und Ausprobierens durch Teilhabe am Forschungsprozess auf unterschiedlichen Niveaus. Das zweite Thema ist die Breite der Lehr-, Lern- und Untersuchungsgegenstände, die weit über das eigentliche Fachgebiet hinausragen und Gebiete behandeln, die fernliegen. Damit man auch fachfremde Ordnungsrahmen verstehen kann. Und das dritte Ziel heißt: nicht Einzelkämpfertum, sondern Teamarbeit. Das wird durch Arbeiten an großen

Problemen, bei denen man zwingend darauf angewiesen ist, sie mit mehreren in Angriff zu nehmen, eingefordert. Wenn man auf diese Weise versucht, zu Studienbeginn eine entsprechende Haltung der Studierenden entstehen zu lassen und im Folgenden das Fachstudium weiterhin durch ein Komplementärstudium begleitet, das gerade die andere Perspektive zeigt, dann kann man viel im Hinblick auf das Studienziel „Persönlichkeit“ erreichen.

Angenommen Sie hätten die finanziellen Möglichkeiten dazu: Was würden Sie noch umsetzen wollen, um Ihre Vision der Hochschule der Zukunft zu verwirklichen?

Spoun: Sehr viel. Zwei Beispiele – erstens interdisziplinäre Forschungszentren: Forscher und Studierende aus Lüneburg sollen zusammen mit Gastwissenschaftlern und Praktikern in interdisziplinären Teams an Problemen arbeiten können. Zweitens: eine deutlich höhere Betreuungsintensität für unsere Studierenden. Dies sind mir die beiden wichtigsten Aufgaben für die nähere Zukunft.

SASCHA SPOUN, geboren 1969, studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Ann Arbor, München, Paris und St. Gallen, wo er auch promovierte. Während seiner Studienzeit war er zwei Jahre lang Präsident der Studentenschaft in St. Gallen. Nach seiner Promotion wurde er zum Dozenten für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen gewählt. Seine Forschungen beschäftigen sich unter anderem mit Zielen, Inhalten, Methoden und Ergebnissen der Hochschulentwicklung. In St. Gallen leitete er seit 1999 das Reformprojekt „Neukonzeption der Lehre“, eine fundamentale Umstellung des Studiums auf Bachelor- und Master-Abschlüsse. Seit Mai 2006 ist er Präsident der Leuphana Universität Lüneburg und lehrt weiterhin als Gastprofessor in St. Gallen.



auf die richtige Mischung kommt es an

Ein Gespräch über die Zukunft der deutschen Universitäten mit Marek Dutschke, Referent an der Hertie School of Governance

von Annette Persch

Auf die erste Frage erklingt ein klares „Ja“ von Marek Dutschke. Er kann es sich durchaus vorstellen, an einer deutschen Universität ein Studium zu beginnen. Keine Bedenken oder Zweifel? Doch, es müssen natürlich Veränderungen eintreten, die sich im Zuge des Bologna-Prozesses aber bereits abzeichnen. Ich möchte seine Meinung zum momentanen Zustand der staatlichen Hochschul-landschaft Deutschlands erfahren. Was ist ihm denn aufgefallen bei seinem Auslandssemester in Tübingen und seitdem er in Berlin lebt? „Irgendwie eine Lustlosigkeit an Teilen der Fakultät und der Lehrenden“ macht sich bemerkbar, was er vor allem daran erkennt, dass sich der „Betreuungsgrad der Lehrenden weiter einschränkt“. Der Schwerpunkt in Deutschland liegt in der Forschung, während die Betreuung der Studierenden bei einem „Großteil der Professoren keine große Rolle“ spielt, so Marek Dutschke. Doch zeichnet sich bereits eine Verbesserung ab: „Aber auch das bewegt, verschiebt sich. Hochschulrektorenkonferenzen verstehen, dass Lehre und eine intensivere Betreuung auch dazugehören. In den USA ist das gang und gäbe und das funktioniert da auch sehr gut.“ Jetzt, da in vielen Bundesländern Studiengebühren erhoben werden dürfen, kann man sie gleich an der richtigen Stelle einsetzen. Diese Forderung, das Geld vorrangig in die Lehre fließen zu lassen, kann er nur unterstreichen.

USA und Deutschland: Abgrenzung oder Anlehnung?

Zu der Hochschullandschaft in den USA haben die deutschen Universitäten ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits soll der individuelle Weg beibehalten werden, auf der anderen Seite will man sich dem amerikanischen System annähern. Ist das sinnvoll, gibt es denn Punkte, die in Deutschland unbedingt übernommen werden sollen? Für Marek Dutschke gibt es durchaus Elemente, die deutsche Universitäten zu ihrer Qualitätsverbesserung überneh-

men sollen: In den USA verläuft das ganze Studium verschulter, die Veranstaltungen und die Semesterverläufe richten sich nach einem festen Rahmenplan. Zudem wird großer Wert auf ein Studium generale gelegt, durch das die Studierenden verpflichtet sind, Kurse zu besuchen, die nicht im direkten Zusammenhang zu ihren Studienfächern stehen. So werden in den ersten Semestern in Essaykursen wichtige Grundqualifikationen für das weitere wissenschaftliche Studium erlangt und in Seminaren anderer Fachbereiche den Studierenden der Blick über den Tellerrand hinaus ermöglicht. Auf diese Weise müssen sich auch Naturwissenschaftler geisteswissenschaftliche Kenntnisse aneignen, was durchaus begrüßenswert wäre.

Durch dieses System ist natürlich die Gefahr gegeben, dass das Hochschulstudium nur in der Breite verläuft, die Studierenden mit ihrem Wissen nicht genug in die Tiefe gehen. Aus diesem Grund ist eine Mischung für deutsche Universitäten ideal: Zunächst breitere Grundkenntnisse, die dann hilfreich sind, um auf sinnvolle Weise in tiefere Sphären der Wissenschaft vorzustoßen. Es lohnt sich auch, den Blick über private Hochschulen in Deutschland schweifen zu lassen: Kann deren Modell den staatlichen Lehrinstituten als Vorbild dienen? Das Betreuungsverhältnis zwischen Dozierenden und Studierenden ist „sehr viel enger, so auch in anderen Teilen Europas wie zum Beispiel in Skandinavien“. Professoren sind persönliche Ansprechpartner. Zusätzlich wird in intensiven Mentorenprogrammen den Studierenden der Einstieg in die wissenschaftliche Welt angenehm gestaltet und erleichtert. Die Privathochschulen setzen den oft geforderten Praxisbezug seit langem um, und das ist auch den Universitäten zu empfehlen.

Kritik an heutiger Studierendengeneration?

Die Alt-68er schwingen sich in der heutigen Zeit zu Kritikern der modernen Studierendengeneration auf. Aber sind diese

Vorwürfe denn gerechtfertigt? Fehlt es den Studierenden heute an Aktivität und sollten sie für die Zukunft um mehr Mitarbeit kämpfen? Zu dem häufigen Vorwurf an die junge Generation, sie wolle nur schnell ihr Studium durchziehen und dann Geld verdienen, äußert Marek Dutschke ein knappes „kenn ich.“ Aber diese Kritik „ist natürlich Blödsinn, denn die Zeit damals war ganz anders, und das kann man nicht vergleichen.“ Die 68er sahen sich mit grundsätzlich anderen Problemen konfrontiert, oftmals moralischen Ursprungs. Zugleich hatten sie im Vergleich zu den heutigen Studierenden eine bessere Ausgangslage für ihre Aktivitäten, nicht zuletzt sei hier die Arbeitsmarktsituation zu nennen: „Damals konnte man entscheiden, was man machen wollte. Heute findet man zwar was, aber nicht gleich das, was man will, auf unbefristete Zeit. Diese Dinge machen die Lage völlig anders.“

Zukunft im internationalen Umfeld

Schon jetzt wandeln sich die deutschen Universitäten im Zuge des Bologna-Prozesses: „Für die Mobilität innerhalb Europas und der ganzen Welt ist das eine Notwendigkeit.“ Deutsche können im Ausland von der universitären Internationalität profitieren und „jeder aus der ganzen Welt kann dann auch in Deutschland studieren“. Wie wird es in der Zukunft genau weitergehen? Das will Marek Dutschke nicht beurteilen, denn schließlich spielen zu viele Faktoren eine Rolle. Erst in einigen Jahren kann erkannt werden, wohin die deutschen Universitäten mit ihrem veränderten System steuern: „Der große Bruch, der kommt ja noch, wenn die ganzen alten Studiengänge mal vorbei sind. Mit den Jahren wird sich das alles verschieben. Wenn die Studenten dann schon mit 23 Jahren fertig sein werden, das wird gesellschaftlich einschlagen.“



MAREK DUTSCHKE, geboren 1980, wuchs in Århus (Dänemark), Hamburg und Cambridge (USA) auf. Er studierte Germanistik und Politik an der Universität Massachusetts in Amherst und schloss das Studium mit dem Bachelor of Arts ab. Im September 2000 reiste er auf den Spuren seines Vaters Rudi Dutschke nach Deutschland. 2003 kam er mit einem Fulbright-Stipendium nach Berlin, wo er seitdem lebt und als Referent im Dean's Office der Hertie School of Governance arbeitet.

„Wir müssen diese Reform als Chance und nicht als Bedrohung sehen“

Bundesbildungsministerin Annette Schavan über den Bologna-Prozess, Studiengebühren und die Autonomie der Hochschulen

von Michael Höhn

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befinden wir uns inmitten einer tiefgreifenden Umstrukturierung des Hochschulwesens. Auch die Hochschulen müssen ihre Grenzen überwinden und mit anderen Institutionen kooperieren. Die Bundesregierung fordert in ihrer Hightech-Strategie zum Beispiel strategische Partnerschaften von Hochschulen mit Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wird dadurch die – von vielen geforderte – Autonomie der Hochschulen nicht wieder in Frage gestellt?

Schavan: Autonomie meint zuallererst die Abkehr von staatlicher Detailsteuerung und Ad-hoc-Einmischungen in Bezug auf Finanzen, Personal und Organisation. Ohne diese Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume sind unsere Hochschulen nicht strategiefähig und haben deshalb im Rahmen des sich verstärkenden internationalen Wettbewerbs um die „besten Köpfe“ keine Chance. Damit verzichten wir aber nicht auf jegliche Außensteuerung des Wissenschaftssystems. Auf diese Weise stellen wir nicht zuletzt sicher, dass die unabdingbare Stärkung der Autonomie der Hochschulen, die zum weit überwiegenden Teil öffentlich finanziert werden, nicht zu Ergebnissen führt, die im Widerspruch zum gesamtstaatlichen Interesse stehen.

Es besteht weitestgehend Einigkeit unter den Experten, dass die Leistungsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems gesteigert werden kann, wenn unterschiedlich spezialisierte Forschungseinrichtungen intensiver als bisher kooperieren – etwa eine stärker auf Grundlagenforschung ausgerichtete Hochschule mit einem stärker der anwendungsnahen Forschung verpflichteten Fraunhofer-Institut. Und wenn es mit Blick auf die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte zu strategischen Partnerschaften zwischen Hochschulen und der Wirtschaft kommt. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Wissenschaftspolitik, durch kluge Anreize darauf hinzuwirken, dass entsprechendes Potenzial optimiert wird.

Die Universität scheint sich mehr und mehr zu einem Dienstleistungsunternehmen zu entwickeln. Müssen dann nicht auch die Organisationsstrukturen vor allem in der Hochschulleitung in Richtung Wissenschaftsmanagement verändert werden? Und: Wie könnte das aussehen?

Schavan: An deutschen Hochschulen besteht großer Bedarf an professionellen Hochschulmanagern. Ein auf Autonomie und Selbstverantwortung ausgerichtetes Hochschulsystem kann ohne eine starke Stellung der Hochschul- und Fachbereichsleitungen und ohne Personen, die hierfür Managementkenntnisse mitbringen, nicht funktionieren. Fast alle Landeshochschulgesetze sehen dies inzwischen auch vor.

Erforderlich sind aus meiner Sicht zum einen die Professionalisierung für die bestehenden, aber auch die Einrichtung von neuen und zusätzlichen Servicebereichen an Hochschulen. Eine erfreuliche Entwicklung in diesem Zusammenhang sind die in der letzten Zeit verstärkt angebotenen Weiterbildungsstudiengänge für das Wissenschaftsmanagement, etwa an den Hochschulen Bremen, Osnabrück, Speyer, Kassel und Oldenburg.

Mit den in einigen Bundesländern bereits eingeführten Studiengebühren werden die Studierenden zu Kunden. Welche Auswirkungen wird das, auch langfristig, haben?

Schavan: Zunächst einmal zeigen Erfahrungen aus anderen Staaten, dass die Einführung von Studiengebühren langfristig nicht zu einem Absinken der Studierendenquote führt. Wesentlich ist, dass die Einführung der Gebühren verbunden wird mit Maßnahmen der sozialen Abfederung.

Darüber hinaus rechne ich fest damit, dass solche in vertretbarer Höhe erhobenen Studiengebühren die Dienstleistungsqualität der Hochschulen signifikant erhöht. Studierende stellen nämlich mit Recht ganz andere Ansprüche an ihre Ausbildung, wenn sie für



ANNETTE SCHAVAN studierte katholische Theologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften und promovierte 1980 zur Dr. phil. Vor ihrer politischen Karriere leitete sie unter anderem das Cusanuswerk. Von 1995 bis 2005 war sie Ministerin für Kultur, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, von 2001 bis 2005 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg. Seit 1998 ist Annette Schavan Stellvertretende Vorsitzende der CDU, seit Oktober 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit November 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung.

das Studium bezahlen. In den Bundesländern, die derzeit Studienbeiträge einführen, gibt es dementsprechend bereits eine breite Debatte um die Verwendung dieser Mittel und die Bedürfnisse der Studierenden.

Vor kurzem fand in London eine der Bologna-Folgekonferenzen statt. Wie beurteilen sie die Fortschritte bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland?

Schavan: Auf der Bologna-Konferenz in London wurde von den Ministerinnen und Ministern aus 46 Staaten deutlich gemacht, dass der Bologna-Prozess keine Harmonisierung von Studiengängen in Europa anstrebt. Im Gegenteil. Er muss den Qualitätswettbewerb zwischen den Hochschulen fördern, und Qualitätswettbewerb setzt Unterschiede voraus, ebenso wie mehr Transparenz und ungehinderte Mobilität.

Immer mehr Hochschulen in Deutschland stellen sich dem internationalen Wettbewerb: Fast die Hälfte der Studiengänge wurde schon auf Bachelor und Master umgestellt. Ein Akkreditierungssystem garantiert die Qualität der neuen Studiengänge. Für fast zwei Drittel der BA- und MA-Studiengänge gilt das europäische Leistungspunktesystem ECTS. Rund zwei Drittel aller Bachelor- und gut die Hälfte der Masterabsolventen haben ein Diploma-Supplement erhalten.

Wo gibt es Ihrer Ansicht nach noch Probleme?

Schavan: Wir haben große Fortschritte in der Umsetzung auf die neue Studienstruktur gemacht. Dennoch hinken wir im Vergleich zu anderen Ländern noch hinterher. Denn einige große Fächer wie die Heilberufe und die Rechtswissenschaften haben sich den neuen Anforderungen noch nicht geöffnet. Wenn Länder wie die Schweiz, mit denen juristische Fakultäten deutscher Universitäten kooperieren, ihre Juristenausbildung vollständig auf die BA-MA-

Struktur umstellen, gibt das Anlass zum Nachdenken. Warum geht das da ohne Zusammenbruch des Abendlandes und wie können wir weiterhin reibungslos Studierende austauschen?

Das gilt auch für die Studiendauer: Die zu rigide Festlegung in Deutschland auf drei Jahre für den BA und weitere zwei Jahre für den Master wird in den Bologna-Erklärungen nicht verlangt. Es wäre sicherlich sinnvoller, hier auf das Profil der jeweiligen Fakultät Rücksicht zu nehmen. Und wenn jemand einen Auslandsaufenthalt einplant, dann sollte die Verlängerung um ein halbes Jahr kein Grundsatzproblem sein.

Kritiker bemängeln, dass mit der stärkeren Orientierung an der beruflichen Verwertbarkeit der Studiengänge die kritische Funktion der Wissenschaft im Studium marginalisiert wird. Wie beurteilen sie diese Einschätzung?

Schavan: Die Erfahrungen der Vergangenheit haben uns gezeigt, wie wichtig die berufliche Verwertbarkeit der Studiengänge für Absolventen ist. Denn inzwischen – und das ist ein Kennzeichen von Wissensgesellschaften – müssen die Universitäten viel stärker auf Tätigkeiten außerhalb des Wissenschaftsbereichs vorbereiten. Entsprechend muss auch die Ausgestaltung der Studieninhalte aussehen. Das bedeutet aber nicht, dass nur noch direkt verwertbares und marktfähiges Wissen zählt. Hochschulen haben heute nicht weniger als früher einen Bildungsauftrag. Gerade in unseren modernen und globalisierten Zeiten ist es wichtiger denn je, dass es starke Persönlichkeiten sind mit eigenständiger Urteilsfähigkeit, kultureller Offenheit und nicht zuletzt historischem Bewusstsein, die die Hochschulen verlassen – unabhängig davon, welchen beruflichen Weg sie einschlagen. Auch hier gilt: Wir müssen diese Reform als Chance und nicht als Bedrohung verstehen.

„Die Ziele der Universität hängen mit den Zielen der Gesellschaft zusammen“

Über die Entwicklung der Universitäten aus Sicht der Industrie – Ein Interview mit den Micronas-Managern Miodrag Temerinac und Ulrich Sieben

von Maja Temerinac

Im Vergleich zu den 1970er Jahren – was hat sich an der Struktur und Zielsetzung der Universitäten geändert?

Sieben: Damals hat sich die Universität sicher nicht in so einer Weise als Dienstleister verstanden wie es heute der Fall ist. Die Kooperationsmodelle mit der Industrie waren damals zum Beispiel anders. Es war zum Beispiel erheblich einfacher, sich auf dem kleinen Dienstweg zwischen Abteilungen der Industrie und einzelnen Professoren abzusprechen, und es gab deutlich weniger bürokratische Standardisierungen und Regeln, denen solche Kooperationen zu folgen hatten. Sie waren stärker von den Ideen und Absichten der direkt Beteiligten geprägt. Heute dauert es manchmal länger als ein Jahr, bevor ein gemeinsames Projekt starten kann.

Temerinac: In dieser Zeit hatte Wissen eine andere Stellung im Wertesystem der Gesellschaft. Man hat versucht, an der Universität etwas Neues zu erfinden.

Und heute nicht mehr?

Temerinac: Heute ist das Ziel eher, die Studierenden richtig für die Zukunft auszurüsten.

Sieben: Ich bin da nicht so sicher. Als ich an die Uni kam, so Anfang der 70er, da gab es noch einen ziemlichen Nachhall von der sogenannten 68er-Revolution...

Temerinac: Vielleicht war in dieser Zeit die Universität stärker ideologisch geprägt. Das ist der alte Konflikt zwischen zwei Zielen oder zwei Sichtweisen von Universität und Wissenschaft. Was ist das Ziel der Universität – Bildung oder Ausbildung? Sollte man im Studium eher in die Weite oder in die Tiefe gehen? Das ist wahrscheinlich auch dadurch bedingt, dass damals Informationen schwerer zu bekommen waren. Man hat versucht, sich breiter zu orientieren. Heutzutage spezialisiert man sich lieber.

Spielt es in Ihrer Firma bei der Einstellung eine Rolle, von welcher Universität ein Bewerber kommt?

Sieben: In erster Linie kommt es auf den Abschluss an. Wenn zum Beispiel jemand kommt, der promoviert hat, dann weiß man, dass er selbstständig arbeiten kann. Vom Abschluss wiederum, also auch, ob es ein FH- oder ein Universitätsabschluss ist, hängt dann das Einstellungsgehalt ab.

Temerinac: Je nachdem, in welchem Tätigkeitsfeld jemand eingesetzt werden soll, hängt es schon davon ab, wo jemand studiert hat. Da schaut man dann schon, auf welcher Uni jemand war.

Suchen Sie eher Generalisten oder eher Spezialisten, die konkrete Aufgaben lösen?

Temerinac: Eigentlich suchen wir beides.

Sieben: Ich würde sagen, es kommt darauf an. Ich habe zum Beispiel, als ich für die Einstellungen der Entwicklungsabteilung zuständig war, eher Generalisten eingestellt. Wenn ich einen Spezialisten einstelle, dann kann ich ihn eventuell in zwei Jahren gar nicht mehr gebrauchen. Wenn ich hingegen jemanden einstelle, der ein breites Fundament hat, dann muss ich Zeit investieren, aber er kann sich überall schnell einarbeiten. In der Industrie dreht sich die Welt sehr schnell. Man hat immer den Konflikt zwischen Generalität und Effizienz. Für eine Firma, die kleine Sprünge macht, in der sich nicht jeden Tag alles ändert, sind Spezialisten gar nicht schlecht. In einem Feld aber, in dem man heute über Modulation, morgen über Kryptografie und übermorgen über Datenkompression nachdenken muss, geht das nicht.

Temerinac: Ich finde den Trend gefährlich, dass die Universitäten neue, auf die Wünsche der Industrie zurechtgeschneiderte Ausbildungsprofile anbieten. Das löst diese bekannten Zyklen aus: Einer sagt, jetzt brauchen wir viele Programmierer. Dann schaukelt sich die ganz Sache hoch, die Ausbildung dauert fünf Jahre und nach



MIODRAG TEMERINAC (rechts) promovierte 1983 im Bereich Elektrotechnik an der Universität in Belgrad. Von 1976 bis 1992 arbeitete er an der Universität in Novi Sad (ehemaliges Jugoslawien), zuerst als wissenschaftliche Hilfskraft und später als Professor am Lehrstuhl für Kommunikation. Von 1988 bis 1990 war er Alexander-von-Humboldt-Stipendiat an der Universität Hannover. 1992 wechselte er zur Industrie und arbeitet seitdem für die Micronas GmbH in Freiburg. Von 2005-2006 war er Direktor für Systementwicklung im Micronas R&D Center in Shanghai, seit 2007 leitet er das Micronas R&D Center in Novi Sad, Serbien.

ULRICH SIEBEN (links) studierte Mathematik, Physik und Anthropologie in Göttingen und promovierte dort 1984 mit einer Arbeit über angewandte Physik. Anschließend arbeitete er bei der Max-Planck-Gesellschaft im Bereich Neurobiologie und wechselte 1986 in die Industrie. Unter anderem war er bei Micronas als Entwicklungsleiter tätig, von 2000 bis 2007 war er Geschäftsführer der Micronas Holding GmbH.

fünf Jahren haben wir zu viele Programmierer, aber uns fehlen Maschinenbauingenieure.

Was halten Sie von der Umstellung auf Bachelor und Master?

Sieben: Es gibt in allen Fächern eine relativ hohe Zahl an Studienabbrechern. Wenn solche Leute durch den Bachelor einen formalen Abschluss bekämen, dann wären sie in der Wirtschaft viel leichter einsetzbar, da bei einer formalen Einstellung die Frage des Abschlusses immer eine Rolle spielt. Man stellt ungern jemanden ein, ohne dass man ein Dokument hat. Es gibt natürlich auch Mitarbeiter, die auch ohne einen Abschluss sehr gut sind, aber das ist selten.

Was zeichnet für Sie eine Universität aus?

Sieben: Eine Universität bietet eine Bandbreite von Fächern an. Wenn ich nur Physik lerne, dann ist das keine Universität, sondern dann ist es eine Schule für Physik. In Freiburg sieht man das gut im Studium generale, wo man den ganzen Strauß der Disziplinen der Universität präsentiert bekommt. Dort bekommt man die breite Bildung, die man braucht, um sich in der komplexen Welt, in der wir heute leben, zurechtzufinden. Die Welt besteht eben nicht nur aus Technik, sondern auch aus anderen Dingen.

Sollte die Industrie Mitsprache und Mitbestimmungsrecht an der Universität haben?

Temerinac: Das wäre nicht schlecht. Die Universität hat sich vielleicht von den realen Problemen entfernt, und einen solchen Dialog zu eröffnen, kann der Universität nur guttun. Man braucht Rückkopplung. Die Universität soll frei sein, aber gleichzeitig ihre Ergebnisse überprüfen können, um sich neu zu positionieren. Ohne Dialog mit der Industrie, Politik und Gesellschaft geht das nicht.

Was halten Sie von Studiengebühren?

Sieben: Dadurch gewinnt die Bildung in der Gesellschaft zunächst einmal an Wert. Die Haltung, die man gegenüber der Bildung und dem Lernen hat, ist anders. Vielleicht lernt man intensiver. Ich habe dazu ein Gedankenspiel: Wir würden jedem, der eine Zulassung zum Studium hat, also das Abitur, einfach das Geld geben, das ein Studium kostet. Das wären ein paar 10.000 Euro, und dann würden wir dem Betreffenden sagen: „Du kannst mit dem Geld machen, was Du willst!“ Wie viele würden das Geld tatsächlich zum Studieren verwenden? Eigentlich fürchten wir uns vor der Antwort.

Temerinac: Wir leben in einer Gesellschaft, in der jedes Auto etwas kostet, jedes Haus, jeder Urlaub. Dann muss auch Wissen etwas kosten. Sonst glauben wir am Ende, dass Wissen keinen Wert hat. Allerdings brauchen wir mehr Konzepte für Stiftungen und Bildungskredite.

Sieben: Ob Studiengebühren gut oder schlecht sind, kann man durch rein theoretische Erörterung nicht herausfinden. Das muss man erst ausprobieren und dann ein Resümee ziehen, nachdem man es gemacht hat.

Was ändert sich durch die Exzellenzinitiative?

Sieben: Dadurch, dass man der Universität das Prädikat „exzellente“ verleiht, hat sich zunächst mal überhaupt nichts geändert. Was sich ändern wird: Die Universität bekommt Geld und wird somit leistungsfähiger für die Zukunft.

Temerinac: Wichtig ist ein Evaluationsprozess. Nach zwei Jahren sollte ausgewertet werden, was sich durch das Etikett „exzellente“ geändert hat.

Sieben: Ich denke, das Prädikat „exzellente“ hat einen doppelten Effekt. Das eine ist, dass man mehr Mittel zuweisen kann, das andere ist, dass diese Universität ihre Studenten jetzt aus einer größeren



Zahl von Bewerbern auswählen kann. Beides sollte, wenn man es richtig macht, zu einer Verbesserung der Qualität führen.

Und was passiert mit den Studierenden, die nicht an einer exzellenten Universität studieren?

Sieben: Wenn die Intention der Exzellenzinitiative aufgeht, werden diese Studierenden schlechter ausgebildet. Dann müssen sie überlegen, ob sie das kompensieren, indem sie sich mehr anstrengen oder ins Ausland gehen, und, falls sie genug Geld haben, an einer der guten Unis in Amerika studieren.

Temerinac: In Amerika ist dieses Konzept schon länger etabliert. Aber selbst in Amerika kenne ich Menschen, die auch ohne in Harvard studiert zu haben eine blendende Karriere machen.

Sieben: Das Privileg, an einer Eliteuniversität studieren zu können, ist eine Möglichkeit, sagt aber noch nichts über die tatsächliche spätere Karriere aus.

Warum sollte man gerade in Deutschland studieren?

Sieben: Warum sollte man nach einem gemeinsamen Merkmal aller deutschen Universitäten suchen? Jede Universität ist anders.

Temerinac: Mich stört eine Sache an der Exzellenz-Initiative: Man versucht alle Universitäten auf eine Achse zu projizieren. Es darf nicht sein, dass auf diese Weise die Vielfalt der deutschen Universität verlorengeht und alle Universitäten dasselbe Profil anstreben.

Was zeichnet eine erfolgreiche Universität aus?

Sieben: Eine erfolgreiche Universität hat Forschungserfolg. Und das hat maßgeblich mit den Persönlichkeiten zu tun, die dort forschen und nicht unbedingt mit der Struktur der Institution.

Was halten Sie davon, dass die Universität zum Dienstleister wird?

Sieben: Das hängt alles von der Grundeinstellung ab, die eine Gesellschaft hat – woran sie glaubt, was ihre Ziele sind. Wenn sich eine Gesellschaft komplett ökonomisch orientiert, dann kommt dabei natürlich etwas ganz anderes heraus, als wenn man sagt, man will eine Gesellschaft aus Schöngestirnen und kulturell weit entwickelten Menschen, die friedfertig und kooperativ miteinander einen Paradiesgarten bestellen. Welche Ziele die Universität verfolgt, hängt mit den Zielen der Gesellschaft zusammen. Im Augenblick glaubt die Gesellschaft an Konsum. Und entsprechend müssen sich die Universitäten ökonomisch orientieren. Dann werden die berühmten Orchideenfächer irgendwann zum Problem, da sie sich nicht mehr halten können.

Medizin im Land der Elche

Wie ein Auslandsstudium den Blick auf die Heimat-Uni verändert – Ein Gespräch mit Richard Kroll

von Sarah Bihler

Jeder dritte deutsche Studierende geht während seines Studiums ins Ausland – Richard Kroll ist einer von ihnen. Mit Stethoskop, Kittel und seinem Langenscheidt in der Tasche machte er sich auf nach Schweden, um dort am Patienten „endlich mal“ Verantwortung zu übernehmen. Doch erst aus der Distanz lernte er auch das deutsche Medizinstudium zu schätzen. Richard belegte die Fächer Chirurgie, Psychiatrie, Neurologie, HNO und Augenheilkunde am Karolinska Institutet in Stockholm.

Wie bist Du auf die Idee gekommen, gerade in Schweden Dein Auslandssemester zu verbringen?

Kroll: Ich war nach dem Physikum im Urlaub zum ersten Mal in Skandinavien. Dabei war ich nur kurz in Stockholm, aber mir hat die Stadt so gut gefallen, dass ich beschlossen habe, als Austauschstudent dort hinzugehen.

Was hat Dir am schwedischen Studium besonders gefallen?

Kroll: Besonders gut gefallen hat mir, dass man in Schweden schon als Student viel Verantwortung übernehmen darf. Die praktische Ausbildung am Patienten steht dort einfach an erster Stelle.

Freust Du Dich trotzdem darauf, wieder in Deutschland studieren zu können?

Kroll: Ich muss nur noch ein Semester ableisten, das werde ich in Heidelberg machen. Aber ich freue mich auf die Freiheit, die mich danach erwartet. Das heißt auch, eventuell wieder ins Ausland gehen zu können, entweder nach Schweden, nach Großbritannien oder Frankreich. Ich möchte andere Länder kennenlernen und natürlich auch meine Chancen verbessern, andere Länder als künftige Arbeitgeber zu haben.

Also nichts wie weg aus Deutschland?

Kroll: Ob ich später auf lange Frist in Schweden oder in Deutsch-



RICHARD KROLL ist im fränkischen Neuendettelsau geboren und besuchte das Platen-Gymnasium in Ansbach. Nach einem Semester des Studiums der Physik und Biologie wechselte er zur Medizin. Seine Promotionsarbeit befasst sich mit einem radiologischen Thema, einer therapeutischen Anwendung von Microbubbles. Kürzlich verbrachte er ein Studienjahr in Stockholm. Für die Zukunft kann er sich gut vorstellen, Chirurg zu werden. Über die Medizin hinaus ist ihm vor allem Musik sehr wichtig.

land tätig bin, kommt darauf an, was ansonsten in meinem Leben so passiert. Aber ich kann es mir durchaus vorstellen, ins Ausland zu ziehen. Ich würde sagen, die Wahrscheinlichkeit ist fifty-fifty.

Ist denn das Ausland so viel besser?

Kroll: Ja und nein. Eigentlich würde ich schon gerne in meinem Vaterland Deutschland als Arzt tätig sein, ich bin dort ja auch zum größten Teil ausgebildet. Aber ich sehe natürlich, dass es in anderen Ländern zum Teil deutlich bessere Arbeitsbedingungen gibt und auch deutlich bessere Bedingungen, die Forschung mit der klinischen Tätigkeit unter einen Hut zu bekommen.

Möchtest Du diese Aspekte also gerne vom schwedischen System nach Deutschland importieren?

Kroll: Ja, und dass man achtzig Prozent Praxis hat, das würde ich gerne importieren. Wobei ich sagen muss, dass ich das schwedische Studiensystem dem deutschen nicht als überlegen ansehe. Der theoretische Teil der Ausbildung ist in Schweden zum Teil recht mager. Die Details, die man den Studenten vermittelt, sind einfach viel weniger als in Deutschland. Ob man viel lernt, hängt außerdem sehr davon ab, wo man in den klinischen Betrieb eingeteilt ist. Und es ist ein sehr zeitaufwändiges Studium, denn man ist den ganzen Tag im Krankenhaus, und oftmals kommt es vor, dass es sogenannte Todzeiten gibt: Man wartet auf irgendeine Rotation oder ein Arzt hat keine Zeit, einem etwas zu zeigen.

Aber es gibt wenigstens eigene Ärzte, die nur für die Studentenausbildung da sind.

Kroll: Ja, die Ärzte werden zum Beispiel wochenweise für die Betreuung der Studenten eingeteilt. Das kann für die Hochschule aber auch sehr kostenaufwändig sein: Da sitzt man mit einem hochdotierten Professor in einem mehrstündigen Seminar mit Anwesenheitspflicht – einem Kurs von ganzen vier Studenten.

Was würdest Du künftigen Medizinstudenten raten – Deutschland oder ein Vollzeitstudium in Schweden?

Kroll: Wer später ganz basale Krankenversorgung machen will in einer Allgemeinarztpraxis oder im Krankenhaus – was wohl für die meisten meiner Kommilitonen zutreffen dürfte –, der ist in Schweden sicher besser aufgehoben. Dort lernt man früh das Handwerkszeug und nicht irgendwelches Detailwissen, das man sowieso wieder vergisst. Eventuell wäre es also sinnvoller, falls man einfach nur viele gute Ärzte und keine Forscher ausbilden will, wenn man in Deutschland das schwedische System einführt. Zumindest wäre es nützlich, dass man im deutschen Medizinstudium mehr aktiv an den normalen Diensten der normalen Ärzte teilnimmt und nicht irgendwelche Pseudo-Patientenbesuche macht, bei denen man noch nicht mal richtige Krankenhauskleidung anziehen muss.

Aber?

Kroll: Wenn ich die Wahl hätte, in Schweden oder in Deutschland Medizin zu studieren, würde ich das wieder in Deutschland machen, weil man dort fundiertes Wissen vermittelt bekommt, das mir als Forscher helfen wird. Die ärztliche Praxis wird in Deutschland im letzten Studienjahr und in vier Monaten Praktikum kompakt zusammengefasst. Das ist möglicherweise genauso effizient wie das in Schweden gehandhabt wird, wo die Praxis über den ganzen klinischen Abschnitt verteilt ist. Man muss in Deutschland nur mehr eigenes Geschick haben und Einsatz bringen.

Aber lernt man nicht viel besser, wenn man die Theorie sofort am praktischen Fallbeispiel anwenden kann?

Kroll: Das stimmt, man lernt besser, aber insgesamt nicht so viel. Man könnte sagen, nach dem schwedischen System lernt man nur das Wichtigste, nach dem deutschen System lernt man viel, vergisst aber auch mehr.

innovation durch partizipation

Andreas Keller zu den aktuellen Hochschulreformen aus gewerkschaftlicher Sicht

von Robin Gommel

Herr Dr. Keller, Sie sind Leiter des Bereichs Hochschule und Forschung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Wen vertritt die GEW in den Hochschulen und wie?

Keller: Studierende, Professorinnen und Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gemeinsam Mitglieder der GEW. Insofern sind wir zwangsläufig mehr als eine reine Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir orientieren uns daher an einer Bildungspolitik, die über die Interessen einzelner Gruppen hinaus eine bessere Qualität von Bildung, Ausbildung und Studium zum Ziel hat.

In der Öffentlichkeit wird der Bologna-Prozess als derzeit wichtigster Faktor in der Diskussion über die Reform von Hochschulen angesehen. Welche Effekte wird der Bologna-Prozess für die Hochschulen in Deutschland neben der Einführung des zweistufigen Studiensystems haben?

Keller: Die Einführung zweistufiger Studienstrukturen wird leider häufig damit verbunden, beim Übergang von der ersten Stufe – dem Bachelor – zur zweiten Stufe zu selektieren. Die GEW lehnt die Zerteilung des Studiums in ein Kurzstudium für die Masse und ein Vollstudium für die Elite ab.

Oft wird kritisiert, dass der Bachelor zu verschult sei und den Studierenden neben einem dreijährigen Studium nicht genügend Zeit bleibe, sich auch noch ehrenamtlich zu engagieren. Stirbt damit das Ehrenamt in den Studierendengruppen aus und werden damit die Hochschulen zu reinen Ausbildungsfabriken?

Keller: Das ist zweifellos eine ernstzunehmende Gefahr. Unsere Zivilgesellschaft lebt davon, dass sich Studierende an den Hochschulen mit demokratischen Verfahren vertraut machen und sich po-

litisch, sozial und kulturell engagieren können. Jede Hochschule sollte entsprechende Freiräume aktiv fördern und entwickeln. Dazu gehört auch, die Curricula so auszugestalten, dass Zeit für studentisches Engagement bleibt.

Werden wir 2020 die Universitäten noch wiedererkennen? Was wird die augenscheinlichste Veränderung sein?

Keller: Wenn sich der gegenwärtige Mainstream in der Hochschulpolitik durchsetzt, hätten wir es nicht mehr mit der von Wilhelm von Humboldt beschworenen Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden zu tun, sondern mit nach dem Vorbild von Kapitalgesellschaften verfassten Dienstleistungsunternehmen. Diese würden nicht von Hochschulmitgliedern, sondern von verselbstständigten Vorständen und externen Aufsichtsräten gesteuert. Studiengebühren und das auf Kreditfinanzierung umgestellte BAföG würden die Hochschulen zu closed shops der Kinder von Besserverdienenden machen. Vom gegenwärtigen Ziel der Bundesregierung, vierzig Prozent eines Altersjahrgangs an die Hochschulen zu bringen, würden wir uns immer weiter entfernen. Die Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, auch im administrativ-technischen Bereich, würden nur noch auf Basis von Zeitverträgen angestellt oder mit Stipendien, Honorarverträgen und Ein-Euro-Jobs abgespeist.

Was ist ihre Vision der Hochschule der Zukunft?

Keller: Ich stelle mir eine Hochschule vor, die das Potenzial aller Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzt und Innovation durch Partizipation leistet. Die soziale Öffnung der Hochschule sorgt dafür, dass wie in vergleichbaren Industrieländern mindestens die Hälfte eines Altersjahrgangs akademisch ausgebildet wird, damit in dem Umfang hoch qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wie sie unsere Gesellschaft braucht.

Statt Studiengebühren zahlen zu müssen, beziehen Studierende ein Studienhonorar. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können, auch wenn sie nicht auf eine Professur berufen werden, auf tariflich geregelten Beschäftigungsverhältnissen auf Dauer Wissenschaft als Beruf ausüben.

Die GEW ist Unterstützer des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS). Warum sind Sie gegen Studiengebühren?

Keller: Die GEW verteidigt die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums, die Voraussetzung für die soziale Öffnung der Hochschulen und Chancengleichheit im Bildungssystem ist. Studieren ist schon heute zu teuer. Bereits die jahrelange Diskussion über Studiengebühren schreckt viele Abiturientinnen und Abiturienten von der Aufnahme eines Studiums ab. Wir brauchen aber in Zukunft nicht weniger, sondern deutlich mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker.

Wie könnten Studiengebühren am sinnvollsten eingesetzt werden?

Keller: Indem sie im Portmonee der Studierenden bleiben, also gar nicht erst erhoben werden.

ANDREAS KELLER ist Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er ist promovierter Politikwissenschaftler und hat sich viele Jahre gewerkschaftlich in der akademischen Selbstverwaltung, der GEW Hessen und der GEW Berlin sowie beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler engagiert. Im November 2006 hat der Hauptvorstand der GEW Andreas Keller als Leiter des Hochschulbereiches gewählt.



wissen bedeutet verantwortung

Ein Gespräch mit der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, über Gegenwart und Zukunft des deutschen Hochschulsystems

von Hardy Reckling

Frau Professor Wintermantel, Sie gestalten die Zukunft der deutschen Hochschulen schon heute aktiv mit. Welches Idealbild oder welche Vision von der deutschen beziehungsweise europäischen Universität haben Sie dabei vor Ihrem geistigen Auge?

Wintermantel: Ja, die Hochschulrektorenkonferenz gestaltet die Hochschullandschaft mit. Die Überlegungen, die ich selbst dazu habe, sind eng gebunden an die Humboldt'sche Vorstellung der Verbindung von Forschung und Lehre. Ich bin der Meinung, dass eine Universität der Zukunft auf keinen Fall darauf verzichten darf. Erstklassige Forschung, aber auch eine Lehre, die in die Forschung integriert ist und die gewährleistet, dass junge Menschen an den neusten Forschungserkenntnissen orientiert ausgebildet werden, sind integrale Bestandteile. Die Studierenden müssen erfahren, dass Erkenntnis nie abgeschlossen ist und motiviert werden, sich selbst in Fragen der Gewinnung von Erkenntnis zu betätigen.

Die Form der Lehre und das Selbstverständnis der Studierenden müssten demnach also stärker aufeinander bezogen sein?

Wintermantel: Mir schwebt vor, dass Studierende in der Universität der Zukunft noch stärker in den Erkenntnisprozess eingebunden sind, als das jetzt der Fall ist. Ich denke, die Universität der Zukunft sollte daran gemessen werden, ob sie wirklich gute, ja optimale Bedingungen für Forschung und Lehre bietet. Das bedeutet auch, dass für die Forschung eine gute Ausstattung vorhanden sein muss. In den Geisteswissenschaften heißt das beispielsweise entsprechende Zugänge zu den notwendigen Quellen, und für die Naturwissenschaften entsprechend auch bestmögliche Laborbedingungen. Was die Lernbedingungen angeht, sollten diese einen intensiveren Diskurs zwischen Lehrenden und Lernenden ermöglichen. Die Studierenden müssen auch begreifen, dass Wis-

sen nicht nur Antworten auf die Frage beinhaltet, warum etwas so ist wie es ist. Über das bloße Erklärungswissen hinaus ist die Verwendung von instrumentellem Wissen notwendig, aber unsere Studierenden sollten auch erfahren, welche Verantwortung damit verbunden ist, über Wissen zu verfügen.

Leisten deutsche Universitäten diese Aufgabe heute nicht schon bereits zu einem Teil?

Wintermantel: Natürlich, die Universitäten in Deutschland haben eine hohe Leistungsfähigkeit. An allen Universitäten gibt es exzellente Leistungen. Das heißt aber nicht, dass alle Universitäten gleich gut sind. Es gibt an jeder Universität in einzelnen Fachrichtungen und Fakultäten hervorragende Leistungen. Diese Leistungsfähigkeit müssen wir fördern und weiter stärken.

Wo liegt dann das Problem im deutschen Hochschulsystem?

Wintermantel: Das Problem der deutschen Hochschulen ist, und das sagt die Hochschulrektorenkonferenz immer wieder, dass die einzelne Institution immer noch zu wenige Möglichkeiten der Gestaltung, der Profilbildung und Schwerpunktsetzung hat, zu wenige Möglichkeiten, Stärken wirklich herauszubilden und Schwächen zu beheben. Dies sind in erster Linie finanzielle Möglichkeiten und natürlich auch die Bedingungen, die man sich unter dem Begriff der autonomen Universität vorstellt. Ich meine, dass eine Hochschule als Institution, getragen von den Studierenden, den forschenden und lehrenden Mitgliedern, dahin kommen muss, eine korporative Identität herauszubilden und institutionelle Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet, dass eine Hochschule ihr eigenes Profil entwickelt und zwar in einem Prozess des Diskurses mit den beteiligten Mitspielern und dazu gehört auch der Staat. Sie muss dann auch in der Lage sein, dieses Profil in ihren Leistungen auf hohem Niveau zu realisieren.

Glauben Sie, dass sich diese Vorstellung konkret verwirklichen lässt?

Wintermantel: Wenn Sie fragen, ob das heute schon möglich ist, würde ich das nur zum Teil bejahen. Wir haben zum einen eine beklagenswerte Unterfinanzierung und zum anderen noch nicht den nötigen Grad der Autonomie, um die eigenen Schwerpunkte zu setzen und entlang dieser Schwerpunktsetzungen eine hohe Qualität in Forschung und in Lehre sicherzustellen. Und denken Sie nur an die Betreuungsrelation. Um international konkurrenzfähig zu sein und unsere Studierenden auf hohem Niveau auszubilden, brauchen wir viel mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich um die Ausbildung kümmern. Wir haben also noch nicht die Möglichkeit, wirklich optimale Lernbedingungen für unsere Studierenden sicherzustellen. Optimale Lernbedingungen bedeuten kleine Arbeitsgruppen, Projektstudien, einen engeren Kontakt zu den Professorinnen und Professoren und insgesamt eine stärkere Orientierung am partnerschaftlichen Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden.

Sind Humboldts Werte, insbesondere die freie Forschung um ihrer selbst willen, in Zukunft universitär zu realisieren im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Einflüsse?

Wintermantel: Wir haben in Deutschland Gott sei Dank ein starkes Bewusstsein für die Freiheit von Forschung und Lehre, weil wir wissen, dass dies ein hoher Wert für den Fortschritt der Wissenschaft ist. Wir haben durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine Forschungsfinanzierung, die sich allein an der Qualität des jeweiligen Forschungsvorhabens orientiert und nicht an der Wertbarkeit oder an anderen politischen Vorgaben. Diese Tradition, die jetzt auch im Europäischen Forschungsrat auf europaweiter Ebene wieder zu finden ist, dürfen wir auf keinen Fall in Frage stellen.

Wie stehen Sie zu einer Zusammenarbeit zwischen universitärer Forschung und externen Forschungseinrichtungen, die bereits heute auf höchstem Niveau operieren?

Wintermantel: Natürlich halte ich eine sehr gute Kooperation zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für unabdingbar, wenn wir exzellente Forschung erreichen und auch sichtbar machen wollen. Aber es ist klar, dass die Hochschulen den Kern des Wissenschaftssystems darstellen. Neben der Forschungstätigkeit bilden sie auch für den Arbeitsmarkt aus, der in Zukunft in Deutschland mehr und mehr ein wissenschaftsbasierter sein wird. Wir werden hochqualifizierte Arbeitsplätze und wissenschaftlich ausgebildete Arbeitskräfte brauchen, um unsere wirtschaftliche Position zu halten. Meines Erachtens geht es wirklich darum, nicht die Lehre von der Forschung abzukoppeln, sondern im Gegenteil, die Ausbildung noch stärker an Forschung und Entwicklung zu orientieren.

Sind die neuen Studiengänge und Abschlüsse wie Bachelor und Master tatsächlich eine adäquate Reaktion seitens der Hochschulen auf die Anforderungen des nationalen und internationalen Arbeitsmarktes der Zukunft?

Wintermantel: Die Hochschulen entwickeln im Rahmen der Bologna-Reform hochwertige Studienangebote, die an den Bologna-Zielen



MARGRET WINTERMANTEL studierte Psychologie und Publizistik in Mainz, in Heidelberg promovierte sie zur Dr. rer. nat. Es folgten Forschungsaufenthalte in Ann Arbor und Berkeley und ein Habilitationsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), mit dem sie sich 1986 an der Universität Heidelberg im Fach Psychologie habilitierte. Ab 1992 lehrte und forschte Margret Wintermantel als Professorin an der Universität des Saarlandes, von 2000 bis 2006 war sie Präsidentin der Universität. Nach ihrer Wahl zur Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz legte sie dieses Amt vorzeitig nieder.

orientiert sind. Neben dem wissenschaftlichen Studium ist eines dieser Ziele, die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden zu verbessern. Andere Ziele beziehen sich auf die Sicherstellung der hohen Qualität des Studiums.

Die einzelnen Hochschulen müssen ihre Studienangebote in diesem zweistufigen System, natürlich auch orientiert an ihren eigenen Stärken, konzeptualisieren, herausbilden und anbieten. Wir hoffen sehr, dass der Bachelor- und der Mastergrad vom Markt akzeptiert und mit den hohen Leistungen der Absolventen in Verbindung gebracht werden wird. Die wissenschaftlich basierte Methodik sollte dabei natürlich bereits zentraler Bestandteil auch der Bachelorausbildung sein.

Wie stehen sie zu den vergangenen Diskussionen bezüglich deutscher Eliteuniversitäten nach englischem und amerikanischem Vorbild?

Wintermantel: Wichtig ist, dass sich die Hochschulen in Deutschland nicht mit einem eindimensionalen Wettbewerb zufriedengeben. Jede Hochschule muss ihre eigenen Stärken entwickeln, Schwächen erkennen und beheben können. Wir müssen weitere Wettbewerbsspielräume für Hochschulen eröffnen. Und wir sollten nicht so tun, als wäre der Wettbewerb zwischen den Hochschulen nur ein Wettkampf in einer einzigen Disziplin. Wir haben mehrere Leistungsdimensionen, und die Hochschulen können sich im Differenzierungsprozess daran orientieren.

Die Freiheit des Studierens

Der Kabarettist Florian Schroeder über professorales Engagement, Wissen in Scheiben und studentische Möglichkeiten

von Silvia Cavallucci

Florian Schroeder ist Kabarettist, Comedian und ehemaliger Student der Albert-Ludwigs-Universität. Einmal im Monat unterhielt er mit seiner Talk- und Comedy-Show „Blaue Couch“ seine Gäste in der MensaBar. Mittlerweile moderiert er in Berlin bei Dieter Hallervordens „Wühlmäusen“ eine Talkshow. Zwar bislang ohne Studienabschluss, aber mit den besten Aussichten auf eine – weiterhin – erfolgreiche Karriere. Bei einem Cappuccino erzählt Florian Schroeder, was ihm an seinem Studium gefallen hat, was für ihn eine Traum-Uni wäre und warum für ihn der Bachelor nicht in Frage käme.

Sie haben Philosophie und Germanistik studiert. Was war das Beste an Ihrem Studium?

Schroeder: Die Freiheit. Eine Freiheit, die es so wahrscheinlich nur in den Geisteswissenschaften gibt – oder besser gegeben haben wird. Der paradoxe Zwang zur Freiheit, sich selbst zu organisieren. Als ich aus der Schule kam und die ersten Semester erlebte, war das ein ungeheures Aufatmen. Ich habe dieses kleinkarierte Schulsystem immer gehasst: War man in der fünften Klasse ein Versager, wussten das die Lehrer in der 13ten immer noch. An der Uni war man im positiven Sinne eine Nummer – getreu dem Motto: Ein neuer Dozent ist wie ein neues Leben.

Nach 14 Semester haben Sie reichlich Uni-Erfahrung. Was hat Ihnen an Ihrem Studium nicht so gut gefallen?

Schroeder: Ich hatte den Eindruck, dass sich ein Großteil der Professoren nicht für die Studenten interessiert. Publizieren und forschen – darum geht es. Selbst bei Professoren, die ich sehr schätzte, habe ich festgestellt, dass sie alle drei Semester dieselben Seminare anboten. Irgendwann konnte man das komplette nächste Semester inhaltlich voraussagen. Man merkt da, dass auch die Professorenhorizonte begrenzter sind, als man am Anfang glaubt. Das ist aber

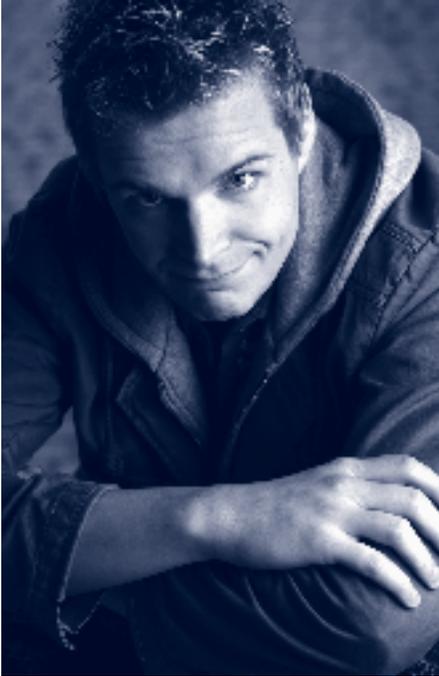
nur die eine Seite: Einmal hat ein von mir sehr geschätzter Literaturprofessor am Anfang des Seminars erklärt, er teile nun die Referatsliste aus, man solle sich bitte eintragen und nicht wundern, dass es dreimal so viele Themen gebe wie Sitzungen, er kenne schließlich seine „Partner“. Der sozialdemokratische Gutmensch in mir sagte: Was ist das für eine Grundhaltung? So geht man doch nicht mit seinen Partnern um. Nach zehn Sitzungen merkte ich: Er hatte recht. Im Schnitt kam jedes dritte fest angemeldete Referat nicht zustande, weil die Leute nicht mehr oder noch nie da gewesen waren. Kabarettkollege Richard Rogler hat vor über 20 Jahren ein Programm „Freiheit aushalten“ genannt. Darauf hatten auch viele von uns keine rechte Lust. Immer wieder hörte ich den Satz: „Ach, wenn es da bloß mehr Druck gäbe...“

Bachelor und Master verschulen das Studium verstärkt. Sie sind kein Befürworter dieser Abschlüsse.

Schroeder: Ich bin sehr zwiegespalten. Wann soll man sonst so etwas wie selbstständiges Arbeiten lernen, wenn nicht an der Uni? Ich glaube nicht, dass der Bachelor dazu beiträgt. Der ist eher der Aldi unter den Hochschulabschlüssen. Wissen in Scheibchen, schön abgepackt mit Schildchen dran. Man ist schnell durch und froh, wieder an der frischen Luft zu sein. Dennoch denke ich, dass es für den Großteil der Studenten meiner Generation der richtige Weg ist. Ich hätte allerdings meinen Weg nie machen können, mit Bachelor und Master. Aber ich bin auch ein schlechtes Vorbild.

Sie sprechen über eine Uni, die Freiheiten bieten sollte. Wie sieht Ihre Traum-Uni aus?

Schroeder: Meine Traum-Uni wäre eine, die wirklich pluralistisch ist. Eine, die Möglichkeiten offenlässt, die nicht schwarz-weiß denkt und handelt: Das alte System ist schlecht – Magister, das schaffen wir ab, jetzt gibt es nur noch den Bachelor, der Heiland



FLORIAN SCHROEDER wurde 1979 in Lörrach geboren. Seinen ersten Fernsehauftritt hatte er als 14-jähriger bei „Schmidteinander“ bei Harald Schmidt. Er parodierte Kohl, Blüm und Lindenberg so gut, dass er ein Jahr später wieder ins Fernsehen eingeladen wurde. Schultheater, Radiomoderation unter anderem für den SWR, Abitur und drei Jahre Tournee mit dem Kabarettprojekt HEINZ! folgten. Seit Ende 2004 tritt er mit Soloprogrammen auf. Für sein Debüt „Auf Ochsentour“ erhielt er acht Kabarettpreise, darunter die St. Ingberter Pfanne (Jury- und Publikumspreis) und den Baden-Württembergischen Kleinkunstpreis. An der Albert-Ludwigs-Universität hat er nebenbei von 2000 bis 2007 Philosophie und Germanistik studiert. Hier gewann er den Rektor-Kleinkunstpreis und moderierte die „Blaue Couch“, die im Juli 2007 zum letzten Mal stattfand. Schroeder lebt und arbeitet in Berlin.

ist da. Das ist so klein gedacht und dem Selbstverständnis der Institution völlig unangemessen. Ich würde mir eine Uni wünschen, an der es auch Wege gibt, die nicht nur auf Nützlichkeit angelegt sind. Wer sagt, ich möchte gerne noch mal drei Jahre die Schulbank drücken, der macht Bachelor, wer sich freier auseinandersetzen möchte, macht den Magister.

Wenn Sie Professor an einer Uni wären, was würden Sie anders machen?

Schroeder: Ich würde versuchen, wesentlich weniger zu moderieren. Die Johannes-B.-Kernerisierung unter den Dozenten hat mich immer genervt. Am Anfang der Show wird anmoderiert, dann kommen ein, zwei Gäste, die des Deutschen zwar halbwegs mächtig sind, aber noch nie eineinhalb Stunden am Stück durchreden mussten – und am Schluss kommt ein kurzes, wohltemperiertes Resümee und der Teaser auf die nächste Woche mit dem nächsten Langweiler. Das kann nicht alles sein. Ein Uniprof sollte inhaltlich und persönlich ein Steinbruch sein, an dem man sich abarbeiten kann. Das heißt auch Positionen einzunehmen. Ich habe immer Dozenten gesucht, an denen ich mich reiben konnte. Ich finde es wichtig, dass Studenten in den Studienjahren auch die Möglichkeit einer persönlichen Reifung bekommen und das geht nur mit jemandem, der Position bezieht.

Sie sagen, Sie kommen aus der Generation „Irgendwas mit Medien“. Was für eine Generation folgt danach?

Schroeder: Spannend wird es erst wieder mit den Kindern meiner Generation. Vielleicht begehren die ja wieder auf. Im Moment würde ich tippen, dass in den nächsten zehn Jahren eine Generation von Studenten heranwächst, die sich dem ganzen System erst mal noch unterwirft und sich äußerlich und innerlich anpasst. Wie es bei Handke so schön heißt: „Es war so wohltuend, definiert zu sein.“ Handke nennt dies das „Drugstore-Lebensgefühl“. Der Drugstore liefert mir nicht nur die Kasse, an der ich zahlen darf, sondern auch den Weg dahin: Die Schlange, in die ich gestellt werde, die Masse der Anderen, die mich dahin bringt. Ich denke

aber, dass dieses Kosten-Nutzen-Wachstumssystem, dem ja auch der Bachelor sich andient, nicht ewig so weitergeht. Es wird Gegenbewegungen geben. Ob die dann von den Unis oder aus Berlin-Neukölln kommen, kann keiner sagen.

Die Studierenden stehen heute unter einem großen Druck: Schneller, besser, gezielter.

Schroeder: Das kann aber nicht alles sein. Gerade in den Geisteswissenschaften. Das Philosophiestudium beispielsweise hat das Ziel, dass die Leute das Denken lernen. Und das lernt man im Umgang mit entsprechenden Texten oder Textausschnitten und nicht durch Überblicksvorlesungen. Das sehen nur leider wenige Studenten so. Ich erlebte in einer Philosophievorlesung eine Diskussion zum Thema „Wo geht es hin in der Philosophie – Ist der Bachelor für uns angemessen?“. Da forderten 200 Studenten: Wir brauchen mehr Überblick in der Philosophie. Bitte füttert uns mit Wissen. In diesem Moment war mir klar: Hier sitzt er nicht, der neue Kant.

Haben Sie einen Lösungsvorschlag?

Schroeder: Man müsste individueller hingucken: Für welches Fach ist welcher Abschluss angemessen? Auch wenn ich den Druck verstehe, unter dem auch die Entscheidenden stehen. Aber manchmal habe ich das Gefühl, die Leute, die diese Entscheidungen treffen, haben von Philosophie so viel Ahnung wie ich von Quantenphysik. Aber hier zeigt sich, dass Foucault recht hatte: „Es gibt kein Außen zur Macht des Diskurs“. Das herrschende Regelsystem bahnt sich seinen Weg, ohne hinterfragt zu werden.

Marketing wird an Hochschulen zunehmend zum Thema. Wird die Uni in zehn Jahren mit Werbebannern ausgestattet sein? Werden Studierende T-Shirts mit den Logos der Sponsoren tragen?

Schroeder: Auf jeden Fall. Das läuft dann wie im Fußball: Es wird eine AOL-Uni geben, eine Aldi-Uni, eine Vodafone-Uni. Wenn's schlecht läuft – und da bin ich zuversichtlich –, wird die Freiburger Uni am Ende Rothaus-Uni heißen.

Wo sehen Sie die Studierenden in der Zukunft der Uni?

Schroeder: An der Kasse. Letztlich zählt es, pünktlich zu bezahlen, bevor einen der Laden rausschmeißt. Ist ja auch konsequent, wer will schon ewig auf dem Fließband liegen.

How the Bologna process influences the future of the university

An Interview with Koen Geven, Chairman of the European Students' Union

by Hermann J. Schmeh

It's Monday morning, 9.30 a.m. The press conference about the results of the 13th European Students Convention is going to start. Koen Geven, Chairman of the European Students' Union (ESU), has found a few minutes to answer some questions about the future of the university.

It is important to define the word university if we want to discuss its future. For Geven there are two sides of it: "The university is a community in which people are trying to develop both themselves as persons and a field of knowledge. They are trying to find themselves a framework of thought, a framework of what they are and how the world is constructed. But also by meeting other people and by reflecting on different views, they are developing a common view on reality." This is where university and society are interlaced, because the exchange of ideas should not only take place in a so called "ivory tower".

But current developments in the field of higher education call into question the university as a place of developing and reflecting on knowledge. These days universities have to decide whether they want to stay public institutions which reflect public values or if they want to become companies that provide services to clients called "students". In Geven's opinion this is one of the main challenges for universities in the 21st century.

Another challenge is creating an European higher education area – the Bologna Process. What had started as a simple idea, in its implementation often became a political tool to restrict access to higher education and to increasingly conform curricula to suitability for the labour market. To change this "political interpretation of the Bologna Process", ESU is not only asking for unfettered access to a free educational system, but also freedom to configure the course of one's own studies without restrictions on time or place. "We want a system with a Bachelor, with a Master, with a doctoral program in which a student can freely progress. And that doesn't necessarily have to be a restrictive system but rather opens

up possibilities, to be mobile, to do a Bachelor in Berlin, a Master in Freiburg, and a doctoral program in Moscow."

But in their efforts to get there, to shape a plan for future universities, students' representations still have to face 'technical' difficulties. "What we have seen in recent years is that students are more being heard and they are more being recognized as one of the partners in making policy. But there is a big difference between being heard and being listened to, and being listened to is still something that we should achieve." To accomplish this it is necessary to shift the focus of the public debate towards education. But it can be extraordinarily hard to place the topic 'education', for example in the media, because "it is not something that you easily make a documentary about."

How should a university look twenty years from now? Geven has many ideas where improvements could be made, beginning with 'small' things like more possibilities for student-centered learning, for example. But also more fundamental thoughts about university come up: "It should be an open community which is democratic in a sense that the people can easily enter it. They can also easily leave it when they feel like it, and easily come back again. There should be a non-hierarchical relation between teachers and students, in which there is an exchange of ideas. And I also want the university to be responsible for its quality to make sure that when there is a dialogue between teachers and students, that this leads to improvement."

One of Geven's colleagues comes in with a concerned face, indicating that the press conference is going to start soon. So there's only time for one last question: Considering all the changes in the field of higher education, will we still recognize universities twenty years from now? "Some universities will not be recognizable anymore. What we are afraid of is that university again becomes a small group of people that have the pocket money to put into it. But since universities have existed for the last 500 years, I think that in twenty years they will still exist as well."



KOEN GEVEN, 23 years old, started his political activities already as a pupils' representative in highschool. During his time in the National Union of Students of the Netherlands (LSVb) and the European Students' Information Board (ESIB, meanwhile renamed to ESU), he has worked on student financing as well as the internationalization and commercialisation of higher education. Elected chairperson of ESU in December 2006, he is studying political science in Amsterdam. More information on: www.esib.org

ein kosmos ohne grenzen

Der Journalist Wulf Rüska über die Möglichkeiten der Exzellenzinitiative, den Bildungsauftrag der Universität und die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

von Rimma Gerenstein

Herr Dr. Rüska, was die hochschulpolitischen Entwicklungen betrifft, haben Sie in letzter Zeit häufig über die Hochschulreform und die Exzellenzinitiative berichtet. Welche Tendenz kann man aufgrund dieser Veränderungen für die Zukunft deutscher Hochschulen absehen?

Rüska: Die Exzellenzinitiative trägt dazu bei, dass Universitäten gezielter ihr eigenes Profil ausbilden. Die Konkurrenz in der Forschung rückt ihnen dadurch insgesamt verstärkt ins Bewusstsein, dass sie sich auf einem Bildungsmarkt behaupten müssen. Zu meiner großen Überraschung habe ich nicht nur in Freiburg, sondern auch in Heidelberg oder Karlsruhe beobachten können, dass die Exzellenzinitiative eine enorme Binnenwirkung hat. Plötzlich erscheint die Universität als eine Körperschaft und erkennt sich als eine Einheit wieder. Diese Wirkung lohnt das ganze Engagement. Denn die Identifikation der Lehrenden und Lernenden mit der eigenen Universität ist ein entscheidendes Erfolgskriterium. Was die Studienreform angeht, ist die weitere Entwicklung noch nicht ganz absehbar, weil ein großer Unterschied zwischen „wünschen“ und „verwirklichen“ besteht, was auch in der Bologna-Nachfolgekonferenz mit Frau Schavan deutlich geworden ist. Wenn es gut lief, würde die Hochschulreform in der Tat dafür sorgen, dass Studierende ausgebildet würden, die genau wüssten, was sie mit ihrem Studium erreichen wollen.

Ist das ein Fortschritt?

Rüska: Sicherlich ist die Ausrichtung des Studiums gegenüber früheren Zeiten, als man die Studierenden eher alleine gelassen hat, viel klarer. Trotzdem besteht die Gefahr, dass nun das berufsorientierte Element zu stark in den Vordergrund tritt. Ich bezweifle, dass das Studium durch eine zunehmende Verschulung tatsächlich an Effizienz gewinnt, schließlich sollte ein Universitätsstudium mehr als eine Berufsausbildung bieten.

Was sollte ein Studium noch leisten?

Rüska: Es sollte akademisch geprägte Persönlichkeiten ausbilden. Das ist der entscheidende Auftrag einer Universität. Wenn sie nicht mehr als reine Vermittlung praktischen Wissens auf hohem Niveau leistet, wird sie überflüssig. Eine Universität muss über die Berufsausbildung hinaus auch Persönlichkeiten formen. Die Studierenden sollten begreifen, dass ihnen, gerade weil ihre Bildung über die Grenzen ihres Berufes hinausreicht, ein erfülltes Dasein möglich ist und dass sie durch die Fähigkeit, sich selbstständig und kritisch mit ihrem Beruf auseinanderzusetzen, ihre Unabhängigkeit wahren können. Die Universität braucht solche offenen, konfliktbereiten Menschen, die willens sind, um es einmal ganz allgemein zu sagen, über die Welt und deren Zusammenhänge nachzudenken.

Wie kann eine Universität das vermitteln?

Rüska: Indem sie das Spannungsverhältnis zwischen Praxis und Theorie durchhält und es nicht egalisiert. Sie muss die Menschen darauf vorbereiten, dass die Praxis manchmal hinter der Theorie zurücksteht oder dass die Theorie mit stumpfen Werkzeugen arbeitet. Deswegen kann die Erprobung theoretischer Kenntnisse in der Praxis durchaus schmerzhaft sein, aber eben das prägt die individuellen Fertigkeiten. Diesen Balanceakt hinzukriegen, macht die akademisch gebildete Persönlichkeit aus. Das war auch schon früher möglich; dazu waren die Umstellung auf Bachelor und Master und auch der Bologna-Prozess nicht unbedingt notwendig.

Wie beurteilen Sie den Bologna-Prozess?

Rüska: Er hat ein großes Negativum: Es handelt sich um eine Reform, die von außen den Hochschulen aufgedrückt worden



ist. Das hängt damit zusammen, dass sie sich zu lange nicht mit zentralen Problemen, wie beispielsweise überlanger Studiendauer, hohen Abbrecherquoten oder der Frage, ob die Absolventen überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, auseinandergesetzt haben. Bologna ist eine Effizienzsteigerung der Universität, die gewollt und gezielt vom Staat durchgesetzt wird. Die Universitäten sehen dem etwas tatenlos zu, obwohl es natürlich einige Vertreter, Alt-68er, gibt, die sich dagegen zu wehren versuchen. Sie haben meine Sympathie, doch leider haben sie eben diese Diskussion zwanzig Jahre lang versäumt.

Sie sind Dozent beim Zentrum für Schlüsselqualifikationen (ZfS) der Universität Freiburg. Warum ist es wichtig, solche Kenntnisse ergänzend zum Studium anzubieten?

Rüska: Weil grundsätzlich eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis besteht. Das habe ich schon während meines Studiums feststellen müssen und war erschrocken darüber, wie weit die Universität manchmal von der Wirklichkeit entfernt ist. Die Konsequenz daraus ist, dass man schon während des Studiums berufspraktische Erfahrungen sammeln muss. Beim ZfS geht es aber vor allem um die Vermittlung von Kompetenzen, die für alle Berufsbereiche unabdingbar sind: Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenzen, selbstständiges Erarbeiten von Sachverhalten und schließlich auch die Fähigkeit, das Produkt, das man erstellt, auch einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Als Journalist beispielsweise muss man lernen, Texte publikumsorientiert zu schreiben. Obwohl nicht jeder, der den Kurs Journalistisches Schreiben besucht, später auch als Journalist arbeiten wird, können Studenten in allen Berufsfeldern von solchen schreiberischen Fertigkeiten profitieren. Es wird immer deutlicher, dass beispielsweise ein freigeistiger, über allem schwebender Philosoph nicht mehr das vorrangige Ziel einer Universität sein kann. Aber ein Philosoph, der weiß, dass er mit seinen Kenntnissen auch gut in

WULF RÜSKAMP, geboren 1953 in Bayreuth, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Erlangen und Köln. Nach dem Studium arbeitete er als Journalist in Köln und Bayreuth. 1983 promovierte er im Fach Neuere Literaturwissenschaft an der Universität zu Köln. Seit 1988 ist er Redakteur der Badischen Zeitung, seit einigen Jahren als Ressortleiter für Land und Region und zugleich für die Hochschulberichterstattung zuständig. Außerdem ist er als Dozent an der Universität Freiburg tätig.

der Strategieabteilung einer Versicherung aufgehoben wäre und dafür durch die Vermittlung bestimmter lebensertüchtigender Fertigkeiten vorbereitet ist, wäre doch ideal.

Wo sehen Sie die Grenzen der Universität?

Rüska: Im Grunde hat die Universität im Rahmen der Lehre keine Grenzen. Für mich ist sie nach wie vor ein toller Kosmos, in dem eigentlich alles möglich ist und der es Menschen, die sich dafür begeistern und interessieren, erlaubt, individuelle Freiheitsbereiche zu erleben. Ein Beispiel dafür ist die Forschung. Deswegen darf man auch nicht zulassen, dass die geistige Freiheit von Bürokratie, zu starker Regulierung und Formalisierung zerrieben wird. Wenn wir Bildung als eine wichtige Zukunftsressource ansehen, muss sich diese Priorität auch in finanzieller Weise widerspiegeln. Konkret meine ich: Wir müssen mehr Geld für Bildung ausgeben. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil die gesamte Gesellschaft anschließend von dem höheren Bildungsstand ihrer Mitglieder profitiert.

wissenschaft und wirklichkeit stärker vernetzen

Ein Gespräch mit Uto Meier, Initiator und Leiter des Aufbaustudiengangs „Ethisches Management“ an der Universität Eichstätt

von Johanna Meier

Herr Professor Meier, was müsste eine Universität in Ihren Augen leisten, um ihrem Bildungs- und Forschungsauftrag heute gerecht zu werden?

Meier: Ich träume von einer Universität, die stärker mit der Wirklichkeit vernetzt ist. Ich träume von einer Universität, die einerseits kulturelles Gedächtnis der Gesellschaft für das Menschengemäße ist, andererseits offener „Think Tank“ der Intellektuellen, aber auch Beobachter und Evaluator gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen ist.

Wie stellen Sie sich Ihre ideale Universität vor?

Meier: Meine Vision ist die einer „Cross-over-Uni“, einer Grenzen überschreitenden Universität. Ich halte die Aufhebung der streng räumlich definierten Universität für notwendig. Heute sind die meisten deutschen Professoren immer noch Einzelkämpfer, ich sehe in der Öffnung hin zu überregionaler Forschung und Lehre jedoch die kreativere Arbeitsform für Akademiker. Teamarbeit soll nicht nur universitätsübergreifend, sondern auch auf interdisziplinärer Ebene stattfinden. Gegenwärtige komplexe Fragestellungen sind nicht mehr nur in den einzelnen Fachdisziplinen zu beantworten, sie bedürfen stärker der interdisziplinären Zusammenarbeit.

Und hier schließt sich die dritte Grenzüberschreitung an. Die hierarchischen Strukturen der deutschen Beamtenuniversität müssen durchlässiger gestaltet werden, um von den Erfahrungen kluger Leute aus der Wirklichkeit außerhalb der Universität – von Managern, von Pädagogen, von Künstlern und so weiter – profitieren zu können.

Die Wirklichkeit, und damit die Wirtschaft, ist in Ihrer Vision der Zukunfts-Uni integrativer Bestandteil. Birgt dies nicht auch die Gefahr der viel diskutierten Marktabhängig-

keit? Welche Rolle spielen in Ihrem Modell Angebot und Nachfrage?

Meier: Eine Grundfinanzierung durch den Staat ist unumgänglich, nicht zuletzt wegen der notwendigen Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Trotzdem sehe ich die Drittmittelwerbung wie Drittmittelverpflichtung positiv, denn wer von der universitären Forschung profitiert, soll sich auch daran beteiligen. Das öffnet gleichzeitig den Raum für gemeinsame Forschungsprojekte. Konkret im pädagogischen Bereich: Warum sollte nicht eine Region ihre eigenen Bedürfnisse nach Schulinnovation formulieren? Und warum sollte sich die Universität nicht als Begleiter, Beobachter und Evaluator solcher Prozesse engagieren, die eben auch Vielfalt und gesunden Wettbewerb zulassen könnte. Eltern sollten zum Beispiel ruhig – etwa über Bildungsgutscheine – bei der Lenkung von Bildungsressourcen mitbestimmen dürfen.

Wir als Gesellschaft müssen uns fragen, was uns an Wissen fehlt und wo wir im Dunkeln tappen und diese Fragen als Auftragsarbeit an die Universitäten weitergeben. Gleichzeitig müssen die Universitäten stärker ihre kritischen Fragen an die Gesellschaft – gleichsam als Seismografen – richten.

Schlagwörter Ihrer Uni-Vision sind Interdisziplinarität und Vernetzung. Was würde das für Forschung und Lehre bedeuten?

Meier: In akademischen Biografien ist traurigerweise eine mangelnde Durchlässigkeit zu finden. Hier wäre eine gewisse Fremdbestäubung nötig. Gegen den Beamtenfokus möchte ich ein Mehr an Beweglichkeit, ein starkes „Cross-over“ setzen. Mir schwebt eine Osmose zwischen Uni und Wirtschaft oder zwischen Uni und Kunst für einen begrenzten Zeitraum und bei hoher Qualifikation vor. Zum Beispiel in Form eines „Sabbatical Year“, während dessen Professoren in die außeruniversitäre Wirklichkeit gehen und

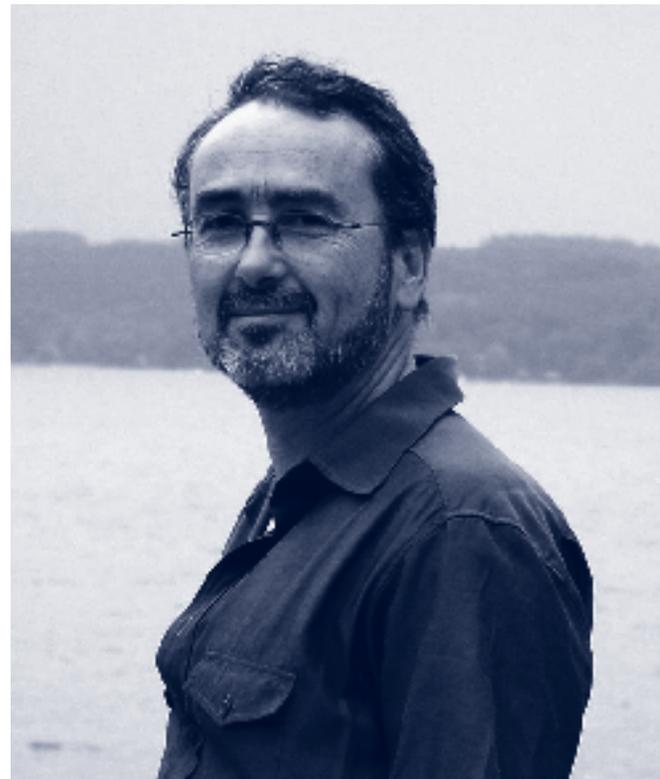
das Ankommen ihrer Erkenntnisse prüfen und erleben. Warum sollte ein Pädagogikprofessor nicht für ein Semester wieder Lehrer werden? Doch sollte diese Erfahrung auch rückwärts möglich sein, so dass zum Beispiel jeder Lehrer im Laufe seiner Karriere in regelmäßigen Abständen an die Uni zurückgeht. Wirklichkeiten müssen stärker im Gespräch sein!

In der Lehre sehe ich einen großen Nachholbedarf. Studenten sollen generell eine stärkere Mitsprache über die Evaluation der Lehre bekommen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die einfache duale Struktur Vorlesung/Seminar überhaupt noch zeitgemäß ist. Auch in der Lehre plädiere ich für stärkere Wirklichkeitsrelevanz im Blick auf die Berufsbilder. Dies provoziert für die Lehrenden einen gewissen Erklärungsdruck. Gleichwohl gilt weiterhin: Die Uni braucht Freiraum und darf nicht „verzweckt“ werden.

Professor Meier, Sie haben anfangs überregionale Teamarbeit angesprochen. Soll das in einem internationalen Zusammenhang verstanden werden?

Meier: Auf jeden Fall auch. Der Professor und die Professorin der Zukunft müssen verpflichtend im Ausland lehren, um Alternativen zum hiesigen Wissenschaftsbetrieb zu sehen wie auch Alternativen anzubieten und natürlich aus der Vielfalt anderer Kulturen zu profitieren. Und aus diesen Universitätsnetzwerken würden weltweite Kooperationen erwachsen, eine gewisse universitäre Universalität könnte so als Grundlage einer gewaltlosen Verständigung in globalisierten Kontexten etabliert werden.

UTO MEIER, geboren 1955, studierte Germanistik und Theologie in München, anschließend war er als Akademischer Rat für Religionspädagogik an der Universität Augsburg tätig. Von 1989 bis 1995 unterrichtete er als Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter in Augsburg, seit 1995 ist er Professor für Religionspädagogik an der katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. 2001 initiierte er den Aufbaustudiengang „Ethisches Management – wertorientierte Personalführung und Organisationsentwicklung“, den er seitdem auch leitet.



ein offenes system des fragens und suchens

Der Freiburger Weihbischof Paul Wehrle über die Veränderung der Universitäten und die Rolle der Theologie

von Daniela Högerle

Herr Professor Wehrle, was macht für Sie die Besonderheit einer Universität aus?

Wehrle: Das Besondere drückt sich in der „universitas“ aus, gemeint ist das Bemühen und die Herausforderung, bei aller notwendigen Spezialisierung den Blick für den Zusammenhang nicht zu verlieren. Dies ist angesichts der Differenzierungen schon innerhalb der Fachwissenschaften nicht einfach. Aber den Blick für das Ganze der Wirklichkeit zu finden, macht gerade die Herausforderung einer Universität aus. Ansonsten würde die Universität mutieren zu einer bloßen Addition je für sich vielleicht exzellenter Fachhochschulen.

Die klassische Universität hat sich verändert. Was sind für Sie die wichtigsten Veränderungen der vergangenen Jahre?

Wehrle: Die wichtigsten Veränderungen der vergangenen Jahre an der Universität sind Auswirkungen schon vorausgehender gesellschaftlicher Veränderungen: Pluralisierung der Lebenswelten mit einer zunehmenden Betonung der Einzelinteressen, rasante technologische Entwicklungen mit einer deutlichen Dominanz der Machbarkeit und unmittelbaren Effektivität. Aus diesen Entwicklungen ergeben sich Trends, die die Anliegen einer Volluniversität schnell einschränken können. Deutlich wird dies an den seit einigen Jahren zunehmenden wirtschaftlichen Interessen oder auch Zwängen, die die konkrete Gestaltung der Universität beeinflussen.

Welche negativen Veränderungen an Universitäten haben Sie in der Vergangenheit beobachtet?

Wehrle: Im Trend der Individualisierung und auch des Anspruchsdenkens wurde die Universität verstärkt unter persönlichen Interessen der angestrebten Qualifikation gesehen. Die Bedeutung der Universität für die Gesellschaft insgesamt sowie vor allem für lang-

fristige wissenschaftliche Herausforderungen wurde nicht gleichermaßen mitgesehen. Die faktische Segmentierung in einer hoch differenzierten Gesellschaft ist auch im universitären Bereich zu beobachten und mindert beziehungsweise verdeckt für die Identität einer Universität wichtige Zusammenhänge und Perspektiven.

Was müsste man beziehungsweise ändern?

Wehrle: In einer Zeit, in der wieder hörbarer nach dem Ganzen und den Zusammenhängen der Wirklichkeit gefragt wird, sollte die Universität dafür ein exemplarischer Ort sein. Es braucht eine stärkere Vernetzung und wechselseitige Herausforderung der einzelnen Disziplinen und Fakultäten und die Chance, in interdisziplinärem Diskurs Lösungen zu suchen, die nicht von einem vorschnellen Vermarktungsinteresse abhängig sind. Konkret für die Studienordnungen bedeutet dies, dass neben den fachspezifischen Curricula immer auch Raum bleiben sollte für eigeninitiatives Weiterfragen der Studierenden.

Welche Neuerungen an Universitäten finden Sie besonders positiv?

Wehrle: Im Rahmen der Debatten um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wird die Bedeutung der Universitäten wieder klarer gesehen. Dies ist durchaus positiv, sollte freilich auch wirtschaftlich mitbedacht werden. Das Interesse seitens Industrie und Wirtschaft an universitärer Forschung ist zu begrüßen; doch darf es dabei zu keinen Abhängigkeiten auf Kosten der Wissenschaftsfreiheit kommen. Ob der von der Idee her gute Bologna-Prozess halten wird, was er verspricht, ist noch nicht erwiesen. Positiv ist dabei auf jeden Fall der Gedanke des internationalen Austausches und einer dann auch notwendigen Vergleichbarkeit wie auch eine stärkere Kooperation der einzelnen Disziplinen, nicht zuletzt auch in der Lehre.



PAUL WEHRLE, geboren 1940 in Singen, wurde 1969 zum Priester geweiht. Von 1979 bis 1981 war er Professor für Religionspädagogik und Pastoraltheologie an der Universität Eichstätt, ab 1990 Honorarprofessor für Pastoraltheologie an der Universität Freiburg. Seit 1981 ist er Weihbischof in der Erzdiözese Freiburg. Von 1981 bis 2001 war Paul Wehrle Bischofsvikar für Jugendfragen, seit 1988 ist er Referent und seit 2002 Bischofsvikar für Hochschulen und Hochschulpastoral. Darüber hinaus ist er zuständig für die Katholische Akademie Freiburg. Paul Wehrle ist stellvertretender Vorsitzender der bischöflichen Kommission für Wissenschaft und Kultur der Deutschen Bischofskonferenz und Beauftragter für die bischöflichen Stipendienwerke KAAD (Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst) und Cusanuswerk. Er ist Mitglied der Pastorkommission der Bischofskonferenz und deren Arbeitsgruppe „Katechese und Mission“. In der Erzdiözese Freiburg bekleidet er zudem die Aufgabe des Dompropstes und des Vorsitzenden der Kommission für Kunst und Kultur.

Wie sollte Ihrer Meinung nach eine Universität der Zukunft aussehen?

Wehrle: Es gilt das Ideal anzustreben, wissenschaftlich anspruchsvolle Qualitätsstandards zu verbinden mit einem auch persönlichkeitsfördernden Modus des Forschens und Lehrens. Dazu verhilft nicht zuletzt auch eine gewisse Identifikation der Lehrenden und Studierenden mit der konkreten Universität als „gemeinsamer Sache“. Eine „Universität der Zukunft“ wird nie fertig organisiert sein; sie ist eher ein offenes System des Fragens und Suchens unter wissenschaftlichem Anspruch. Dieser Einsatz muss kommunikabel sein zu fachspezifischen Belangen wie auch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit hin.

Sie sind als Bischofsvikar in der Erzdiözese Freiburg verantwortlich für Hochschulen und Hochschulpastoral. Kann das Fach Theologie mit den neuen Studiengängen mithalten?

Wehrle: Zunächst: Das Engagement der Kirche an der Universität umfasst mit der Hochschulpastoral, den katholischen Studentenwohnheimen, einem Sprachenkolleg und vor allem den kirchlichen Stipendienwerken mehr als das Fach Theologie. Für diese kann Ihre Frage rundum bejaht werden. Die Ursache dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der Ort der Theologie an der Universität während der letzten Jahrzehnte wiederholt problematisiert wurde. Dies war für die Theologie – weitaus häufiger als für andere Fächer – Anlass, das eigene wissenschaftstheoretische Selbstverständnis abzuklären und offenzulegen und die Studiengänge unter diesem Anspruch wie auch unter hochschuldidaktischen Prämissen zu gestalten. Das Studium der Theologie gilt als ein komplexes Studium, es muss sowohl mit systematischen, historischen, exegetischen wie auch praxisbezogenen Methoden gearbeitet werden. Dies ermöglicht eine Kooperation mit jeweils methodisch verwandten Disziplinen, führt aber auch – wie die Erfahrung zeigt – zu einer breiteren Qualifikation im Blick auf spätere berufliche Tätigkeiten.

Zu den „Gründungsbausteinen“ der klassischen Universität zählte unter anderem die Theologische Fakultät. Braucht die Universität der Zukunft noch eine Theologische Fakultät?

Wehrle: Die Universität tut gut daran, in der Reihe der Fakultäten auch eine theologische zu haben. Dies ist längst nicht nur historisch zu sehen, insofern die Theologie bekanntlich von Anfang an tragendes Element für die Entstehung und Entwicklung der Universität war. Als Fach unter Fächern thematisiert die Theologie nicht nur ihre fachspezifischen Belange in Forschung und Lehre; zugleich gehört es – in einer Verwandtschaft zur Philosophie – zur Aufgabe der Theologie über den eigenen Bereich hinaus zu fragen und den Blick auf die größeren Zusammenhänge und das Ganze der Wirklichkeit zu lenken. Sie tut dies nicht aus einer neutral beobachtenden und nur konstatierenden Position heraus – Wissenschaftsneutralität ist bekanntlich ein Phantom –, sondern aus der geschichtlichen, gegenwärtigen und zukunftsöffnenden Haltung des christlichen Glaubens heraus.

Sehen Sie für das Fach Theologie eine besondere Aufgabe innerhalb der Universität der Zukunft?

Wehrle: Gerade die Theologie kann mithelfen, dass die Universität der Zukunft auch Universität im Sinne von „universitas“ bleibt und nicht zur „Multiversität“ mutiert. Es geht um die wissenschaftlich verantwortete Anwaltschaft dafür, dass das Ganze mehr und nochmals etwas anderes ist als die bloße Summe seiner Teile. Es geht um die „Conditio humana“ inmitten allen Forschens und Lehrens, um die Offenheit des Menschseins über alle rationalen Argumente und emotionalen Befindlichkeiten hinaus. Es ist gut, wenn es dafür inmitten der Universität eine in der Haltung offene und darin glaubwürdige Anwaltschaft gibt.

eine familie, die das mitmacht

Ein Gespräch mit der Privatdozentin Indra Spiecker genannt Döhmann über die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft

von Christina Schoch

Frau Spiecker, Sie sind mehrfache Mutter und habilitierte Juristin. Wie haben Sie das hingekommen?

Spiecker: Durch einen Mann, der das mitmacht – und Kinder, die das mitmachen. Wir arbeiten beide Teilzeit, anders ginge es nicht. Morgens kümmert sich eine Freundin der Familie um die kleinen Kinder, die Nachmittage teilen mein Mann und ich uns auf und ganz gelegentlich springen die großen Geschwister einmal ein. Es ist vor allem eine Frage der Organisation.

Wie arbeitet man Teilzeit in der Wissenschaft? Geht das überhaupt?

Spiecker: Ja, wenn man das will, geht das. Man muss es nur durchsetzen – auch gegen sich selbst. Meine besondere Situation ist, dass ich an einem Max-Planck-Forschungsinstitut arbeite. Der Vorzug ist, dass es da nur einen Tag in der Woche gibt, an dem man anwesend sein muss. Deshalb habe ich große Freiheiten, meine Zeit einzuteilen. Ansonsten ist es das Übliche: Man arbeitet eben doch nicht nur Teilzeit; man verschafft sich nur ein besseres – kein gutes! – Gewissen, weil man nicht immer da und nicht immer verfügbar ist.

Haben Sie jemals – direkt oder indirekt – den Vorwurf gehört, dass Sie eine Rabenmutter sind?

Spiecker: Direkt nicht. Aber was bezeichnend ist: Mein Mann wuchert mit dem Pfund. Wenn er irgendwo auftaucht und sagt „Ich arbeite Teilzeit und habe sieben Kinder“, dann heißt es „Wow!“. Und zwar von Männern wie von Frauen. Ich halte mich damit eher zurück, sieben Kinder an die große Glocke zu hängen, weil sonst sofort die Frage in der Luft hängt: „Was macht die denn hier, wieso ist die nicht bei ihren Kindern, und was da rauskommt, das weiß man ja.“ Das wird nie so deutlich ausgesprochen – aber entsprechende Gedanken sind ziemlich verbreitet.

Hatten Sie einen Familien- und Karriereplan, oder haben sich die Dinge eher so ergeben?

Spiecker: Habilitieren wollte ich spätestens als ich direkt nach dem ersten Examen eine Assistentenstelle hatte und der Professor nicht da war, weshalb ich faktisch eine Art Lehrstuhlvertretung gemacht habe. Das fand ich toll. Der Beruf vereint alles, was ich haben

wollte: Unabhängigkeit, Selbstständigkeit, eigene Projekte entwickeln und verfolgen, Abwechslungsreichtum, mit jungen Leuten zu tun haben, auf einem hohen Niveau arbeiten. Dass ich Kinder haben wollte, stand auch fest. Und dann, das ist meine Einstellung gewesen, lässt sich das auch irgendwie vereinbaren.

Welche Rolle spielt das Geschlecht bei der Hochschulkarriere? Ist es ein Thema?

Spiecker: Es ist immer ein Thema. Fachspezifisch mal mehr, mal weniger. Aber wenn es um die Professorenwürde geht, dann ist es letztlich flächendeckend ein Thema.

Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür, dass es in Deutschland so wenige Professorinnen gibt?

Spiecker: Das ist ganz vielfältig. Ein Punkt ist die Altersstruktur. Die Bandbreite der Professoren bewegt sich zwischen 40 und 65. Wenn man sich anschaut, wie es in anderen Branchen mit weiblichen Führungskräften in dieser Altersspanne aussieht, steht die Uni gar nicht so schlecht da. Ganz entscheidend ist mit Sicherheit, dass es keine Vorbilder gibt. Es ist einfach nicht jedermanns Sache, sein eigenes Vorbild zu werden. Führungspositionen sind auch eine Frage des Selbstvertrauens: Männer neigen zu einer deutlich höheren Selbsteinschätzung als Frauen. Hier bräuchte man viel mehr Förderer. Ich habe den Eindruck, es tut sich vor allem etwas bei Professoren, die ältere Töchter haben und die dann die Probleme von der anderen Seite sehen.

Welche Rolle spielen unterschiedliche Lebensentwürfe von Männern und Frauen?

Spiecker: Ein Problem ist das gängige Bild vom Wissenschaftler als Einzelkämpfer, der sein Leben am Schreibtisch beziehungsweise im Labor verbringt. Das verträgt sich nicht mit einem Lebensentwurf, der auch noch andere, gleichberechtigte Interessen beinhaltet – wie zum Beispiel ein tatsächlich gelebtes Familienleben. Wissenschaft gilt außerdem als hoch kompetitiv – und Frauen sollen nicht kompetitiv sein. Das ist unweiblich.

In vielen Disziplinen ist es auch so, dass, wenn man den Weg in die Uni nicht schafft, man in seinem Gebiet nicht arbeiten können wird. Ich glaube, dass Frauen da realistischer sind. Sie wissen

schon durch die biologische Uhr, dass sie innerhalb eines ziemlich engen Zeitfensters mehrere Ziele gleichzeitig verwirklichen müssen. Und dann überlegen sie sich natürlich gut, wo sie ihre Kraft reinvestieren – ob sie das auf einem Feld tun, auf dem sie absehbar das Ziel möglicherweise nicht erreichen, weil der Flaschenhals zur Berufung zu eng ist.

Ist die Berufungskommission die Black Box der Gleichstellung?

Spiecker: Es wird nie jemand sagen: „Das ist eine Frau, die wollen wir nicht.“ Und es gibt faktisch viel weniger Frauen als Männer, die sich auf den extrem langen und unsicheren Qualifizierungsweg einer Habilitation beziehungsweise Juniorprofessur einlassen. Aber es gibt bei Berufungen für Frauen Stolperfallen, die für Männer kein Thema sind. Zum Beispiel das Auftreten. Es ist oft schwer, als Frau kompetent und durchsetzungsfähig zu sein, ohne gleich als „Emanze“ und „schwierig“ zu gelten. Oder freundlich, charmant und zugewandt aufzutreten, ohne sofort als „Leichtgewicht“ abgetan zu werden. Und bei der Verhandlungsführung würde ich immer noch sagen, wenn man als Frau gut verhandelt, ist man günstigstenfalls eine Zicke, wenn man als Mann gut verhandelt, ist man respektgebietend.

Es gibt also geschlechterspezifische Stolperfallen?

Spiecker: Es gibt ganz häufig Dinge im Lebenslauf einer Frau, die es leicht machen, sie abzulehnen. Zum Beispiel Mobilität. Da schwingt immer mit: Würde sie denn umziehen, würde die Familie, also der Mann, das mitmachen? Dass der Mann mitzieht, glaubt niemand so recht – während umgekehrt bei einem Mann diese Hintergedanken nicht kommen. Natürlich zieht die Frau mit! Im Grunde genommen ist das auch nicht anders, als wenn jemand bei einem Wirtschaftsunternehmen Topmanager werden will: Ist das jemand, der bereit und im Stande ist, sich 140-prozentig einzubringen? Bei einer Frau – und gerade einer mit Kindern – ist man da eher skeptisch. Insgesamt sind Männer für Männer einfach besser einschätzbar.

Was wäre ein Weg, die familienbedingt häufig anderen Lebensläufe von Wissenschaftlerinnen zu akzeptieren?

Spiecker: Im Grunde genommen muss man das wohl doch institutionalisieren. Dazu gehört eine starke und wissenschaftlich kompetente Gleichstellungsbeauftragte. Meiner Meinung nach wird man auch an einer Art von Quote nicht vorbeikommen. Das ist traurig, ich war nie für eine Quote. Aber ich glaube, es ist der einzige Weg, ab einer bestimmten Ebene einen höheren Frauenanteil durchzusetzen. In der Politik, die öffentlicher ist als die Wirtschaft oder die Wissenschaft, funktioniert das. Wenn die Frauen dann erst einmal da sind, baut das Berührungsängste ab. Also unterm Strich: Es sind durchsetzbare Regularien zu schaffen. Dann, ganz wichtig: Man muss institutionell gewährleisten, dass Frauen und auch Männer, wenn sie sich um ihre Familie kümmern, mehr Zeit bekommen, um sich zu qualifizieren. Eine Möglichkeit wäre die Anwendung eines Publikationsquotienten. Der würde wenigstens objektivierbar widerspiegeln, dass „länger“ nicht gleich „schlechter“ sein muss.

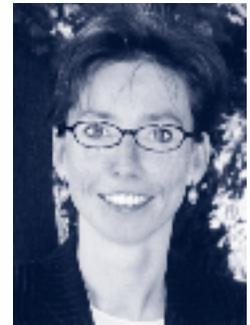
Was würden Sie Absolventinnen und Absolventen, die eine wissenschaftliche Laufbahn anstreben, mit auf den Weg geben?

Spiecker: Wichtig ist vor allem eine frühzeitige, strategische Karriereplanung. Frauen trauen sich oft nicht aktiv zu werden und verlassen sich deshalb gerne erst einmal auf die Führung anderer, meistens ihres Betreuers – und lassen laufen. Damit verpassen sie

dann wertvolle Zeit. Man sollte sich selbst klare, überprüfbare Ziele setzen und deren Einhaltung und Erreichung kontrollieren. Und dann bei Nicht-Erreichung, für die es ja viele Gründe geben kann, auch den Mut haben, etwas zu verändern. Überhaupt: Mut. Meine Erfahrung ist, wenn man sich etwas ernsthaft vornimmt, finden sich auch Wege. Aber danach muss man dann auch intensiv suchen und bereit sein, auch ungewöhnliche Wege einzuschlagen. Rückgrat ist unerlässlich. Man muss bereit sein, auch mal anzuecken und „nein“ zu sagen. Man darf sich als Frau nicht reduzieren lassen auf die „kommunikative, das Sozialklima verbessernde, gute Seele“. Man darf auch mal Forderungen stellen, und sollte sich prinzipiell nicht auf organisatorische Aufgaben abdrängen lassen, sondern Inhalte und inhaltliche Gestaltung wollen.

Ihr Fazit, die Gleichberechtigung betreffend?

Spiecker: Insgesamt ist meine Erfahrung, dass der Glaube an eine inzwischen existierende Gleichberechtigung, zu der nur noch ausreißend Krippenplätze fehlen, oft zu spät erschüttert wird – wenn persönliche Weichen schon gestellt sind. Deshalb ist es vor allem für Frauen wichtig, sich Verbündete zu suchen, sich ein eigenes wissenschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem man sich wohl fühlt, das einen motiviert, in dem man immer wieder erfahren kann, warum man das alles eigentlich auf sich nimmt.



INDRA SPIECKER GENANNT DÖHMANN studierte Rechtswissenschaften sowie zeitweise Anglistik, Romanistik und Politologie in Bonn und Mainz. 1994 legte sie ihr erstes juristisches Staatsexamen in Bonn ab, 1999 das zweite. Als Stipendiatin der Fulbright Commission und der Studienstiftung des Deutschen Volkes erwarb sie 1996 den Master of Laws (LL.M.) an der Georgetown University in Washington, D.C.; an der Universität Bonn promovierte sie als Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Seit 2000 ist sie Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, seit 2001 Lehrbeauftragte der Universität Osnabrück. Im Wintersemester 2006/2007 war sie als Lehrstuhlvertreterin am Institut für Öffentliches Recht der Universität Freiburg tätig. 2007 erwarb sie die Venia für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Ausländisches Öffentliches Recht. Indra Spiecker lebt mit ihrem Mann und sieben Kindern in Bonn. Vier Kinder stammen aus der verwitweten ersten Ehe ihres Mannes, drei gemeinsame Kinder, darunter Zwillinge, wurden 2002 und 2004 geboren.



Die universität an grenzen

Trends und Entwicklungen in der aktuellen Hochschullandschaft

von Reinhard Grunwald



Universitäten sind mit ihrem umfassenden Auftrag, bestehendes Wissen weiterzugeben und die Grenzen des Wissens zu verschieben, auf Grenzannäherungen und Grenzüberschreitungen angelegt. Ihr Auftrag, immer neue Generationen möglichst früh an die Grenzen des bestehenden Wissens und Könnens heranzuführen, sie im Umgang mit Komplexität zu schulen und in ihnen die Lust auf Neues zu wecken beziehungsweise wachzuhalten, ist auf Grenzüberschreitung ausgerichtet.

Grenzannäherungen und auch Grenzüberschreitungen lassen sich zunächst von innen oder von außen darstellen. Dabei sind formale Grenzen von denjenigen zu unterscheiden, die von Inhalten gezogen werden.

I. Innere Grenzen

I. Verfasstheit

Die Universitätsverfassung ist janusköpfig. Zum einen regelt sie die Arbeitsteilung innerhalb der Universität und legt die Aufgaben von Senat, Fakultäten, Instituten sowie sonstigen Leitungsgremien, betrieblichen Einheiten und einzelnen Mitgliedern der Universität fest. Nach außen regelt sie die Vertretung der Universität und insbesondere das Verhältnis zum Staat. Hier hat sich ein weltweit einmaliges Zusammenwirken der Wahrnehmung übertragener staatlicher Aufgaben und der Wahrnehmung eigener Selbstverwaltungsaufgaben entwickelt. Der Staat gewährt diese Autonomie nicht, vielmehr gewährleistet er sie. Neben dem Grundrecht der Selbstverwaltung für Gemeinden stellt die Hochschulautonomie als wichtiger Bestandteil des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit die Ausformung eines Grundgedankens der Demokratie dar: Aufgaben den jeweils für ihre Erledigung am besten aufgestellten Einheiten zu überlassen und nicht zu primären Staatsaufgaben zu machen. Dieses Prinzip staatlicher Subsidiarität wird aktuell im Rahmen der Entwürfe für eine europäische Verfassung diskutiert und ist in den Hochschulreformen der jüngsten Vergangenheit stärker zum Zuge gekommen als in vorangegangenen Reformrunden. Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat demonstrativ ein Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet. Die Entlassung der Hochschulen in die Selbstständigkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben darf jedoch nicht zu einer Freizeichnung des Staates von der Verantwortung für seine Hochschulen führen. Die angemessene Ausstattung der Universitäten ist das Korrelat zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben der Ausbildung und der nur durch Weiterentwicklung des Wissens und Könnens zu sichernden Daseinsvorsorge. Hier zu immer wieder neu zu justierenden Balancen zwischen staatlichem Wollen und universitärem Sollen einerseits, universitärem Können und staatlichem Respektieren dieser Grenzen andererseits zu kommen, wird auch in Zukunft nur bei gegenseitigem Vertrauen in Kompetenz und Leistungsfähigkeit und der Beachtung der jeweiligen Möglichkeiten gelingen. Innerhalb der Universität wird der Erfolg

aller Mitglieder ebenso wie der Institute oder der Fakultäten nicht zuletzt davon abhängen, dass die Gesamtuniversität vital und die Leitung der Universität zum Wohle aller Universitätsmitglieder und -teile handlungsfähig bleibt. Das Einknicken der Universitäten gegenüber dem Nationalsozialismus war sowohl ein Versagen vieler Einzelner als auch ein Versagen der Institutionen. Nach dem Krieg führte das zu einer besonderen Sicherung der Rechte des Einzelnen und im Ergebnis zu einer Überbetonung der Wissenschaftsfreiheit als Individual- und Abwehrrecht zu Lasten der Solidarität gegenüber der Gesamtuniversität. Die Justierung der Balance durch die neuen Hochschulgesetze gibt nun der Gesamtkörperschaft gegenüber dem Einzelnen mehr Wirkungsmöglichkeiten. Dies kommt etwa darin zum Ausdruck, dass die Stellung der Universitätsleitung gestärkt wurde und den Freiheitsrechten des Einzelnen nun klarer ausgeprägte Verpflichtungen, etwa im Rahmen der Lehre auch die Pflicht, Vorbildfunktion für gute wissenschaftliche Praxis zu übernehmen, gegenüberstehen.

Beim Betrachten der Universität aus dem Blickwinkel des Einzelnen beziehungsweise des Instituts oder der Fakultät geht es, ähnlich wie im Verhältnis der Universität zum Staat, um die Entwicklung eines Zusammenwirkens auf der Basis gegenseitigen Vertrauens in die jeweilige Kompetenz und Leistungsfähigkeit einerseits, andererseits um den Respekt vor den Möglichkeiten des Partners und seinen Grenzen. „Frage nicht allein danach, was die Universität für dich tun kann, überlege vielmehr, was du für die Universität tun kannst“, ist eine gute Richtschnur für das Handeln des Einzelnen. Dieses Handeln lebt angesichts des steigenden Wettbewerbsdrucks der Hochschulen untereinander nicht zuletzt auch im europäischen und im weltweiten Maßstab von praktischer Solidarität der Universitätsmitglieder und Universitätsorgane untereinander. Erst auf der Grundlage dieser solidarischen Bindung kann eine Universität die Freiräume bieten, in denen der Einzelne sich voll entfalten kann.

2. Akademische Freiheit versus Pflicht zur Teilnahme an akademischer Lehre, Forschung und Selbstverwaltung

Wichtigster Ausdruck dieser praktizierten Solidarität des Einzelnen mit der gesamten Universität ist die Verpflichtung zur Beteiligung an akademischer Lehre und Forschung sowie an der akademischen Selbstverwaltung. Die Universität ist nicht

alleine Elysium der Selbstverwirklichung im Schutzbereich individueller akademischer Selbstbestimmung. Vielmehr steht die Pflicht zur Verwirklichung der Universitäten durch Lehre und Forschung sowie die Mitwirkung in den Gremien der Universität – vom Senat über die Fakultäten bis hin zur Übernahme betrieblicher Verantwortung in Instituten und lokalen wie überörtlichen Leitungsgremien – der akademischen Freiheit gegenüber und ist geradezu die Voraussetzung für die Sicherung der Individualrechte. Dem entspricht eine Kooperationspflicht in Gemeinschaftsunternehmungen, gerade auch von Älteren, Erfahreneren, mit den Jüngeren und Lehrverpflichtungen, die über das Abhalten von Vorlesungen hinausgehen. Das Vorbild des Lehrers und Forschers prägt den wissenschaftlichen Nachwuchs; die Betreuung von Doktoranden gehört ebenso in den Kanon akademischer Pflichten wie die bereits oben angesprochene Pflicht, Vorbild guter wissenschaftlicher Praxis zu sein. Praktizierte Ethik des Forschens ist wichtiger als manche theoretische Betrachtung zu diesem Thema. Die Besonderheit der Universität als ein Ort und Rahmen gemeinsamen Forschens und Lehrens in Eigenverantwortung grenzt sie ab von kommerziell orientierten Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtungen, die nicht universell beziehungsweise auf konkreten direkten Nutzen ausgerichtet sind. Die institutionelle Freiheit ist jedoch nicht grenzenlos: Sie muss durch effiziente Ausbildung und kreative Forschung gesichert und im Wettbewerb immer wieder neu erworben werden.

3. Disziplinarität versus Interdisziplinarität

Neues entsteht an den Grenzen der Disziplinen: durch Ignorieren, Überschreiten oder Verschieben bisher bestehender Grenzen. Neue Erkenntnisse entstehen eher aus Falsifikationen denn aus Verifikationen.

Wird dies bei der Entwicklung der Curricula oder bei der Forschungsförderung berücksichtigt, sogar begünstigt? Leider ist eher das Gegenteil der Fall. In der Curricular-Entwicklung ist eher vom Kern der Fächer die Rede als von Grenzüberschreitung. Ein schneidig disziplinar vorgetragenes Projekt verspricht Teilhabe an sicherem Erfolg und findet eher den Beifall der Gutachter als Vorhaben, die an unbekannt windigen Grenzen des Faches oder gar der Fächer ansetzen. Eine der größten Herausforderungen für unser Ausbildungs- und Forschungssystem liegt daher darin, das Risiko der Grenzannäherung oder -überschreitung nicht nur zu

akzeptieren, sondern vielmehr zu honorieren und die Übernahme des Risikos damit attraktiv zu machen. Hier liegen große Chancen für arbeitsteilig ansetzende Vorhaben – sowohl in der Lehre als auch vor allem in der Forschung. Graduiertenkollegs und neuerdings -schulen sind auf das Zusammenwirken der Disziplinen ausgerichtet und wollen Grenzgänger anziehen. Sonderforschungsbereiche, große Zentren und Cluster leben von der Arbeitsteilung, vom Zusammenwirken der Disziplinen und den dadurch erleichterten Grenzüberschreitungen.

Interdisziplinarität setzt Disziplinarität voraus; Grenzbereiche und Risiken ziehen auch Scharlatane und Hasardeure an. Nur durch einen intensiven Wettbewerb der Ideen und rigorose Qualitätssicherung kann sichergestellt werden, dass Interdisziplinarität fruchtbar wird und nicht im Genialischen oder gar Unseriösen steckenbleibt oder durch Misserfolge sogar abschreckt. Dennoch: Diejenigen, die Grenzen überschreiten, verändern die enge Welt der Disziplinen, schaffen Neues. Ist es Zufall, dass eine neue Disziplin wie die Bioinformatik anfangs weder von Biologen noch von Informatikern, sondern von Physikern, Virologen und Mathematikern geprägt wurde?

Vornehmste Aufgabe der Verantwortlichen ist hier, die Grenzannäherung und -überschreitung zu ermöglichen, zur Übernahme von Risiken zu ermutigen und die beim ersten Anlauf Gescheiterten zu ermuntern, nicht zu früh zu kritisieren oder gar abzustrafen. Der disziplinäre Mainstream ist zwar ein eher ruhiges und sicheres Gewässer, hat aber noch nie zu neuen Ufern geführt.

II. Grenzannäherung und -überschreitung von außen

1. Formale Grenzen

Die neueren Hochschulgesetze sind nicht mehr primär ein starres Regelwerk, vielmehr erweitern sie bestehende Möglichkeiten und eröffnen Experimentierfelder. So reizt die Möglichkeit, Autonomie durch eine Änderung der Rechtsform zu dokumentieren und zu festigen, zur Überschreitung bisheriger Grenzen. Insbesondere die im Ausland geläufige Rechtsform der Stiftung, vor allem privaten Rechts, lockt mit wirtschaftlicher Eigenständigkeit und großer Entscheidungsfreiheit. Leider sind die deutschen Modelle noch weit entfernt von ihren angelsächsischen Vorbildern. Was etwa die in Großbritannien über Jahrhunderte gewachsenen Vermögen einzelner Colleges in Oxford

und in Cambridge ermöglichen, ist Utopie für Universitäten in Deutschland, die ohne substanzielle Vermögenserträge eher unter den Lasten ihres ja gebundenen Immobilienvermögens, dem vor allem renovierungsbedürftigen Gebäudebestand, ächzen.

Da aber auch die längste Reise mit dem ersten Schritt beginnt, sind die neu eröffneten Möglichkeiten erste Schritte in die richtige Richtung, nämlich zur Wahrnehmung größerer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung. Die Erfahrungen der ersten Mutigen scheinen ihrer Aufbruchsbereitschaft recht zu geben – es ist Bewegung in die Universitäten gekommen. Dass es noch ein langer Weg ist, sollte nicht vom Aufbruch abhalten.

Vergleichbares gilt für die Reform – bis hin zur Privatisierung – von Universitätskliniken. Auch hier laufen die von viel Skepsis begleiteten ersten Experimente, etwa die Fusion und Privatisierung der Universitätskliniken von Marburg und Gießen; auch in Mainz sind die Vorbereitungen weit gediehen. In einigen Jahren werden alle Beteiligten klüger sein. Dass der Konzentrations- und Rationalisierungsschub, der durch unser Krankenversorgungssystem geht, ausgerechnet am oberen Ende, nämlich vor den Krankenhäusern der höchsten Versorgungsstufe (und das sind in unseren Mittelstädten vor allem die Universitätskliniken) Halt machen wird, glaubt kein Kundiger.

Hier zeigt sich, dass in direkter Konkurrenz mit wirtschaftlichen Unternehmen Handlungs- und Organisationsmuster erforderlich werden, die wettbewerbsfähig sind. Die Ausbildungs- und Forschungsfunktion der Universitätskliniken rechtfertigt nicht, dass die mit Konkurrenten vergleichbaren Kosten der Krankenversorgung mit denen von Forschung und Lehre aufgebläht werden. Trennungsrechnung und Rationalisierung sind Remedien, die ohne hohe Professionalität nicht erfolgreich sein werden.

2. Inhaltliche Grenzen

Von außen werden die Universitäten vor allem durch vielfältige Regelwerke eingegrenzt, die vom Personal- über das Finanzstatut, Beschaffungs- und Bauregeln bis hin zu hoch differenzierten europäischen Bestimmungen – erinnert sei etwa an die Bologna-Regeln – und schließlich Gesetzen wie dem Stammzellimport-, dem Tierschutz- und dem Datenschutzgesetz reichen – um nur einige zu nennen.

Als eindeutig hinderlich für den internationalen Wettbewerb erweisen sich die zu engen Möglichkeiten, hoch qualifiziertes Personal zu gewinnen. Das beginnt auf

der Ebene der Doktoranden, die etwa in den Niederlanden und in Skandinavien bereits als Wissenschaftler bezahlt werden, setzt sich bei den Postdocs fort, die zum Beispiel in der Schweiz deutlich bessere Gehälter beziehen als in Deutschland, und endet bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren, die inzwischen nicht nur in den USA und in der Schweiz Gehälter angeboten bekommen, mit denen nicht einmal mehr die Max-Planck-Gesellschaft und die Großforschungseinrichtungen mithalten können.

Die Forderung nach einem Wissenschaftstarifvertrag ist in der Vergangenheit immer wieder erhoben, jedoch nie erfüllt worden. Der Handlungsdruck steigt, da zum einen nicht genug Naturwissenschaftler und Ingenieure in Deutschland ausgebildet werden, zum anderen auch unsere Konkurrenten, vor allem die USA und Japan, auf die Gewinnung exzellenter Wissenschaftler von außen angewiesen sind. Sich hier auf die intrinsische Motivation vor allem der jüngeren Wissenschaftler zu verlassen, kann auf Dauer nicht gutgehen. Wenn einer Juniorprofessorin der Betriebswirtschaft an einer amerikanischen Universität fast 100.000 Dollar Jahresgehalt geboten werden, wird sie sich mit unter 50.000 Euro in Deutschland nicht zufriedengeben. Die Gehälter der Universitätspräsidenten haben sich in den USA in den letzten Jahren vervielfacht und liegen mittlerweile an etlichen amerikanischen Universitäten über einer Million Dollar im Jahr. Die Markttransparenz ist international so groß geworden, dass sie zukünftig mobilitätsbestimmend werden wird.

Vergleichbares gilt für die anderen Regelwerke, die sich forschungshemmend auswirken: Im Ausland wird immer wieder gefragt, warum Deutschland sich mit engen Regeln im Bereich der Stammzellforschung und im Tierschutz selbst die Hände auf den Rücken bindet. Wenn die Bürgerschaft in Bremen im Wahlkampf die Zuständigkeiten des Bundes- und des Landesgesetzgebers einerseits, der Legislative und der Exekutive andererseits durcheinanderbringt, indem sie sich gegen genehmigte Tierversuche mit Primaten wendet, dann wird das im Ausland mit Staunen und nicht ohne Schadenfreude wahrgenommen. Dass sich die Deutschen auf wichtigen Forschungsfeldern aus der Stammzellforschung verabschiedet haben, wird von den Konkurrenten ebenfalls nicht ohne Häme registriert. Hier zieht der Gesetzgeber den Universitäten und ihren Forschern Grenzen, die international den Wettbewerb für sie deutlich erschweren.

3. Anreize für Grenzüberschreitungen von außen durch Wettbewerb

Bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wurde Wettbewerb vor allem zwischen Systemen wahrgenommen: Osten vs. Westen, Akademie- vs. Universitätssystem, Wettbewerb zwischen Personen, zwischen Nobelpreis und Fields-Medaille. Mit zunehmender Globalisierung und Mobilität der Forschenden und Studierenden rückte Mess- und Zählbares – von Publikationen bis zu Patenten – in den Vordergrund, entwickelten sich Rankings und Ratings, wurden Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen national und international miteinander verglichen. In Großbritannien, den USA, in China wie in Deutschland nahmen sich die Universitäten zunehmend als Konkurrenten wahr und versuchten, ihre Position im Wettbewerb zu verbessern. Zusätzliches Gewicht bekamen die Bewertungen dadurch, dass etwa in Großbritannien durch sogenannte Research Assessment Exercises finanzielle Konsequenzen mit den Bewertungen verbunden wurden. Drittmittel entwickelten sich zum Markenzeichen des wissenschaftlichen Erfolges. Auch in Deutschland setzten die Bundesländer Erfolgsprämien aus (LOM – leistungsbezogene Mittelzuweisung). So war es nur folgerichtig, dass unter der Überschrift „The Scientific Wealth of Nations“ (Bob May, Science 1997) nationale Forschungssysteme miteinander verglichen wurden. Auch die Europäische Union ist mittlerweile in den globalen Wettbewerb um die besten Grundlagenforscher eingetreten und hat im 7. Forschungsrahmenprogramm den European Research Council gegründet, der Förderung für exzellente Forscher aus der ganzen Welt ausschreibt, um sie nach Europa zu locken.

Einen Systemansatz entwickelte Deutschland mit der Exzellenzinitiative. In drei Feldern betreuen DFG und Wissenschaftsrat einen Wettbewerb, der zunächst über fünf Jahre um 1,9 Milliarden Euro geführt wird. Etwa 40 Graduiertenschulen, 30 Cluster und bis zu zehn Exzellenzuniversitäten sollen ausgezeichnet werden. Dieser Wettbewerb hat bereits in der abgeschlossenen ersten Runde zu erheblicher Bewegung in den Universitäten und ihrer Umgebung geführt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bislang noch nicht zusammengearbeitet hatten, haben miteinander Kooperationen verabredet. Die Universitäten haben mit ihren außeruniversitären Partnern ebenso Verabredungen getroffen wie mit Gemeinden und Schulen. Vor allem aber wurden durch die eingesetzten internationalen Gutachter Maßstäbe angelegt, die über die teilweise engen nationalen Standards hinausgingen.

Nach Abschluss der zweiten Runde des Exzellenzwettbewerbs werden alle Beteiligten, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Bund und Länder sowie DFG und Wissenschaftsrat darüber zu befinden haben, wie es weitergeht. Dass der Wettbewerb verstetigt werden soll, ist bereits nach den bisher gemachten Erfahrungen gemeinsame Überzeugung. Sicherlich ist darauf zu achten, dass gerade im Ausland nicht der Eindruck entsteht, Forschungsexzellenz gäbe es in Deutschland nur an einigen wenigen Exzellenzuniversitäten. Besonders wichtig wird die Herstellung eines Fließgleichgewichts von Auf- und Abstieg werden. Die Zyklen dieses Wettbewerbs müssen kürzer als fünf Jahre sein, in den jeweiligen Linien des Wettbewerbs muss substanzielle Dynamik herrschen, jedoch

ohne Kurzatmigkeit oder gar Hektik. Da alle drei Linien langfristig angelegt sind, entsteht so eine Mobilisierung des Wissenschaftssystems, die in ihren Folgen aufmerksam beobachtet und gegebenenfalls durch Modifikationen nachgesteuert werden muss. Bei aller gewollten Schwerpunktbildung und arbeitsteilig angegangenen großen Vorhaben dürfen kleinere Fächer und kreative Individualität nicht auf dem Altar wirklicher oder vermeintlicher Fortschrittsfähigkeit geopfert werden, darf die Exzellenzinitiative nicht in Sackgassen namens Zeitgeist führen. Die Reaktionen aus dem Ausland sind positiv. Dafür sorgen vor allem die eingesetzten Gutachter, die in aller Welt über die Vitalität des deutschen Wissenschaftssystems berichten. Wettbewerb führt so im Ergebnis zu Grenzüberschreitungen – fachlichen wie institutionellen und nationalen Grenzen. Wie sich dieser europäische und globale Wettbewerb mittelfristig auswirken wird, ist in Umrissen gut vorhersagbar, positiv wie negativ: Die Systeme und Einrichtungen, die sich bewusst in und für diesen Wettbewerb positionieren, werden Vorteile haben, diejenigen, die diese Kompetition zu ignorieren versuchen, Nachteile. Das gilt vor allem für die Personalgewinnung. Denn längst ist nicht nur der Kampf um die besten Experten, sondern auch der um die besten Studierenden entbrannt. Es ist nicht nur ein Prestigevorteil, an einer der weltweit anerkannten Hochschulen oder Einrichtungen studiert und gearbeitet zu haben. Begriffe aus der kommerziellen Welt, Branding etwa oder Marketing, sollten nicht kritiklos auf das Selbstverständnis, die Aktionsmuster und die Binnenstruktur von Universitäten mit teilweise jahrhundertalter Tradition übertragen

werden, oder ihnen gar wie ein modisches Gewandt übergestülpt werden. Selbstbewusste Individualität auch institutioneller Prägung ist hier notwendig.

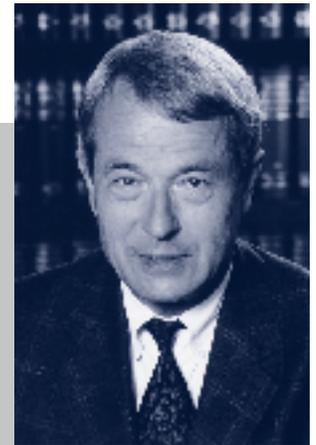
III. ZUSAMMENFASSUNG

Die Welt rings um die Universitäten verändert sich rapide. Wer sich nicht verändert und Bewegung als Gestaltungschance be- und ergreift wird verändert. Zunehmende Vergleichbarkeit nicht nur national, vielmehr europäisch und global, zunehmende Ausrichtung auf die Interessen immer besser informierter Studierender und die Notwendigkeit, die besten Lernenden und Lehrenden im internationalen Wettbewerb zu gewinnen, werden weiteren Ver-

änderungsdruck aufbauen. Deshalb gilt es für das europäische und das deutsche Wissenschaftssystem ebenso wie für die einzelne Universität, die Universität als Ort exzellenter Lehre und Forschung zu erhalten. Es gilt, sie ständig zu erneuern in der Balance zwischen kreativer Individualität und Entfaltung der Forscherpersönlichkeit auf der einen, gelebter Solidarität mit wichtigen Gemeinschaftsanliegen und lebenslanger Zugehörigkeit zu dieser prägenden Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden auf der anderen Seite.

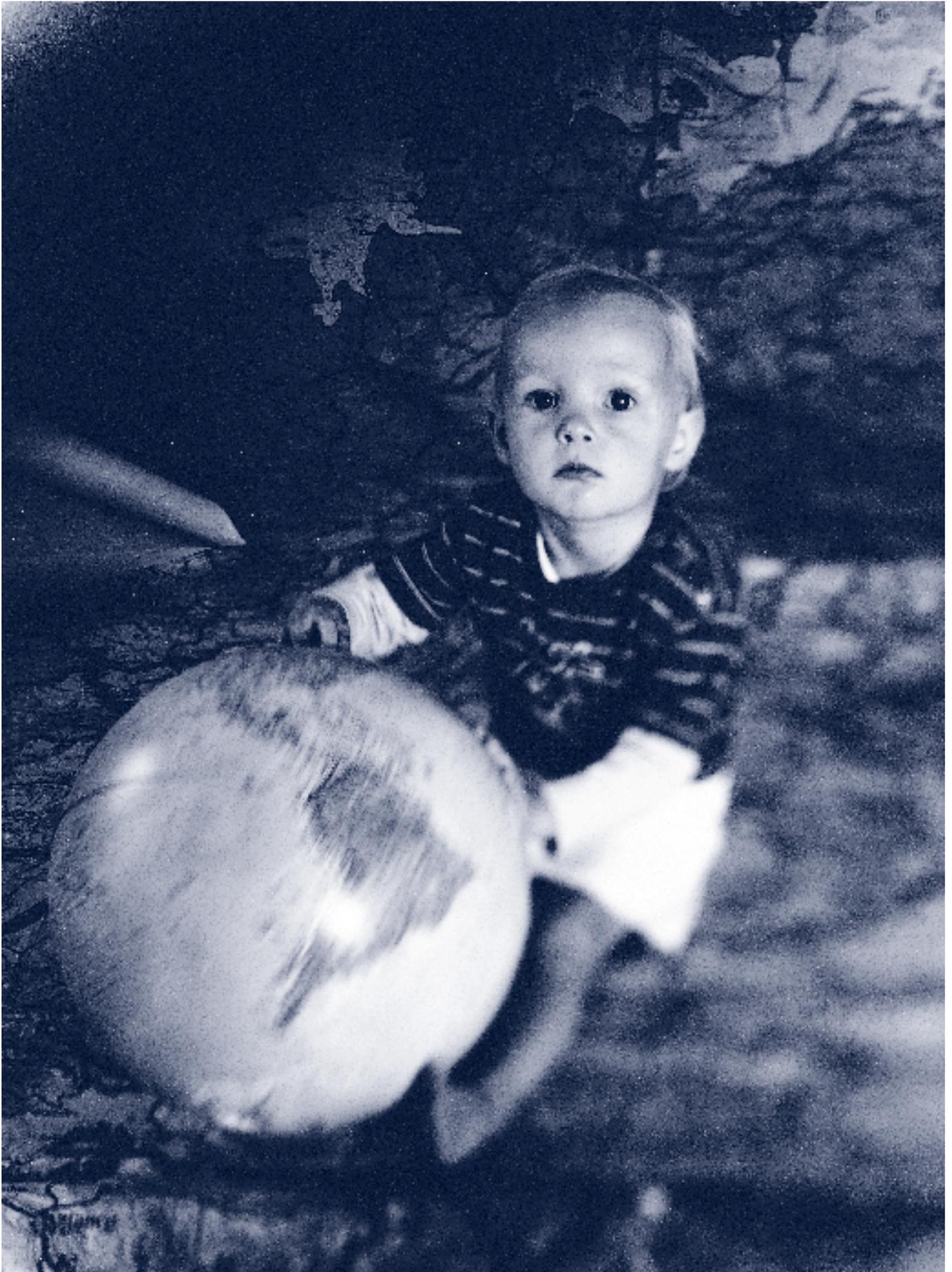
Grenzen des Wissens und Könnens werden ständig verändert. Gerade junge Menschen an den Umgang mit Komplexität heranzuführen, sie an der Überwindung von Grenzen zu beteiligen ist *raison d'être*

der Universität. Grenzen des Wollens und Sollens gegenüber dem Können zu sichern ist andererseits genauso Aufgabe der Universität. In beiden Grenzbereichen muss das Vorbild der Lehrenden und Forschenden lebendig bleiben.



REINHARD GRUNWALD

studierte Rechtswissenschaften in Göttingen und München und erwarb in Berkeley, USA, den Master of Laws (LL.M.). 1974 promovierte er als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Göttingen, anschließend war er zunächst als Assistent der Geschäftsführung, dann als Personalleiter des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Garching tätig. Von 1978 bis 1984 war Reinhard Grunwald Gründungsgeschäftsführer des Deutschen Primatenzentrums (DPZ) in Göttingen, bis 1996 dann Mitglied des Stiftungsvorstands des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg. Seit 1996 ist er Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Dem Universitätsrat der Albert-Ludwigs-Universität gehört er als externes Mitglied an.



Hochschulen in Bewegung

Über das Stiefkind Lehre

von Jan-Martin Wiarda

Als die Heinrich-Böll-Stiftung Ende vergangenen Jahres die Ergebnisse ihres mit Spannung erwarteten „Hochschuldelphis“, einer Befragung von Expertinnen und Experten zu langfristigen Zukunftsentwicklungen, vorstellte, blieben die ganz großen Überraschungen aus. Das Institut Futur der Freien Universität Berlin hatte im Auftrag der Stiftung hunderte Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politik befragt, wie sie sich die Gegenwart der deutschen Hochschulen im Jahr 2030 vorstellen. Die Auswertung der Online-Fragebögen ergab unter anderem, dass die Mehrheit der Befragten in knapp 25 Jahren deutlich autonomere Hochschulen mit präsidialer, am Markt orientierter Leitung erwartet. Zudem werde sich die Hochschullandschaft, so die Prognose der Experten, bis 2030 in forschende und lehrende Hochschulen aufspalten, wobei erstere die Elite ausbilden werde.

Elite von forschenden Hochschulen; autonomere, marktorientierte Universitäten

Die wichtigste Botschaft des Hochschuldelphis war indes eine ganz andere: Nach weit über 20 Jahren des relativen Stillstands und konzeptioneller Sprachlosigkeit wird

an deutschen Hochschulen überhaupt wieder über die Zukunft nachgedacht, werden Ideen und Visionen für leistungsfähige Orte des Lernens entwickelt, auf der Ebene einzelner Institutionen genauso wie auf der Ebene der Bildungspolitik. Der Hochschulstandort Deutschland ist in Bewegung geraten, und die Gründe dafür sind vielfältig: Der Bologna-Prozess fordert die Umstellung aller Studiengänge auf die neuen, europaweit gültigen Abschlüsse Bachelor und Master. Gleichzeitig haben der Pisa-Schock und die hoffentlich endgültig überstandene Wirtschaftskrise ein Gefühl für die Verwundbarkeit eines ganzen Bildungssystems geschaffen, ein Bewusstsein dafür, dass nur Wandel und Anpassung unseren Wohlstand dauerhaft sichern können.

Stiefkind Lehre

Nirgendwo lässt sich das Wechselspiel jahrzehntelanger Unbeweglichkeit und hoffnungsvollen Aufbruchs gegenwärtig besser ablesen als am Zustand der Lehre an den Hochschulen. Lange, viel zu lange war sie das Stiefkind deutscher Universitätsprofessoren, nicht lohnend für die Karriere und wenig attraktiv angesichts überlaufener Hörsäle. Das Durchschnittsalter deutscher Hochschulabsolventen stieg bis Mitte der 90er Jahre auf fast 30 Jahre, die Abbrecher-

quoten in einigen geisteswissenschaftlichen Fächern erreichten 70 Prozent. Doch der Beginn des Bologna-Prozesses hat den Beginn eines zwangsläufigen Umdenkens markiert, das in jüngster Zeit durch eine Reihe von Initiativen aus Wissenschaft und Politik an Tempo gewonnen hat. Noch dieses Jahr soll es nach Vorstellungen des gegenwärtigen Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Berlins Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD), eine erneute Exzellenzinitiative geben, diesmal jedoch für den Bereich der Lehre. Der Wissenschaftsrat hat in einer viel beachteten Empfehlung die Einrichtung sogenannter Lehrprofessuren vorgeschlagen, um herausragenden Hochschullehrern endlich auch gleiche Karrierechancen wie begabten Forschern einzuräumen. Baden-Württemberg wird die Empfehlung als erstes Bundesland wohl noch in diesem Jahr umsetzen. Schließlich stiften Landesregierungen wie auch zahlreiche Hochschulen im ganzen Land attraktive Lehrpreise, die besonderes Engagement und Kreativität im Interesse der Studierenden belohnen sollen. Jede Maßnahme an sich mag nicht der große Wurf sein, im Zusammenspiel werden sie jedoch die Hochschullandschaft grundlegend verändern – und dies zu Recht: Da der Teilbereich Lehre immer noch derjenige ist, in dem die gegenwärtigen Zustände am beklagenswertesten sind, sind in ihm auch die größten Umwälzungen zu erwarten.

Vier Trends im Bereich Lehre

Insofern macht es Sinn, den Blick in die Zukunft, die Auseinandersetzung mit möglichen Entwicklungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte auf diesen Teilbereich zu beschränken. Vier Trends sind aus meiner Sicht bereits erkennbar und werden sich in naher Zukunft sogar noch verstärken: 1. Die Einführung von Studiengebühren wird zu einer weniger hierarchischen Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden führen. 2. Angesichts des wachsenden Selbstbewusstseins der Lernenden müssen sich die Hochschulen noch weit mehr als heute als Marken präsentieren, um im Wettbewerb bestehen zu können. 3. Der demografische Wandel und die Alterung der Gesellschaft führen dazu, dass das Schlagwort „lebenslanges Lernen“ endlich mit Inhalt gefüllt wird. Ein vierter Trend folgt als Prognose aus den drei zuvor genannten: Campus-Universitäten werden auch in Deutschland eine Blüte erleben, oder anders ausgedrückt: Das gesamte architektonische, räumliche und soziale Konzept der Hochschulen wird sich verändern.

Gerade der vierte Trend bedarf einer ausführlichen Erklärung. Voraussetzung dafür ist jedoch, sich die drei zuerst genannten Entwicklungen noch einmal genauer anzuschauen.

1. Eine neue Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden

Sechs Bundesländer haben Studiengebühren bereits eingeführt, die Entwicklung hin zur Campus-Maut scheint seit dem Studiengebühren-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Anfang 2005 nicht mehr aufzuhalten zu sein. Politisch und gesellschaftlich gibt es eine Reihe guter Gründe für und wider die Gebühren. Die Debatte kann hier aus Platzgründen nicht noch einmal nachgezeichnet werden. Was jedoch viele Beobachter, übrigens auch einige verantwortliche Landespolitiker, verwundert hat, ist der relative Gleichmut, mit der die deutschen Studierenden das Bezahlstudium hingenommen haben. Größere Proteste sind trotz einiger Ansätze im vergangenen Sommer ausgeblieben, Gebührenboykotts scheiterten am Desinteresse der Studierenden. Zieht man die Ergebnisse der letzten Shell-Jugendstudie wie auch anderer regelmäßiger Umfragen wie der Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks zu Rate, ist das Verhalten der Nachwuchsakademiker keineswegs mehr so verwunderlich. Es ist eine

deutlich wertkonservativere Generation junger Menschen, die an die Hochschulen strömt, geprägt von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und einer neuen Leistungsbereitschaft. Sie sind, zumindest im AstA-Sinne, deutlich unpolitischer als ihre Vorgängergenerationen, sie wollen vor allem eines: schnell studieren und gute Noten erzielen. Natürlich ist das eine vereinfachte, stark generalisierte Darstellung hunderttausender Menschen, doch der Trend ist klar: Die meisten Studierenden haben nichts gegen Studiengebühren – solange sie tatsächlich der Lehre zugute kommen und die Studienbedingungen verbessern. Ein ganz neues Selbstverständnis der Studierenden als Fordernde zeichnet sich ab, sie wollen für ihr Geld Leistung von ihren Dozenten, genauso wie diese Leistung von ihnen fordern.

Eine ausgewogenere Beziehung ist die Folge, wobei die häufig gebrauchte Umschreibung von Studierenden als „Kunden“ nicht wirklich geeignet erscheint. Es handelt sich wohl mehr um eine Partnerschaft, die Bindung an die Hochschule wird durch die Gebühren gestärkt, die Studierenden brauchen ihre Uni und die Uni braucht ihre Studierenden. Die zunehmende Bedeutung von Uni-Rankings unter studierwilligen Abiturienten zeigt es schon heute: Am erfolgreichsten werden jene Hochschulen sein, die die besten Betreuungs- und Studienbedingungen anbieten, deren Professoren am ehesten bereit sind, sich für eine herausragende Lehre zu engagieren und sich auf die Bedürfnisse der Studierenden einzulassen. Voraussetzung hierfür ist natürlich, dass die immer noch bescheidene örtliche Mobilität der Studienanfänger endlich steigt. Die Chancen dafür stehen jedoch gut, je stärker die Anreize zum Ortswechsel um einer besseren Hochschulbildung willen zunehmen.

Die zunehmende Bedeutung und gesellschaftliche Anerkennung guter Lehre ist eine neue Chance für kleine und weniger forschungsstarke Hochschulen, sich neben den großen, forschungsintensiven Universitäten zu positionieren. Die Mehrheit der Studierenden wird nach anwendungsbezogenen Studiengängen fragen, was den Fachhochschulen neue Möglichkeiten eröffnet. Die Bologna-Reform beschleunigt diesen Prozess, da eine horizontale wie auch eine vertikale Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen möglich wird: So können forschungsintensive Universitäten und Fachhochschulen nebeneinander existieren und erfolgreich sein. Für beide Bereiche gibt es eine Nachfrage, gute Lehre wird jedoch von beiden verlangt werden, und so wird es zwangsläufig nicht nur Gewinner geben, sondern auch Verlierer, so-

wohl auf Seiten der Universitäten wie auf Seiten der Fachhochschulen.

2. Die Hochschulen werden zu Marken

Das neue Anspruchsdenken der Studierenden führt dazu, dass sich die Hochschulen ganz anders präsentieren müssen, um erfolgreich zu sein. Unter Arbeitgebern wird sich sehr schnell herumsprechen, welche Hochschulen gute Lehrbedingungen bieten und folglich die engagierten Studierenden anziehen. Anders formuliert: Die Hochschulen werden zu Marken. Schon heute versuchen sie, einen bestimmten Charakter, ein bestimmtes Leitbild nach außen zu präsentieren. In Zukunft zählt dann für den beruflichen Erfolg nicht so sehr der Abschluss als solches, wie es bislang entsprechend dem deutschen Laufbahndenken der Fall war. Stattdessen wird es sehr viel stärker darauf ankommen, an welcher Hochschule Bewerber ihren Abschluss erworben haben und wie deren Profil zu den Vorstellungen des Arbeitgebers passt. Damit wird Wirklichkeit, was manchen als Gewinn, anderen hingegen als Schreckensbild erscheint: Es wird Universitäten erster und zweiter Klasse geben – eine Fortschreibung der Entwicklung, die spätestens seit dem überaus erfolgreichen Abschneiden der süddeutschen Universitäten beim Exzellenzwettbewerb absehbar ist.

Voraussetzung für echten Wettbewerb ist allerdings, dass Studienplätze auch dort entstehen dürfen, wo sie gebraucht werden – und auch künstlich verknapppt werden dürfen, etwa um in einzelnen Fachbereichen besonders gute Betreuungsbedingungen anzubieten. Unter dem derzeit gültigen Kapazitätsrecht, das eine gleichmäßige und vollständige Auslastung aller Studienplätze nach einem genau festgelegten Schlüssel festlegt, ist das kaum vorstellbar. Darum muss und wird das Kapazitätsrecht fallen.

3. Der demografische Wandel wird zur Herausforderung

Interessanterweise sehen sich die Hochschulen gleichzeitig mit zwei sehr gegensätzlichen Entwicklungen konfrontiert: Auf der einen Seite führt die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur und die weit fortgeschrittene Aushöhlung der Wehrpflicht zu immer jüngeren Studienanfängern. Das Durchschnittsalter der Studierenden im Erststudium sinkt auch dadurch, dass die Studienreform die Abbrecherquoten senkt und die Studiendauer verkürzt. Gesamtstaatlich hingegen gehen in Deutschland und Europa gesellschaftliche Alterungsprozesse vorstatten, die eine neue Definition von Arbeiten und Lernen erfordern.

Die Europäische Union spricht schon seit längerem in allen Hochglanzbroschüren vom „lebenslangen Lernen“ als Konzept für die Zukunft, und tatsächlich scheint Bologna auch hier die richtigen Antworten zu bieten. Mehr und mehr Menschen werden in einer späteren Lebensphase an die Hochschulen zurückkehren und vor allem Masterprogramme belegen, um sich beruflich umzuorientieren oder weiterzuentwickeln. Finanziell vorausschauende Hochschulen werden daher bereits jetzt ihr Weiterbildungsangebot stark erweitern, da sie in diesem Bereich in absehbarer Zeit eine Menge Geld verdienen werden. Für die neue Generation junger Studienanfänger wird die Hochschule gleichzeitig eine ganz andere Rolle spielen als für ihre weitaus älteren und auch reiferen Kommilitonen in der Vergangenheit: Da sie kürzer und intensiver studieren, werden das Studium und, geografisch betrachtet, die Universität für sie stärker als in der Vergangenheit in den Mittelpunkt ihrer sozialen Aktivitäten rücken, ähnlich wie es heute in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien bereits der Fall ist. Und die Lehre wird zumindest im Bachelorbereich zwangsläufig wesentlich verschulter und noch stärker am Orientierungsbedürfnis junger Menschen ausgerichtet sein, als manche Bologna-Kritiker es befürchten und die Befürworter es erhoffen.

Natürlich kann niemand mit Sicherheit voraussagen, ob alle Entwicklungen tatsächlich so eintreffen werden wie beschrie-

ben. Viele der genannten Anzeichen sprechen jedoch dafür. Entsprechend muss man gedanklich nur noch einen Schritt weitergehen, um die Schlussfolgerung aus diesen Trends zu ziehen: Die Universität der Zukunft hat einen deutlich stärkeren Campus-Charakter, als ihn die meisten deutschen Universitäten derzeit zu bieten haben. Die zunehmende Identifikation der Studierenden mit ihrer Hochschule, ihre Jugend und die Präsentation der jeweiligen Hochschule als eine einheitliche Marke fördert das engere Zusammenspiel ihrer Teilbereiche und auch die räumliche Konzentration, um ein wirkliches Leben, vor allem aber ein attraktives Lehrangebot auf dem Campus zu ermöglichen. Durch die Stadt verstreute Institute werden die geforderte Integrationsleistung kaum erbringen können. Für die großen Universitäten in den Metropolen bedeutet das in den meisten Fällen zumindest eine deutliche Verringerung und, wo möglich, Konzentration der Standorte und ihre bessere Vernetzung untereinander.

Damit, und nur damit werden die Universitäten die Bedürfnisse der jungen Studierenden befriedigen, hochwertige Lehre und Betreuung anbieten können und am Ende erfolgreich sein können. Man kann es bedauern oder begrüßen: Ihr Bachelorstudium werden die meisten Studierenden in Zukunft noch mehr als eine Verlängerung der Jugend und der Schulzeit begreifen – und weniger als eigene Phase des Erwachsenseins, die in der Vor-Bologna-Vergangenheit den unschlagbaren Reiz hatte, dass man sie beliebig verlängern konnte und sich gleichzeitig nicht allzu oft im Hörsaal blicken lassen musste. Und so

wie das Studium nicht mehr das gleiche bleibt, so werden sich auch die Universitäten verändern. Sie tun es ja bereits.

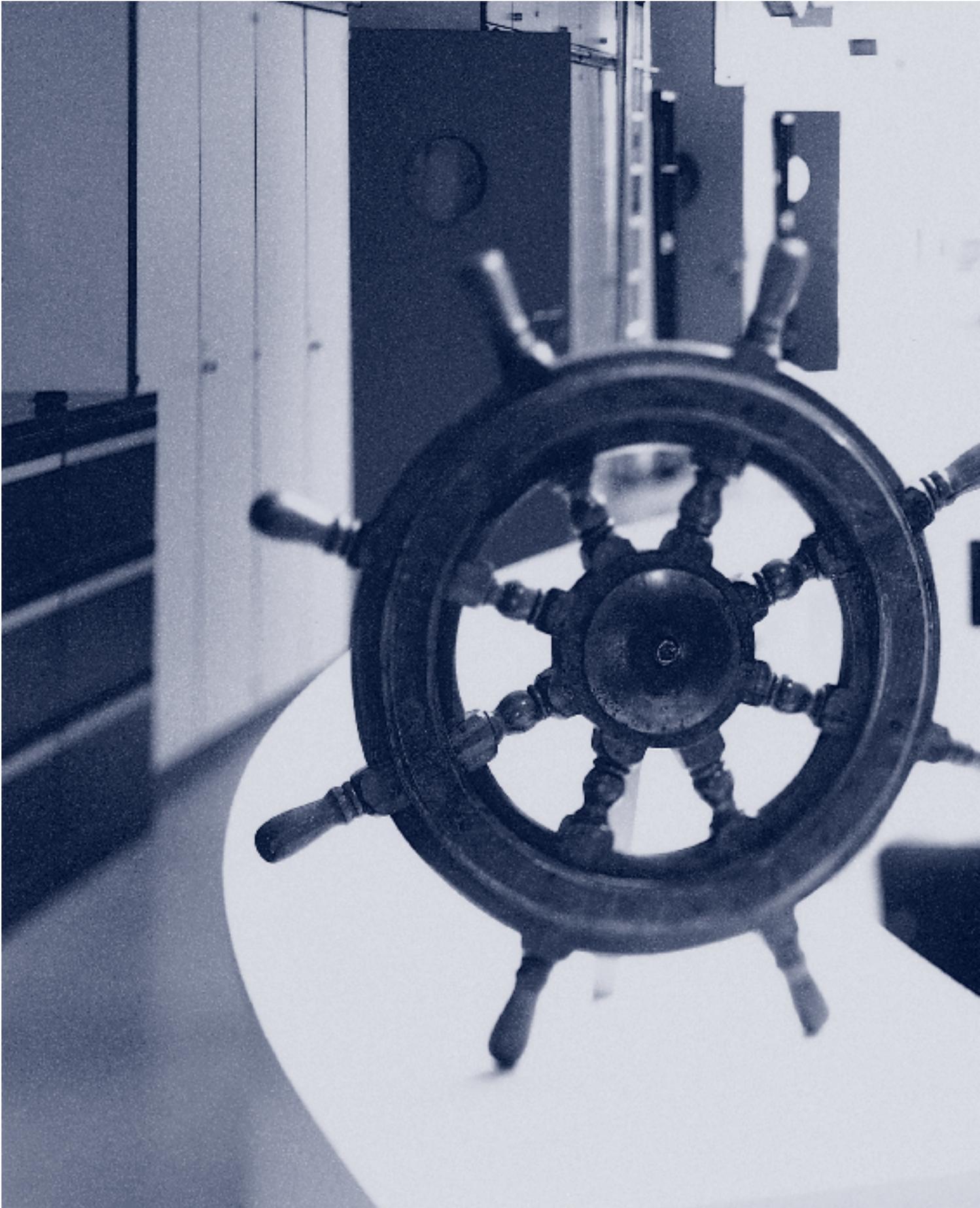
Eine neue Dynamik in der deutschen Hochschullandschaft

Das entworfen Bild der Universität der Zukunft hat stark amerikanische Züge? Mag sein – und wäre auch kein Zufall: Auf absehbare Zeit bleiben die guten amerikanischen Universitäten die Messlatte. Und das ist der entscheidende Punkt und die größte Herausforderung für die deutsche Bildungspolitik: Es kommt jetzt darauf an, die deutsche Hochschullandschaft so zu verändern, dass bei allem Wettbewerb am Ende nicht nur ein paar wenige gute Institutionen übrigbleiben, ein paar Stars sozusagen, sondern dass auch die „Verlierer“ immer noch annehmbare Studienbedingungen bieten. „Annehmbar“ hieße in diesem Fall: mindestens so gut wie das heute immer noch weit verbreitete Mittelmaß. Das wird nicht nur jede Menge Kreativität, Begeisterung und Engagement auf Seiten der Lehrenden erfordern – sondern auch deutlich mehr Geld von Seiten des Staates. Dass die Bologna-Reform bei allen ihren Vorteilen, Chancen und gesellschaftlichen Renditen die durchschnittlichen Ausgaben pro Student und Semester deutlich teurer macht und machen muss, scheint indes noch bei längst nicht allen Bildungspolitikern angekommen zu sein. Es bleibt daher zu hoffen, dass die Politik sich von der neuen Dynamik in der deutschen Hochschullandschaft anstecken lassen wird.



JAN-MARTIN WIARDA,

geboren 1976, studierte Volkswirtschaft, Politik- und Kommunikationswissenschaft in München und Chapel Hill (USA). Das journalistische Handwerk erlernte er an der Deutschen Journalistenschule in München. Seit 2004 ist er Redakteur bei „Chancen“, dem Bildungsressort der Wochenzeitung DIE ZEIT. Schwerpunkte seiner Arbeit dort sind die Themenbereiche Hochschulreformen und -entwicklung.





Zukunftskongress, [der -sses, -sse (Methode)]
besonderes Konferenzdesign für heterogene Großgruppen;
in moderierter Form konstruktive Ideen und tragfähige Zu-
kunftsvorstellungen entwickeln in Anlehnung an die Methode
der Zukunftswerkstätten (Kritik – Utopie/Ideen – Realisie-
rung); Aufbruchveranstaltung für weitreichende Zukunfts-
entwicklungen

Aufbruch in die Zukunft

Das Humboldt-Labor – der Freiburger Zukunftskongress

Karl-Reinhard Volz ist seit 2003 Prorektor der Albert-Ludwigs-Universität und als solcher für den Zukunftskongress verantwortlich. Über die inhaltliche Konzeption sprach Eva Opitz mit ihm.

Herr Volz, wie kam es zu der Idee, in Freiburg einen Zukunftskongress zu organisieren?

Volz: Die Idee hängt eng mit dem 550-jährigen Jubiläum unserer Universität zusammen. Ein Jubiläum dient nicht nur dem Blick in die Vergangenheit, sondern ist immer auch Anlass, inzuhalten und zu überlegen, welche Wege in Zukunft eingeschlagen werden. Wir bringen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, die alle ihre jeweilige Perspektive in die Diskussion einbringen. Dadurch erhoffen wir uns einen fundierten, nachhaltigen Dialog, der in konkrete Ideen zum Thema „Universität der Zukunft“ mündet.

Welche Themen stehen im Mittelpunkt?

Volz: Das übergeordnete Thema ist – wie der Titel schon sagt – die Zukunft der Universität. Nicht nur speziell auf Freiburg bezogen, sondern die Institution Hochschule generell betreffend. Dabei steht das Thema „Grenzen“ im Mittelpunkt. Wenn wir herausfinden wollen, wohin wir uns entwickeln, müssen wir uns erst einmal klarmachen, wer wir sind und wo wir stehen. Jeder Workshop beschäftigt sich mit einem bestimmten Feld, in dem die Universität an Grenzen stößt. Zum Beispiel Grenzen nach außen: zur Politik, zur Wirtschaft, zur Stadt. Oder Grenzen nach innen, zwischen unterschiedlichen Disziplinen und Fachbereichen, zwischen Studierenden, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten. Auch ethische Grenzen in der Forschung oder das Verhältnis zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden thematisiert. Wir stellen uns die Frage, warum bestimmte Grenzen existieren, was sie ein- und was sie ausgrenzen und ob sie sinnvoll oder eher störend sind.

Was bedeutet der zusätzliche Titel „Das Humboldt-Labor“?

Volz: Die Diskussionen über die Zukunft der klassischen Universitäten in Europa sind seit knapp zweihundert Jahren mit einem Namen verbunden: dem von Wilhelm von Humboldt. Der Name hat sich dabei längst von den konkreten inhaltlichen Beiträgen der Person gelöst und ist auf eine symbolische Ebene überführt worden. Auf der einen Seite werden die sogenannten Humboldt'schen Ideale – wie die Einheit von Forschung und Lehre – als Vermächtnis hochgehalten, das es für die Universität der Zukunft zu bewahren gilt. Andere sehen die Krise der Universität gerade in diesem Festhalten an aus ihrer Sicht überholten Idealen.

Humboldt hat mit seiner Denkschrift eines der einflussreichsten „Weißbücher“ über akademische Bildung geschrieben. Der Einfluss ergibt sich aber vermutlich viel weniger aus den Inhalten, sondern aus der Diskussion selbst. Insofern kann man das Streben nach den Humboldt'schen Idealen, genauso wie ihre Ablehnung, als Experimentieren mit den räumlichen, strukturellen, funktionalen und ethischen Grenzen der Universität interpretieren. Der Begriff „Labor“ steht für die gedanklichen Experimente, die wir beim Zukunftskongress durchführen wollen. Verschiedene Menschen mit verschiedenen Ideen, Vorstellungen und Perspektiven beteiligen sich, und wir wissen nicht, was dabei herauskommt. Es ist ein völlig offener Prozess – das macht es auch so spannend.

Was versprechen Sie sich vom Zukunftskongress?

Volz: Erst einmal ist es für uns ein Erfolg, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „an einen Tisch“ zu bekommen. Wir versprechen uns davon einen inhaltlich fundierten Dialog. Mit dem Zukunftskongress möchten wir ein offenes Forum zum Ideenaustausch jenseits von festgefügt ideologischen Positionen bieten. Darüber hinaus versprechen wir uns Impulse für die Zukunft – so konkret und so realisierbar wie möglich. Um dahin zu kommen, ist es aber genauso wichtig, Utopien zu entwickeln und „rumsponnen“ zu können. Letztendlich geht es darum, gemeinsame Visionen zum



KARL-REINHARD VOLZ studierte Forstwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität und promovierte nach einer wissenschaftlichen Tätigkeit am Wilhelm-Klauditz-Institut für Holzforschung in Braunschweig 1975 an der Universität Göttingen. Danach arbeitete er bis 1990 in verschiedenen Bereichen der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg, zuletzt als Leitender Forstdirektor. Von 1987 bis 1990 widmete er sich als externer Habilitand einer wissenschaftlichen Analyse der staatlichen Waldankaufpolitik in Baden-Württemberg, eine Untersuchung, mit der er 1990 in München habilitierte. Noch im selben Jahr erhielt Prof. Volz einen Ruf auf den Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte der LMU München. 1994 folgte der Ruf an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, wo er seitdem das Institut für Forst- und Umweltpolitik leitet. Von 1995 bis 1999 war er Studiendekan, im Studienjahr 2002/2003 Dekan der Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften. Seit 2003 ist er Prorektor der Universität Freiburg.

Thema Universität zu entwickeln und den Aufbruch in die Zukunft zu gestalten.

Was ist Ihre persönliche Vision von der Universität der Zukunft?

Volz: Meine Vision von der Universität der Zukunft ist die einer pulsierenden Lehr- und Forschungseinrichtung, in der die Freiheit der Gedanken durch verschiedene kreative Entwicklungsprozesse in den Zustand beständigen Wissens und immer wieder neuer kritischer Reflexion überführt wird. Meine Universität der Zukunft wird in der Lage sein, die kreativen Entwicklungsprozesse in Forschung, Lehre und Wissenstransfer anzuregen und da, wo sie sich entfalten, wirkungsvoll zu fördern. Die dazu eingesetzten Mittel und Strukturen werden sich von den heutigen positiv unterscheiden, die Begeisterung für das Forschende entdecken und die Freude am „Bildungsabenteuer“ des Studiums weit über das derzeitige Maß hinaus steigern.

EVA OPITZ

ist Diplombiologin und Wissenschaftsjournalistin. Seit 2005 arbeitet sie in der Pressestelle der Albert-Ludwigs-Universität. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Redaktionsleitung des Uni-Magazins und die Pressearbeit im wissenschaftlichen Umfeld der Universität.



Auf den folgenden Seiten werden die zwölf Workshops des Zukunftskongresses vorgestellt. Die Texte geben einen Einblick in die jeweilige Thematik, die sich immer mit einem bestimmten „Grenzfeld“ der Institution Universität auseinandersetzt.



qualifizierende experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Schule

von Prof. Dr. Norbert M. Seel, Dr. Patrick Blumschein / Institut für Erziehungswissenschaft

Die Diskussion um die Grenzen in den Beziehungen von Universität und Schule eröffnet drei Fragen:

1. Wie qualifizieren sich Schüler/innen für die Universität?
2. Wie qualifiziert die Universität für das Berufsleben? – Hierbei ist nicht nur der Lehrerberuf angesprochen.
3. Wie qualifiziert sich die Universität für Schüler/innen?

Qualifizierung der Schüler/innen

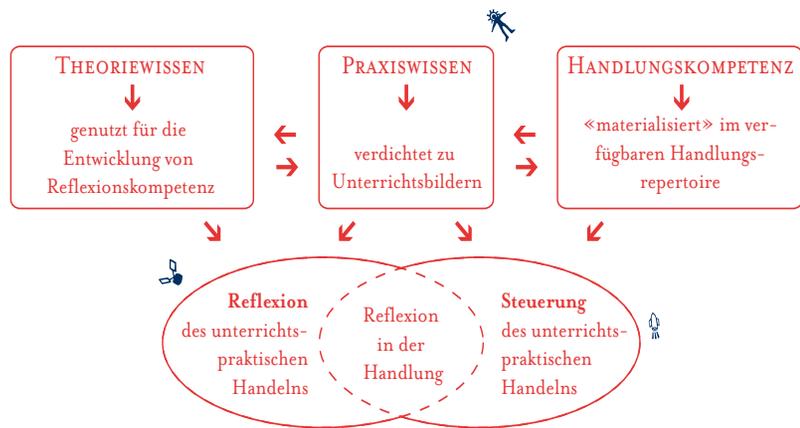
Klagen über eine mangelnde Studierfähigkeit von Schülern gehört seit langem zum Kernbestand der anhaltenden Kritik von Hochschulen am Gymnasium. Doch eine Eins-zu-eins-Abbildung von Schul- und Studienfächern hat es sowieso noch nie gegeben. Die Universität darf einerseits nicht zu hohe fachliche Vorqualifikationen der Studienanfänger einfordern, andererseits aber notwendige Basiskompetenzen nicht vernachlässigen. Was aber sind die fachspezifischen und allgemeinen Kompetenzen, die die Universität benötigt? Wie kann die Universität besser als heute über ihr Fächerangebot und die jeweils geltenden Studienanforderungen informieren?

„... die Uni informiert die Schüler nicht, bevor sie studieren, ... daher wissen die Bewerber gar nicht, ob sie das, was sie wählen, auch wirklich wollen und können ...“

(Kommentar eines Schülers, 2007)

Qualifizierung der Lehrpersonen

Die Grenzziehung zwischen Universität und Schule kann bei Bezugnahme auf die Qualifizierung von Lehrpersonen durch die Universität durch ein



unstillbares Verlangen nach Praxisbezug charakterisiert werden. Hier sollte gefragt werden, was die Phase der universitären oder hochschulischen Lehrerbildung leisten kann und was nicht. Welches Wissen kann und welches soll vermittelt werden? Wie wird dieses Wissen verwendet?

Da Können – vor allem auch pädagogisches Können – nur im Vollzug und im Kontext zahlreicher konkreter Handlungen zu erwerben ist, kann eine Hochschule nur bedingt zu ihrem Aufbau beitragen. Dieses könnte durch forschungsorientiertes Lernen besser als heute realisiert werden.

Qualifizierung der Universität

Die Universität hat nicht nur zukünftige Lehrer für ihren Beruf zu qualifizieren. Für welche Berufe sie qualifizieren kann, bleibt vielen Schüler/innen verborgen. Trotz der Einführung von BA- und MA-Studiengängen ist oft unklar, wofür diese Ausbildungen qualifizieren oder was daran neu sein soll. Braucht die Uni die Akkreditierung ihrer Studiengänge und mehr Werbung? Wie soll das geschehen?

Bei einer Informationsveranstaltung, an der der Zweitautor teilnahm, konnten folgende Stimmungen von Schüler/innen, Lehrer/innen und Wirtschaftsvertretern aufgenommen werden:

„Die Uni verkauft sich schlecht ... Die Uni sagt nicht, was sie kann und warum man da hin soll ... Die Uni sagt nicht, was wir später dann konkret mit einem Studienabschluss tun können ... Die Uni sagt nicht, welche Jobs man danach machen kann und garantiert das nicht ... Die Uni umwirbt die Schüler nicht, die Uni ist zu stoffelig und träge und arrogant und hochnäsiger, ... Die Uni hat überhaupt keinen Plan von der Welt außerhalb ihres Elfenbeinturms, ... Die Uni müsste systemischer denken und ihre Reformanstrengungen auch an andere Institutionen andocken bzw. die Grenzen hierzu ebenfalls bedenken, ... Die Uni ist unattraktiv und weit weg ... die Uni verliert das Rennen um die besten Köpfe ...“

Was muss sich an der Universität verändern, damit sie das Rennen um die besten Köpfe gewinnt?

Wie kann die Universität ihr System so stärken, dass sich ihre Grenzen eindeutig definieren?

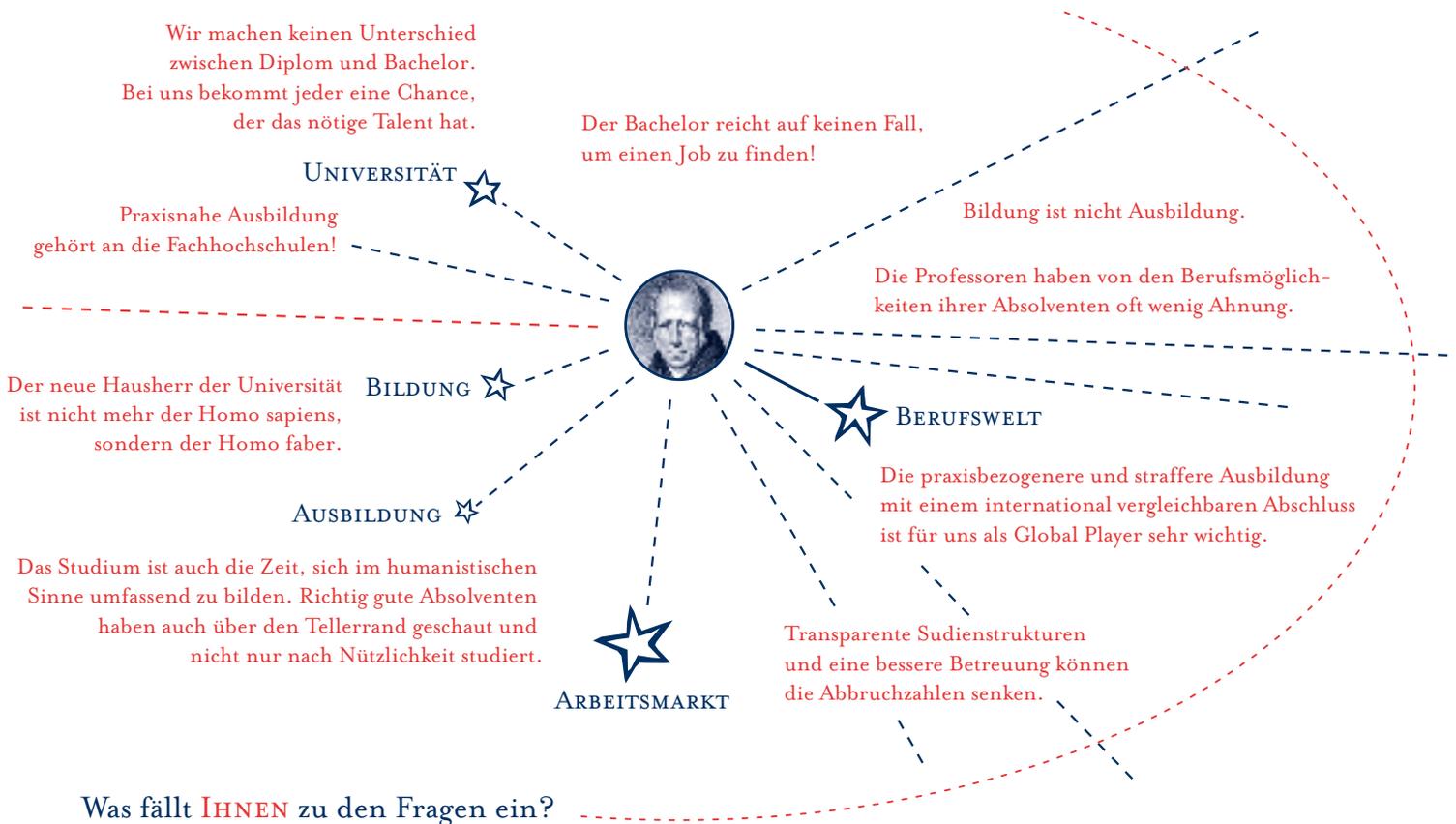


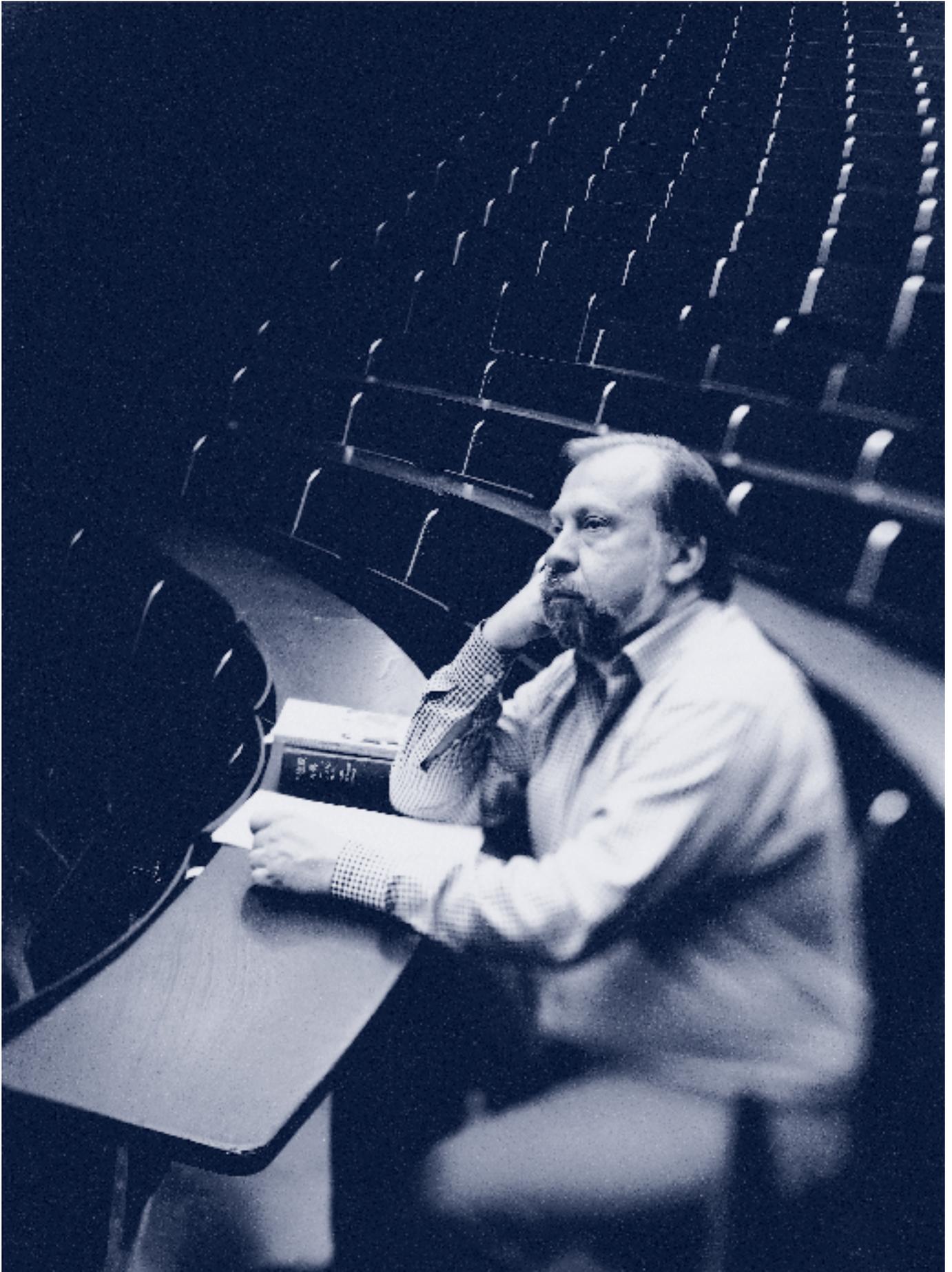
berufliche experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Berufswelt

von Michael Borchardt / Geschäftsführer Career Center der Universität Freiburg

Wo bleibt die Freiheit von Forschung und Lehre? Für wen soll ich ein Leben lang lernen? Fachkräftemangel: Wer kann das Problem lösen? Soll die Universität praxisorientiert bilden? Welchen Zweck erfüllt ein Studium? Germanistik oder Maschinenbau – wofür soll ich mich entscheiden? Wie sieht der ideale Absolvent aus? Was bringen Master und Bachelor? Fachhochschule oder Universität – wo liegen eigentlich die Unterschiede?





Lebenslange experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Gesellschaft im demografischen Wandel

von Christian Dries, Workshopleitung: Prof. Dr. Hermann Schwengel / Institut für Soziologie

Alten-Uni? – Ja, aber...!

Im Jahr ihres 550-jährigen Bestehens feiert die Freiburger Universität sich selbst – und wird nachdenklich. Ein „Zukunftskongress“ soll klären helfen, wo künftig ihre Grenzen liegen, denn, so heißt es in der Einladung, „nur Grenzen schaffen Identitäten. Sie grenzen ab, was anders ist und definieren dadurch erst das Eigene.“ Keine leichte Aufgabe. Sind doch die Grenzkonflikte heftiger geworden, seit die Alma mater alles und jeden zur Brust nehmen soll: Mehr Studenten soll sie ausbilden und vor allem bessere, exzellent soll sie sein, ein Ort der Ideen, des Gesprächs und der Patente, ein Motor des Wissens, der Wirtschaft und der Bürgergesellschaft gleichermaßen. Und auch noch das: ein Tummelplatz für die Exponenten der alternden Gesellschaft.

Wer kennt sie nicht, die weißhaarigen Seminaristen der dritten Lebenshälfte, die dem verdutzten Historiker bereitwillig erklären, wie es in Stalingrad „wirklich“ gewesen sei? Oder die geisthungrigen „Hausmütterchen“, die philosophische Lesekurse mit Biografiearbeit verwechseln? Höchste Zeit also für eine Grenzziehung!

Vorneweg: Nichts gegen die Alten an sich. Die Unkultur der Altersdiskriminierung (und ihre Schattenseite, der Jugendlichkeitswahn) haben schon zu viel Schaden angerichtet. Wie sehr wir auf das Wissen und die Lebenserfahrung der Alten angewiesen sind, müssen wir Kinder der beschleunigungssüchtigen Spätmoderne mit eingebautem Frühverrentungsreflex erst wieder lernen. Dennoch: Die Universität ist keine Altenbildungsanstalt. Man überfordert sie damit. Ihr Kerngeschäft ist die (Aus-)Bildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der jungen Ökonomen, Mediziner, Lehrer und Juristen. Namhafte Hochschulreformer plädieren dafür, die Studiengänge der drei letztgenannten Professionen lieber an Fachhochschulen auszulagern. Wie viel mehr gilt das erst für die Spätberufenen! Denn um echte Ausbildung, die auf eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt vorbereitet, geht es den Seniorstudenten ja nicht. Sie wollen sich nicht aus-, sondern – im Humboldt'schen Sinne – weiterbilden. Universitas just for fun sozusagen. Die Universität reagiert auf dieses nachvollziehbare Bedürfnis, indem sie gedankenlos ihre Türen öffnet. Doch weder die Lehrenden noch die Studierenden – und auch nicht die Alten! – sind darauf wirklich vorbereitet. Wie auch? Weder bewilligt das zuständige Ministerium zusätzliche Studienplätze für die greisen Gäste noch sind die Lehrenden, in der Mehrzahl didaktisch unerfahrene Doktoranden, auf gehobene Erwachsenenbildung eingestellt. Und die eigentlichen Adressaten von Vorlesung und Seminar reagieren genervt oder

einfach nur befremdet. Denn Alte und Junge verfolgen unterschiedliche Ziele, sind unterschiedlichen oder eben gerade keinen Zwängen mehr unterworfen, pflegen verschiedene Lernkulturen und einen anderen Umgang mit Lebenszeit. Statt zukünftig im Kernland der Studierenden ein breites Orchideenfeld der müßigen Alten anzulegen, sollte die Universität deshalb behutsamer und produktiver zugleich vorgehen: mit funktionaler Entdifferenzierung. Auf der einen Seite muss die Universität dankbar und gastfreundlich sein gegenüber jenen Alten, die – fest im Berufsleben verwurzelt – in die Hörsäle und Labors zurückstreben, um mit dem abgenutzten Schlagwort vom lebenslangen Lernen Ernst zu machen. Für diejenigen aber, die Bildung um ihrer selbst willen suchen, sollte die Universität lieber, wenn überhaupt, ein eigenes Angebot schaffen, also mit Ausprägung statt Öffnung reagieren. So könnte es in jedem Institut ein Altenseminar geben, das die ungenutzten Diensträume und die leerstehenden Hörsäle in den offiziellen Semesterferien nutzt; in dem Emeriti und außeruniversitäre Praktiker alternative Curricula entwerfen und inmitten der credit point-fixierten Bologna-Universität das hohe Ideal Humboldts pflegen.



persönliche experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – UniversitätsmitarbeiterInnen

von Prof. Dr. Heinz Schüpbach / Arbeitsgruppe Arbeit- und Organisationspsychologie



Über 15.000 MitarbeiterInnen, 9.000 davon am Klinikum, stehen aktuell im Dienst der Universität Freiburg. Knapp 3.000 wissenschaftliche Angestellte, darunter fast die Hälfte Frauen, mit über 1.500 Hilfskräften sowie an die 1.000 DozentInnen unterstützen die rund 400 Professuren in Forschung und Lehre – von denen nach wie vor erst jede siebte mit einer Frau besetzt ist. 8.600 Mitglieder des nichtwissenschaftlichen Personals, ungefähr 1.500 davon in der Verwaltung und 3.000 als Pflegekräfte im Klinikum, stehen dem wissenschaftlichen Dienst zur Verfügung. Angesichts dieser Zahlen wird verständlich, dass die klassische Universität ihre kleinbetriebliche (Personal-)Struktur verloren hat: Größe entwickelt eine andere Dynamik, setzt andere Grenzen, schafft aber auch neue Chancen. Im Rahmen ihrer wichtigsten Aufgaben haben es die MitarbeiterInnen der

Universität wiederum mit Menschen zu tun – sie stehen zu Diensten. Diejenigen, welche diese Dienste in Anspruch nehmen, stellen zunehmend hohe und vielfältige, an internationalen Maßstäben orientierte Anforderungen an die entsprechenden Leistungen. Die Universität muss dafür die notwendigen Freiräume und Voraussetzungen schaffen. Dabei müssen nicht nur die traditionell verhafteten Grenzen in den Strukturen und Vorgaben, sondern auch diejenigen in den Köpfen neu ausgerichtet werden. Die MitarbeiterInnen sind dabei nicht nur aufgefordert, an ihre eigenen Grenzen zu gehen, sie setzen auch Grenzen. Diese liegen im Anspruch, die eigene Gesundheit und das Wohlbefinden wahren, die Fähigkeiten und Kompetenzen einbringen und erweitern sowie das Berufsleben mit anderen wichtigen Lebensbereichen im Gleichgewicht halten zu können. Die Themen und Fragen, welche damit zusammenhängen, sollen einerseits aus der Sicht von ExpertInnen, andererseits jedoch ganz wesentlich auch aus der Sicht der Betroffenen aufgenommen und diskutiert werden. Zu diesen Themen gehören:

Die Veränderung der Aufgabenprofile der verschiedenen Gruppen von MitarbeiterInnen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst;

die Vorstellungen von und Anforderungen an die Führung und Leitung;

das Verhältnis der MitarbeiterInnen in der Verwaltung zu denjenigen in den wissenschaftlichen Einrichtungen;

die kontinuierliche Anpassung an den Wandel durch Qualifizierung und Personalentwicklung;

der Umgang mit international und interkulturell geprägter Vielfalt (Diversity Management);

die Schaffung der Voraussetzungen zur Vereinbarung unterschiedlicher Lebensbereiche (Life Domain Balance).

Im Workshop werden die Themenbereiche mit audiovisuell aufbereiteten Kurzstatements eingeführt, anschließend ergänzt und gewichtet. Im weiteren Verlauf werden die Beiträge aus den verschiedenen im Workshop vertretenen Perspektiven aufgenommen und in ein – vermutlich buntes – Bild der künftigen Beziehung der Universität zu ihren MitarbeiterInnen eingearbeitet.



Räumliche Experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Universitätsstadt

von Prof. Dr. Jörg Stadelbauer / Institut für Kulturgeographie

Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ist stolz darauf, ihren innerstädtischen Standort bis in die Gegenwart bewahrt zu haben. Sie ist mit mehreren Fakultäten im Stadtzentrum präsent, und auch die anderen Standorte sind innerhalb weniger Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Andererseits scheint der moderne Informationsfluss kaum noch räumlichen Grenzen unterworfen zu sein; Kommunikation ist heute mit (fast) jedem Punkt auf der Erde möglich, die Einschränkungen von Raum und Distanz scheinen aufgehoben zu sein. Muss man dann die Universität – sofern sie mehr als nur Institution sein will – in den konkreten Raum einer Siedlung, einer Stadt einbinden? Welche Chancen bietet die Allverfügbarkeit von Informationen, welche die räumliche Einbindung der Universität? Wer ist überhaupt an dieser Einbindung beteiligt? Wie wird sie wahrgenommen? Wie wird sie ausgestaltet? Ist die Universität im Stadtzentrum ein Störfaktor für das Wirtschaftsgeschehen, ist sie Nachfrager für Billigangebote, oder ist sie ein ständiger Impulsgeber mit kreativen Neuerungen? Mit unmittelbarem Bezug auf das Beispiel Freiburg, aber auch vor dem Hintergrund anderer Entwürfe und Erfahrungen soll diesen Fragen nachgegangen werden.

Im Mittelpunkt stehen die folgenden konkreten Fragen, die am Beispiel von Freiburg gestellt werden:

Wie ist es zum dauerhaften Verbleib großer Teile der Universität in der Innenstadt gekommen?

Ist auch künftig eine Einbindung der Universität in die Innenstadt sinnvoll, oder wird dadurch die Expansion des Einzelhandels und anderer zentraler Aufgaben der Stadt behindert?

Welchen Beitrag leistet die Universität zur Wirtschaft einer Stadt, welche Entwicklungspotenziale bestehen in dieser Beziehung?

Führt das bisherige Modell Freiburg (Innenstadtcampus mit Auslegern in anderen Stadtteilen) nicht

notwendigerweise zu einer räumlichen Zersplitterung, die großen Aufwand bei der Distanzüberwindung nach sich zieht?

Wie kann die soziale Einbindung der Universität mit all ihren sehr unterschiedlichen Mitgliedern in die Stadt verbessert werden?

Wie geht eine traditionsorientierte Stadt mit nonkonformistischen Lebensstilen um, die im Umkreis einer Universität entstehen und vielleicht sogar gewünscht sind?

Welche besonderen gestalterischen Anforderungen stellt eine Institution wie die Universität an den Städtebau?

Welche Verbesserungen lassen sich für das Verhältnis zwischen Stadt und Universität identifizieren?

Wie wird sich die Eingliederung der Universität in das Stadtgefüge von Freiburg in 10, 20, 50 Jahren darstellen?

Der Workshop möchte diesen Fragen mit kurzen Impulsreferaten, Statements und ausführlichen Diskussionen nachgehen. Ziel ist es, unter Annahme fortbestehender Rahmenbedingungen eine Zukunftsperspektive für die räumliche Einbindung der Universität in die Stadt zu entwickeln, aber auch eine mögliche Änderung der Rahmenbedingungen zu erwägen und die daraus sich ergebenden Folgen für Stadt und Universität zu skizzieren.





konkurrierende experimente

Grenzen in den Beziehungen

Universität – außeruniversitäre Forschung

von Prof. Dr. Eicke Weber / Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, Freiburg

Die wissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik teilt sich auf in Forschung in den Universitäten, in universitätsnahen Instituten, in außeruniversitären Forschungsinstituten und schließlich in Forschung in der Industrie. Diese Aufteilung hat auf der einen Seite eine Verteilung der insgesamt für Forschung aufgewendeten Mittel und damit eine Schwächung der für die Forschung an den Universitäten zur Verfügung stehenden Beträge zur Folge, auf der anderen Seite führt sie aber auch zu einer oft nützlichen Zusammenarbeit. Dieser Workshop soll in seinen zwei Teilen besonders das Verhältnis Universität – außeruniversitäre Forschung beleuchten: Wie ist die augenblickliche Situation? Was ist zu tun? Die folgenden Bemerkungen des Workshopleiters sollen als einleitende Denkanstöße für die Diskussion verstanden werden, die natürlich nicht auf die hier angesprochenen Themen begrenzt sein wird.

Deutschland ist durch eine besonders reichhaltige Landschaft an außeruniversitären Forschungsinstituten gekennzeichnet. Diese Situation ist ähnlich bei unseren europäischen Nachbarn, zum Beispiel in Frankreich, wo die CNRS und andere staatliche und halbstaatliche Forschungsinstitutionen mit sehr hoher Grundfinanzierung einen wichtigen Anteil der Forschung des Landes außerhalb der Universitäten konzentrieren. Im Vergleich dazu ist die Situation in den Vereinigten Staaten anders: Hier sind ohne Zweifel die Universitäten die Leuchttürme der Wissenschaft. Die Zahl der außeruniversitären, nationalen Forschungsinstitute ist relativ klein und hat im Wesentlichen mit dem Betrieb von Großforschungseinrichtungen zu tun. Eine zentrale Frage des Workshops wird es sein, die Art der Anbindung der außeruniversitären Forschungsinstitute an die lokalen Universitäten zu diskutieren. Da die außeruniversitären Forschungsinstitute oft besser finanziert sind und damit bessere Arbeitsbedingungen bieten können als die Universitätsinstitute, besteht natürlich die Gefahr, dass es zu einer offenen Konkurrenz kommt, in der die besten Studierenden sich erfolgreich um Arbeitsplätze an den außeruniversitären Instituten bewerben. Auf der anderen Seite erhöht die Präsenz von international gut bekannten Forschungsinstituten an einem Universitätsort die Attraktivität dieses Ortes für die besten Wissenschaftler und Studierenden aus aller Welt – ein

nicht zu unterschätzender, die oben beschriebenen Nachteile sicherlich kompensierender Vorteil. Der wichtigste Teil des Workshops wird schließlich in der Diskussion liegen, was im Hinblick auf das Verhältnis von Universitäten zu außeruniversitären Forschungsinstitutionen zu tun ist, um die Situation – besonders in Deutschland – zu verbessern. Eine besondere Rolle könnten dabei die in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel für Forschung in Deutschland spielen: Wie sollten diese Mittel eingesetzt werden, um die Verwendung der finanziellen Ressourcen insgesamt effizienter zu gestalten? Eine wichtige Rolle könnte dabei der Wettbewerb spielen: Fairer Wettbewerb um wesentliche Mittel belohnt die Besten und Innovativsten und kann auch bisher weniger hervorragende Wissenschaftler zu Spitzenleistungen anregen. Diese Denkanstöße sollen die Arbeit des Workshops lediglich anregen und in keiner Weise begrenzen. Wir erwarten, dass die Dokumentation der Diskussionen des Workshops einen Beitrag liefern kann, die Beziehungen zwischen außeruniversitärer Forschung und den Universitäten für beide Seiten zu verbessern und für die Volkswirtschaft insgesamt effizienter zu gestalten.



wirtschaftliche experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Industrie

von Prof. Dr. Thomas Speck / Arbeitsgruppe Biomimetik/Bionik und Biomechanik

Eine zentrale Herausforderung für den HighTech-Standort Deutschland ist die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Industrie. Nur durch die verstärkte Förderung und den weiteren Ausbau erfolgreicher Kooperationen, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Grundlagenforschung bis hin zu auf dem Markt erfolgreichen Produkten abdecken, wird es auf Dauer möglich sein, die Stellung Deutschlands als hoch innovativer Wissenschaftsstandort und erfolgreiche Industrienation zu sichern und zu stärken. Die folgenden, durchaus provokativen Statements von TeilnehmernInnen des Workshops beleuchten dieses Spannungsfeld und sollen als erste Anregungen für die Diskussion im Rahmen des Zukunftskongresses dienen.

„Eine vorausschauende Kooperation in der Forschung zwischen Hochschulen und Industrie sichert langfristig die Innovationskraft am Standort Deutschland ab.“

PROF. DR. RUDOLF STAUBER (*Director Operating Strength and Materials, BMW Group München*)

„Ideen sind nicht das Problem, sondern deren Umsetzung!“

MANFRED RINK (*Leiter Bereich New Business, Bayer MaterialScience AG, Leverkusen*)

„Die Industrie sucht junge, anpassungsfreudige und ortsungebundene, mehrsprachige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit umfassender Berufserfahrung, hoch qualifiziert in verschiedenen Fachdisziplinen, im Alter bis zu 25 Jahren“

DR. WERNER MICHEL (*BU Aerosil & Silanes, Degussa GmbH, Hanau*)

„... schneller, höher, weiter und am besten bis gestern...“

PROF. DR. ANTONIA KESEL (*Leiterin des Internationalen Bionik-Studiengangs an der Hochschule Bremen*)

„Der interdisziplinären Forschung und Entwicklung gehört die Zukunft. Behindert oder fördert die Hochschulstruktur und/oder das professorale Selbstverständnis diese Art der Projektarbeit?“

DR. THOMAS BARTH (*Geschäftsleitung Freudenberg.New Technologies KG, Weinheim*)

„Was Ausbildung und Wissensvermittlung betrifft, sind wir in Deutschland gut aufgestellt. Wenn es um das Umsetzen, das Verwandeln des Wissens in Nutzen geht, müssen wir indes noch viel effizienter werden.“

DR. RAINER ERB (*Wissenschaftsmanager bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt*)

„Wissen schafft Innovationen, Innovationen sichern unsere wirtschaftliche Zukunft.“

PROF. DR. BERNHARD J. ARNOLDS (*Leiter der Zentralstelle Forschungsförderung und Technologietransfer der Universität Freiburg*)

„Ein Industrieprojekt ist, ... wenn die Vertragsverhandlungen länger dauern können als die Pilotstudie.“

DR. OLGA SPECK (*Managerin des baden-württembergischen Kompetenznetzes Biomimetik, Universität Freiburg*)

„Non scholae, sed vitae discimus“ ist bedeutender denn je: Die universitäre Forschung muss den Brückenschlag zur industriellen Anwendung finden und pflegen!“

DR. LUDWIG VOLLRATH (*Geschäftsführer VDI-Gesellschaft Kunststofftechnik, Verein Deutscher Ingenieure, Düsseldorf*)

„Universität und Industrie – oft eine Hassliebe, begründet in den unterschiedlichen Zielen und

Denkmustern. Doch gäbe es diese Unterschiede nicht, würde die Universität ihre Existenzberechtigung verlieren und die Industrie wesentlich an Inspiration.“

DIPL.-ING. ROLAND KEIL (*Projekträger Umweltforschung und -technik beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Bonn*)

„Innovation besteht nicht nur aus einer visionären Idee, sie braucht auch deren Umsetzung und muss zur Wertschöpfung für unsere Gesellschaft beitragen.“

PROF. DR. NORBERT HÖPTNER (*Europabeauftragter des Wirtschaftsministeriums des Landes Baden-Württemberg, Direktor Steinbeis-Europa-Zentrum*)

„Gemeinsam innovativ: Deutschland – Land der umgesetzten Ideen.“

MINISTERIALRÄTIN DR. RENATE FISCHER (*Leiterin des Referats Forschungs- und Innovationspolitik, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg*)

„Von der Fähigkeit, mit Komplexität umzugehen, hängt unsere Zukunft ab, daher müssen alle Disziplinen vereint ihren Beitrag leisten.“

DIPL.-ING. UWE SCHARF (*Leiter Strategic Business Development (SBD), Rittal GmbH & Co.KG, Herborn*)



k(L)eine experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – kleine und mittelständische Unternehmen

von Prof. Dr. Holger Reinecke / Institut für Mikrosystemtechnik

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) beschäftigen einen Großteil der Arbeitskräfte in Deutschland und sorgen für ständige Innovationen, die schließlich am Markt platziert werden. Grundlage dieser Innovationen sind hoch spezialisierte Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen. Kennzeichnend für die KMU sind unter anderem die schnelle Anpassungsfähigkeit sowie die Reaktionsgeschwindigkeit auf Marktveränderungen, die im Wesentlichen auf Wissen und Fähigkeiten einzelner Mitarbeiter und der Unternehmensleitung beruhen. Die globale Verfügbarkeit von Know-how und Fertigkeiten, gepaart mit den teilweise erheblichen Kostenvorteilen in anderen Ländern führt zu einem zunehmenden Wettbewerb, dem nicht zuletzt durch kürzere Innovationszyklen begegnet werden kann. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen KMU und Universitäten im Bereich der arbeitsteiligen Generierung von neuen Forschungserkenntnissen und Innovationen sowie deren Umsetzung in marktfähige Technologien und Produkte könnte sich auf den Erfolg der Partner deutlich positiv auswirken und deren Stärken nachhaltig beeinflussen.

Die Zusammenarbeit zwischen KMU und klassischer Universität ist derzeit auf einzelne Projekte beschränkt. Sollte sich diese Beziehung intensivieren, sind die Hintergründe, die momentan eine erweiterte Kooperation einschränken, zu analysieren und zu beseitigen. Eine große Rolle spielen dabei Barrieren wie die hohe Kontaktschwelle aufgrund der universitären Sonderstellung, die unterschiedliche Terminologie sowie gegenseitige Vorbehalte vor dem vermeintlichen Graben zwischen praktischen Problemen und universitärer Elitelforschung.

Viele potenzielle Barrieren in dieser Zu-

sammenarbeit könnten durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden:

vereinfachte Kontaktaufnahme durch klar definierte Kompetenzprofile mit identifizierbaren Ansprechpartnern auf der Seite der Universität;

Direktansprache der KMU durch die Universität in Form einer systematischen Kommunikation der Wissensbedarfe der KMU;

standardisierte Abläufe zur Erstellung von Verträgen, in denen beiderseitige Rechte und Pflichten geregelt werden;

Transfer von Forschungsergebnissen über gegenseitigen, zeitlich befristeten Personaltausch.

Dazu müssten die gegenseitigen Erwartungen ermittelt und einander angepasst werden. Insbesondere könnte die Reduzierung auf das Verhältnis Auftraggeber/Auftragnehmer zu einem Hindernis für eine konstruktive Zusammenarbeit werden. Die Interessen der KMU hinsichtlich Qualität, Zeit, Kosten und Vertraulichkeit innerhalb einer Forschungskoooperation scheinen den Interessen der Universität an der Publikation wissenschaftlicher Leistungen eines langfristig angelegten Forschungsthemas entgegenzustehen. In beiderseitigem Interesse könnte eine langfristige strategische Verbindung diese Hindernisse überwinden.

Basierend auf einer Potenzialanalyse sollen im Workshop die Ziele von Kooperationen erarbeitet und deren Randbedingungen kritisch erörtert werden. Idealerweise werden innerhalb der entstehenden Leitplanken Modelle für flexible, kurz- und langfristig angelegte Kooperationen zwischen Universität und KMU entwickelt und mit

geeigneten Maßnahmen zur Implementierung hinterlegt.



mächtige experimente

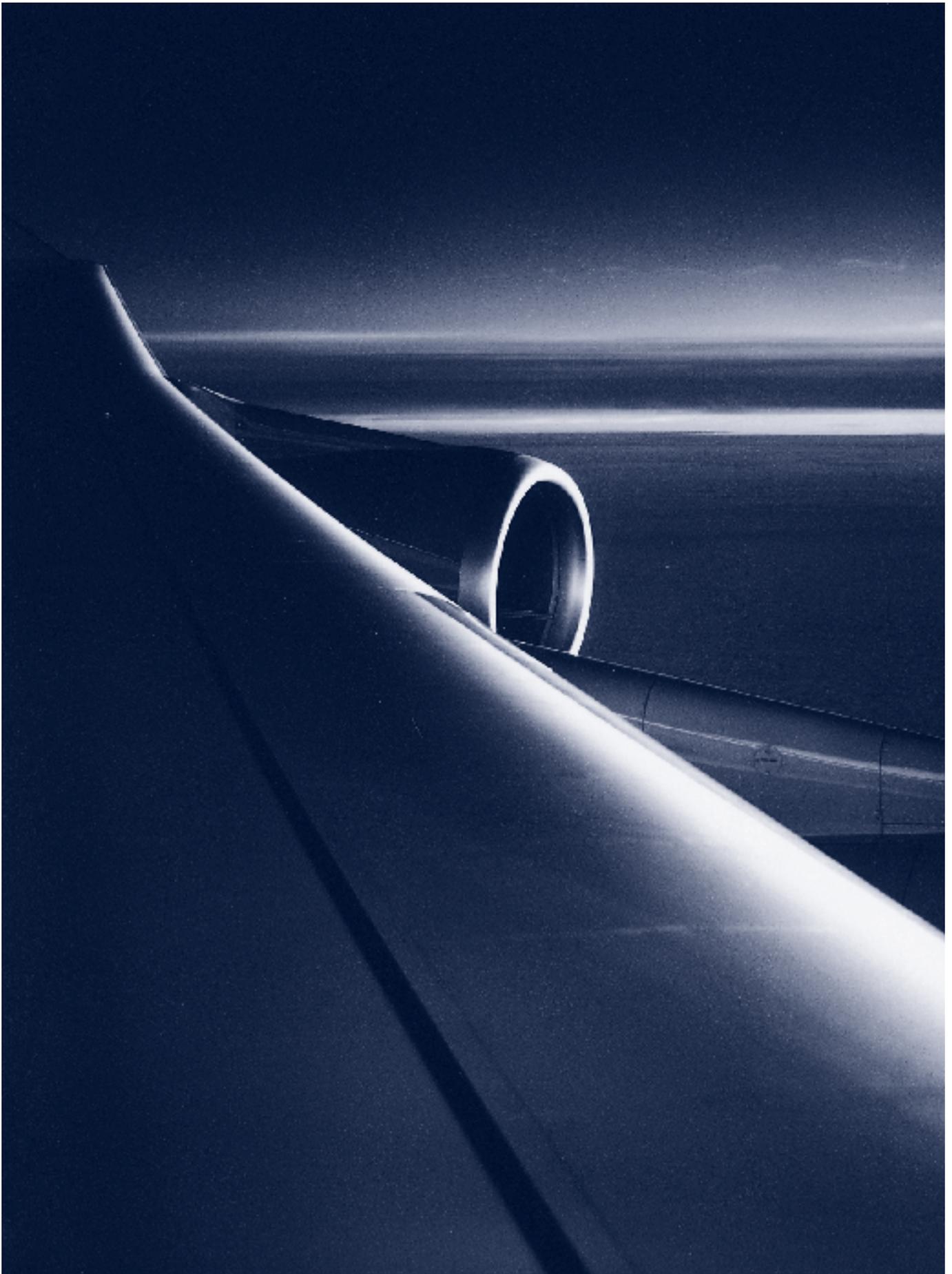
Grenzen in den Beziehungen Universität – Politik/Exekutive

von Prof. Dr. Ulrich Eith, Prof. Dr. Gisela Riescher / Seminar für Wissenschaftliche Politik

Thema des Workshops ist das Verhältnis der Universität zur Politik und Ministerialbürokratie. Hierbei geht es um grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung der Universität, um den notwendigen Freiraum zur Grundlagenfor-

schung und um das wünschenswerte Maß an praktischer Relevanz. In welcher Weise kann und sollte sich die Universität am politischen Entscheidungsprozess, bei der Herstellung der für unsere Gesellschaft verbindlichen Regeln beteiligen?

Die wechselseitigen Vorurteile über die Motive und den Sinn einer engeren Kooperation von Wissenschaft und Politik sind weit verbreitet: „Politiker nutzen wissenschaftliche Expertisen lediglich zur Legitimation der eigenen Vorstellungen“ und „Wissenschaftler betreiben akademische Glasperlenspiele“. Der erste Teil des Workshops thematisiert zunächst die Erwartungshaltung der Akteure aus Politik und Verwaltung. Was ist angemessene, was ist unzulängliche Politikberatung? Welchen Kriterien muss wissenschaftliche Expertise genügen, um den politischen Entscheidungsprozess mitprägen zu können? Der zweite Teil richtet den Blick auf das Selbstverständnis der Universität. Welche gesellschaftlichen und politischen Aufgaben kommen der akademischen Forschung in einer zunehmend komplexer werdenden Welt zu? Welche Voraussetzungen und auch Veränderungen sind notwendig, um der Freiheit von Wissenschaft und Forschung und der gesellschaftlichen Verantwortung der Universität gleichermaßen gerecht zu werden? Kurze Impulsreferate werden die Diskussionen anregen.



internationale experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Ausland

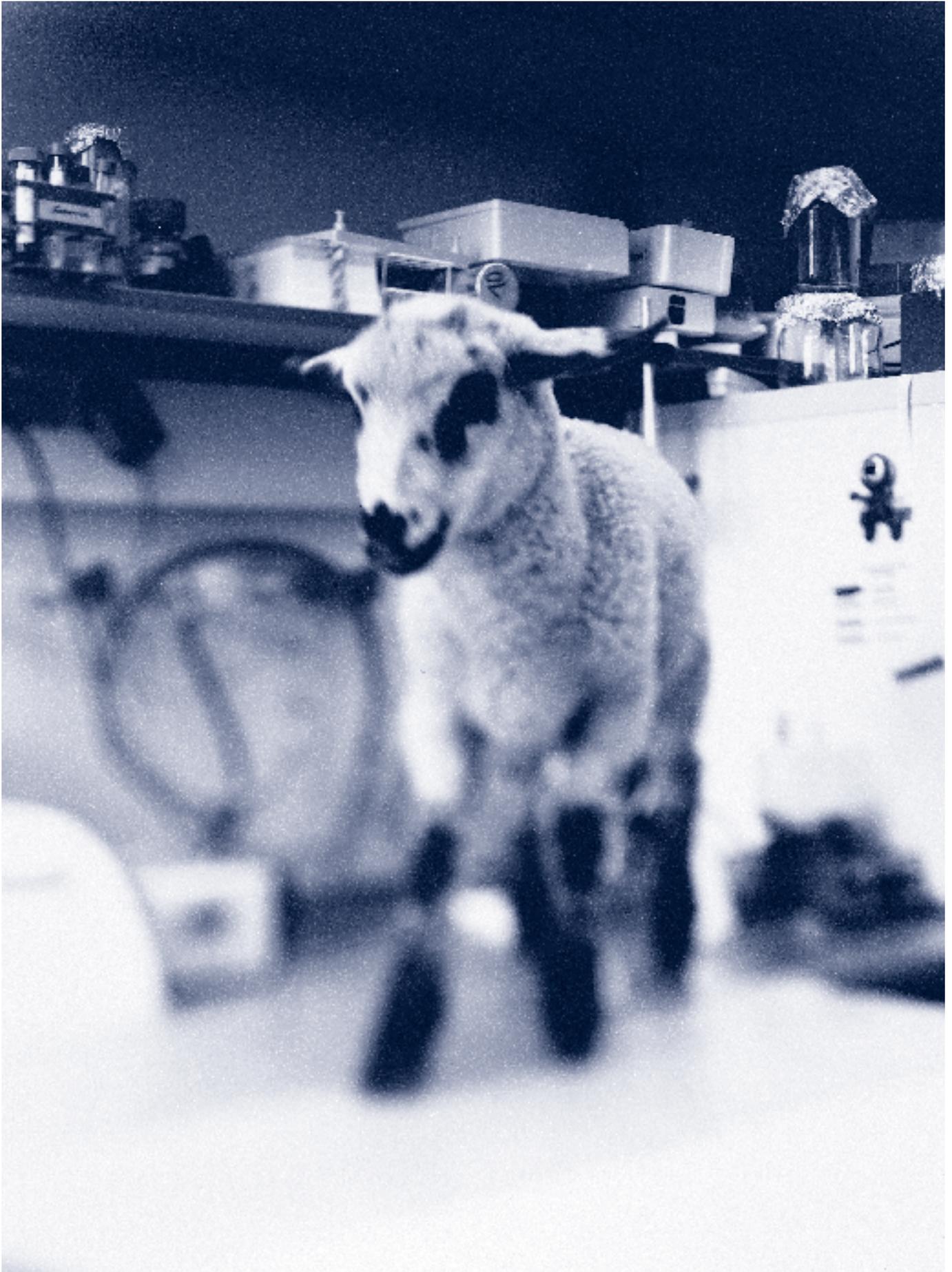
von Prof. Dr. Jürgen Rühle / Institut für Mikrosystemtechnik



In der heutigen Zeit gibt es keine Webseite einer deutschen Universität mehr ohne ein mehr oder weniger umfangreiches Bekenntnis zur Internationalisierung. Jedoch, wie vermeidet man bloße Lippenbekenntnisse? Denn mit dem Willen zur Internationalisierung ist es wie mit den guten Vorsätzen zum neuen Jahr: schnell gefasst – aber schwer einzuhalten und im täglichen Leben umzusetzen. Dabei stellt im Zeitalter der Globalisierung die Implementierung einer sinnvollen und ziel-führenden Internationalisierungsstrategie eine große Chance, zugleich aber auch eine gewaltige Herausforderung für die Entwicklung moderner Universitäten dar. Um im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe und die notwendigen Ressourcen erfolgreich sein zu können,

müssen die Universitäten ihr Lehrangebot und die Forschung konsequent international ausrichten. Dabei ist es wichtig, praktische Strategien zu erarbeiten und die internationale Ausrichtung der Universitäten nicht wie den Bau eines Luftschlusses zu betreiben. Ein paar blumige Erklärungen und die Aufnahme des einen oder anderen Austauschstudenten oder Gastdozenten sind nicht hinreichend, um eine starke Position am internationalen Forschungs- und Bildungsmarkt zu erreichen. Weitreichende Visionen und konkrete Handlungen müssen Hand in Hand gehen. Wie ein kluges japanisches Sprichwort sinngemäß sagt: „Visionen ohne Handeln sind wie ein Tagtraum. Handlung ohne Visionen sind ein Albtraum.“

Im Workshop „Internationale Experimente“ geht es darum, Denkanstöße zu geben zur konkreten Ausgestaltung der internationalen Beziehungen der Universität im Spannungsfeld zwischen Mobilität in einer globalisierten Welt und einer individuellen Ausgestaltung von Lehr- und Forschungsprogrammen, zwischen internationaler Exzellenz und Völkerverständigung. Ein wichtiger Aspekt wird dabei sein, wie eine gute Balance zwischen international anerkannten und einheitlichen Studieninhalten und -abschlüssen einerseits und einer klaren und unverwechselbaren Profilbildung der Universitäten mit innovativen Konzepten in Forschung und Lehre andererseits gefunden werden kann.



gewissenhafte experimente

Grenzen in den Beziehungen Universität – Ethik

von Prof. Dr. Dietrich v. Engelhardt, Workshopleitung: Prof. Dr. Dr. G. Maio / Institut für Ethik und Geschichte der Medizin

Universität als Stätte von Fortschritt, Freiheit und Verantwortung in Forschung und Lehre

Universitäten entstanden als Institutionen der Wissensvermittlung und des sozialen Zusammenlebens im späten Mittelalter, breiteten sich in Europa und später der ganzen Welt aus, beeinflussten zutiefst moderne Zivilisation und Kultur und waren selbst vielfältigen Krisen, strukturellen und ideellen Wandlungen unterworfen. Ursprünglich wurde unter Universität die Einheit der Lehrenden und Lernenden (lat. universitas magistrorum et scholarium), später die Einheit aller Wissenschaften (lat. universitas scientiarum) verstanden. Eine wesentliche Initiative der Universitätsgeschichte verband sich um 1800 mit Wilhelm von Humboldt und seinem Reformentwurf mit den Prinzipien der Einheit von Forschung und Lehre, Freiheit und Einsamkeit sowie Verbindung und Wechselbeziehung aller Wissenschaften. Lehre sollte immer zugleich Forschung, theoretische Ausbildung stets auch sittliche Bildung bedeuten; nicht nur um Wissen und Kommunikation, sondern mehr noch um Charakter und Handeln sollte es gehen. Einsamkeit meinte finanzielle, soziale und geistige Unabhängigkeit, schloss Gemeinsamkeit aber keineswegs aus, genauso wie auch Freiheit nicht Verantwortung ausschloss. Phantasie für das Neue sollte entwickelt und Wissenschaft vor allem als offene und unbegrenzte Forschung begriffen werden.

Lehre sollte von Dialog und Kooperation zwischen Lehrenden und Lernenden bestimmt sein, Forschung nicht nur als angewandte Forschung der Verbesserung der Lebensbedingungen dienen, sondern als Grundlagenforschung auf die Erkenntnis der Welt, des Menschen und seiner Stellung in der Welt gerichtet sein. Eine tiefe Krise der Universität brachten in allen Wissenschaften die Zeiten des Nationalsozialismus und des Kommunismus im 20. Jahrhundert mit sich. Den entsprechenden Pervertierungen in Forschung und Lehre trat das Grundgesetz mit der Zusicherung entgegen: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Freiheit der Forschung und Lehre heißt aber

bereits für Humboldt nicht Willkür und Relativismus, sondern Wahrheit, Objektivität, Selbstkritik und Solidarität, heißt Bindung an ethische Prinzipien, Werte und Normen, die im Unterricht gelehrt und in der Forschung respektiert werden müssen. Grenzen setzen immer wieder auch Ökonomie, Politik und sozialkultureller Kontext. Universitäten sind in einer bestimmten Zeit entstanden, ihr Fortbestand ist keineswegs ohne weiteres gesichert, ihr Geist und ihre Autonomie müssen stets von neuem nach innen wie außen verteidigt werden; Politisierung und Ideologisierung stellen bleibende Gefahren dar. Bürokratisierung, Verschulung, Massenausbildung, Studentenberge bei relativ gleichbleibender Anzahl der Dozenten, rasche Studienabschlüsse, unzulängliche Etats der Lehrstühle und Institute, Spezialisierung oder Verlust einer fächerübergreifenden Allgemeinbildung, um nur die wesentlichen Charakteristika anzuführen, haben die Realität der Universität in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend verändert. Können unter diesen Umständen überhaupt noch, und in welchem Maße oder in welchen Phasen der studentischen Ausbildung, an den Universitäten Einheit von Forschung und Lehre bewahrt, Freiheit und Einsamkeit garantiert sowie Persönlichkeitsbildung erreicht werden?



entscheidende experimente

Grenzen in der „Governance“ der Universität

von Clemens Weingart, Harald Wohlfeil / Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität

Governance: Steuerungs- und Regelungssystem einer politisch-gesellschaftlichen Einheit.

Universität (von lat. *universitas*, *Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden*): Hochschulen, die die Wissenschaften in Forschung und Lehre vertreten.

Wenn Universitäten Grenzen haben, dann muss es Menschen geben, die darüber entscheiden, wo diese verlaufen (sollen). Akteure in diesem Prozess sind die Mitglieder der Hochschule – Studierende und ProfessorInnen, WissenschaftlerInnen und Angestellte, aber auch die Gesellschaft mit ihren sich in Politik oder Wirtschaft manifestierenden Erwartungen und Anforderungen. Die Strukturen, innerhalb derer diese Entscheidungen getroffen werden, können ganz unterschiedlich ausgestaltet sein, wie ein Blick auf andere Hochschulsysteme zeigt.

Den Rahmen für die Steuerung und Gestaltung der Hochschule bilden vielfältige gesetzliche Vorgaben und gesellschaftliche Bedingungen. Gleichzeitig finden innerhalb der Universität Auseinandersetzungen statt, die ihrerseits wiederum nicht von den Diskursen der Gesamtgesellschaft unabhängig sind. Diese komplexe Situation konstituiert die Grenzen von Governance der Universität:

In den Spannungsfeldern zwischen Effizienz, Partizipation, Autonomie und anderen (normativen) Maximen muss Wissenschaft – Forschung und Lehre – möglich gemacht werden. Doch wie können Entscheidungsstrukturen und Steuerungsmöglichkeiten aussehen, die den unterschiedlichen Interessen der Stakeholder innerhalb der Universität gerecht werden?

Im Workshop „Entscheidende Experimente“ geht es um die Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung innerhalb der Hochschule. Wie können beispielsweise das Interesse der Studierenden an einer qualitativ hochwertigen Lehre mit dem Wunsch von ProfessorInnen nach Zeit für Forschung und dem Streben der Verwaltung nach anerkannter Exzellenz in Einklang gebracht werden? Der Ruf nach mehr Mitspracherecht von Studierenden ist berechtigt und darf sich nicht in demokratischen Feigenblättern erschöpfen. Aber sollen Studierende, die nur ein paar Jahre an der Universität sind, über Studien- und Forschungsbedingungen entscheiden, die sie selbst gar nicht mehr betreffen? Außerdem: Was für

Strukturen sind vorstellbar, die der Knappheit der Ressourcen gerecht werden und gleichzeitig anerkennen, dass Studium und Wissenschaft finanzielle, organisatorische und gestalterische Freiräume benötigen? Sind Marktmechanismen fähig, Wissenschaft zu steuern? Und bleibt die viel beschworene neue Autonomie der Hochschulen reine Rhetorik, oder sind Politik und Bürokratie tatsächlich bereit, hier Taten – besser: Tatenlosigkeit – folgen zu lassen? Können uns auf unserer Suche Beispiele aus anderen Ländern als Leitbilder dienen? Oder fehlt uns, gefangen in detailvernarnten Vorgaben im Hochschulalltag, sogar schon die Phantasie, uns entscheidende Veränderungen vorzustellen?

„Wir sind die Universität“ – so das Motto des Uni-Jubiläums – und so kommen wir nicht darum herum, uns mit den Grenzen der Governance an der Hochschule aus-einanderzusetzen. Schon weil die von vielen liebgelebte „akademische Freiheit“ der Selbstverwaltung eben auch die Verantwortung der Hochschule mit einschließt, ihre sich selbst gesteckten Ziele zu erreichen.



partner des jubiläums

Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
MLP Finanzdienstleistungen AG
badenova AG & Co. KG

projektpartner des zukunftskongresses

Aesculap AG & Co. KG
BASF AG
Endress+Hauser AG
SICK AG

Commerzbank AG Filiale Freiburg

Dr. Falk Pharma GmbH

Duravit AG

Perpetuum Ebner GmbH & Co. KG

SÜDWESTMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.

weiterhin tragen zum zukunftskongress bei

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
DaimlerChrysler AG

Impressum

Herausgeber

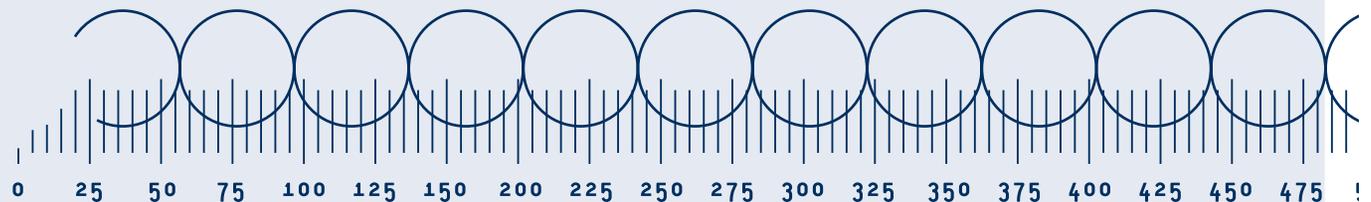
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Prof. Dr. Karl-Reinhard Volz, Prorektor

Redaktion und Koordination

Dr. Christina Schoch,
Prof. Dr. Heiner Schanz
Mitarbeit: Karolin Schmidt

Kommunikation und Presse

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Fahnenbergplatz
D-79085 Freiburg
Tel. +49 (0) 7 61 / 2 03 44 41
Fax +49 (0) 7 61 / 2 03 42 78
christina.schoch@pr.uni-freiburg.de



Fotos

Telemach Wiesinger, Freiburg
www.telemach-wiesinger.de

Druck

schwarz auf weiss, Freiburg
www.sawdruck.de

Umschlaggestaltung, Layout, Gestaltung

G=ist Büro für Gestaltung
Anna Kilchling + Thomas Rapp
Oberlinden 14, 79098 Freiburg
www.g-ist.org

Auflage 4.000 Exemplare

*Die Beiträge dieser Publikation geben ausschließlich
die Auffassungen der Verfasserinnen bzw. Interview-
partnerinnen ab. Sie lassen keine Rückmeldung auf
aktuelle oder zukünftige Positionen der Universität
Freiburg zu.*

Layout, Gestaltung, Druckvorstufe

Annette Klarmann, schwarz auf weiss
Habsburgerstr. 9
79104 Freiburg

